

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgealtene Annoncenzeile über deren Raum 50 Btg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Bebauungs-Anzeigen 30 Btg. Kleine Anzeigen: das selbige Beträge Wort 20 Btg. (zweifach 2 Beträge) (Worte), jedes weitere Wort 10 Btg. Stellenangebote und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Btg., jedes weitere Wort 5 Btg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montag.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 16. August 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Schulreaktion.

Namentlich im größten deutschen Bundesstaat, in Preußen, ist die Reaktion eifrig am Werke, die Volksschule immer mehr zum Werkzeug politischen und geistigen Rückschritts zu erniedrigen. Und leider haben auch gerade die Nationalliberalen, die gelegentlich so eifrig die Kulturkämpfer markieren, feinerzeit bei dem Schulunterhaltungsgesetz mitgeholfen, die Schule unter die Vormachtigkeit der Kirche zu bringen; wurde doch mit ihrer Unterstützung die Konfessionsschule als Regel festgelegt, während die Simultanschule nur als Ausnahme zugelassen ist. Und wenn inzwischen auch die Ortsschulinspektion zum Teil aus den Händen der Geistlichen genommen worden ist, so ist die Zahl der geistlichen Ortsschulinspektoren doch immer noch eine sehr erhebliche. Auch hatten gerade in der letzten Session die Mehrheit des Abgeordnetenhauses wieder eine Aktion zugunsten der geistlichen Ortsschulinspektion unternommen, indem sie einen freiwilligen Antrag, der die Regierung zu geeigneten Maßnahmen zur Aufhebung der geistlichen Ortsschulinspektion aufforderte, ostentativ ablehnte und dabei die Notwendigkeit der Erhaltung des Einflusses der Geistlichkeit auf die Volksschule ausdrücklich hervorhob. Zudem war schon im Jahre vorher von konservativer und ultramontaner Seite hervorgehoben worden, daß auch die hauptamtliche Kreisinspektion (deren beschleunigte Durchführung an Stelle der nebenamtlichen 1912 ebenfalls von der blauschwarzen Mehrheit abgelehnt worden war) keineswegs der Geistlichkeit verschlossen bleiben solle, auch der Kultusminister habe sich in diesem Sinne in der Kommission ausgesprochen. Die Schulverfassung macht also in Preußen Fortschritte! Und man braucht nur noch daran zu erinnern, daß 1911 ein Magdeburger Lehrer gemahregelt worden ist, weil er seinen Austritt aus der Staatskirche erklärt hatte, um das Bild von der Schulverfassung und der Gewissenstnebelung der Lehrer zu vervollständigen!

Wohin aber das Ziel der Reaktion geht und welche Nebenwichtigen Absichten man auch der Volksschullehrerschaft gegenüber hegt, verrät mit erschütternder Offenherzigkeit eine dickleibige Broschüre, die ein Anonymus, der sich Dr. Eccartus nennt, soeben im Verlage von Walthers Fiedler, Leipzig, hat erscheinen lassen. In dieser Broschüre, der der sächsische Erziehungsrat Dr. Mehnert nachgerühmt hat, daß sie „mit einer großen und eingehenden Sachkenntnis“ geschrieben sei und deren Studium er der Unterrichtsverwaltung und jedem Mitgliede der Schuldeputation angelegentlich empfiehlt, wird allen modernen pädagogischen Bestrebungen der Lehrerschaft der Krieg bis aufs Messer angefaßt. Wenn die Mehrheit der Lehrer die Einheitschule verlangt, wenn sie auf mögliche Verminderung der Klassenfrequenz dringt, die Zulassung zum Universitätsstudium und eine weitergehende Hebung ihrer sozialen Lage fordert, so hat dieser getreue Eckard der Reaktion dafür nur ein glattes Nein! Dagegen schlägt er allerhand Maßnahmen vor, um die Lehrerschaft zur Dummheit zu verurteilen. Doch geben wir einige Stichproben davon, wie sich der von dem sächsischen Reaktionär so warm empfohlene Verfasser die Zukunft der Volksschule und des Volksschullehrerstandes denkt.

In den ersten Kapiteln wendet er sich gegen die Vielheit des Wissens, gegen ein überbürdendes Spezialstudium — als ob unsere Volksschule schon allzuviel an nützlichen Kenntnissen verbreitete! Allmächtig wird er immer deutlicher. Von der Einführung der Staatsbürgerkunde hält er nicht viel: „Nieder keinen staatsbürgerlichen Unterricht als einen solchen, der erteilt wird von einem patriotisch nicht zweifellos zuverlässigen Volksschullehrer“. Die Hauptsache ist ihm, „daß der Lehrer... vaterländische Gesinnung und Liebe zum angestammten Herrscherhause in Herz und Gewissen der ihm anvertrauten Jugend einpflanze“. Auch der militärische Gesichtspunkt müsse in erster Linie Berücksichtigung finden, da heutigen Tages in den Schlachten „das moralische Element eine ungemein starke Rolle“ spiele, das nur „durch eine in der Schule anezogene moralische Zucht und vaterländische Begeisterung“ erzeugt werden könne. Im Interesse dieser „Zucht“ hält es der Verfasser auch mit der Prügelpädagogik. Solange aber das Prügeln notwendig sei — und der Verfasser hält es für notwendig —, müßten den Lehrern „auch die Uebererschreitung des Bütchungsrechts dringend mildernde Umstände“ zugebilligt werden.

Die von der Mehrheit geforderte allgemeine Volksschule als Unterbau der höheren Schulen verwirft Dr. Eccartus aus den interessantesten Gründen. Erstlich: „Nützt man arm und reich in der Schultube so nahe zusammen, so wird das Gegenteil von Zufriedenheit erreicht.“ Zweitens: Befanntlich grassieren alle ansteckenden Krankheiten in den unteren Klassen der Bevölkerung stärker als in den oberen. Namentlich neige ein viel stärkerer Prozentsatz der Kinder armer Leute zur Lungenschwindsucht. Hier liegt also eine „eminente Gefahr der Ansteckung“ vor — für die Kinder der Reichen! Drittens hätten manche Proletariatskinder — Ungeziefer! Wertens könnten die Kinder der Reichen durch die Sproßlinge der ärmeren Schichten fittlich verdorben werden! Und fünftens endlich bedeuete die Einführung der allgemeinen Volksschule mit gleichem Lehrziel

für alle Kinder des gesamten Volkes einen „kulturellen Rückschritt“. Habe doch schon die Natur „durch die Auswahl der besten, der stärksten, der klügsten Lebewesen“ eine Auslese vorgenommen. Nun wäre es zwar das Ideal, wenn schließlich die Begabtesten aus allen Volksschichten einem höheren Unterrichtsziel zugeführt werden könnten; „das verbieten aber zumeist die realen Verhältnisse“. So müsse man schon die Besten daher nehmen, „wo zugleich die materiellen Mittel für jene höhere Bildung vorhanden sind, nämlich in den besser situierten Volksschichten“.

Man muß schon sagen, mit näherem oder auch brutalerem Zynismus sind kaum je die Forderungen der Massenschule vertreten worden.

Wenn die moderne Pädagogik die durch den Ausbau unserer Volksschule notwendig werdenden steigenden Ausgaben unter anderem auch mit dem großen Einfluß rechtfertigt, den die bessere Schulbildung sogar auf Handarbeit und Industrie habe, so findet sie bei unsemem Schulreaktionär mit solchen Hinweisen keinerlei Gnade: „demgegenüber gilt es zu konstatieren, daß die Handarbeit in Landwirtschaft, Industrie und Handwerk von der Schulbildung nur in ver-schwundenem Maße beeinflusst wird! Dem Unternehmer, selbst dem Handwerksmeister, möge bessere Schulbildung frommen, aber mit kaufmännischer Kalkulation und dergleichen habe doch „die Hauptmasse der mit der Hand arbeitenden Bevölkerung nur wenig oder nichts zu tun“. Zudem: die belgische Volksschulbildung sei die denkbar traurigste, seien doch 1909 10—20 Proz. aller militärischen Bestellungs-pflichtigen weder des Lesens noch des Schreibens kundig gewesen, in einzelnen Bezirken seien sogar bis zu 50 Proz. Analphabeten gezählt worden. Und doch besitze Belgien eine starke Industrie! Die Ursache könne also gar nicht ernstlich bestritten werden, „daß Handarbeiter in ihrem speziellen Faß zu den höchsten Leistungen befähigt, „Qualitätsarbeiter“ sein können, auch ohne des Lesens und Schreibens kundig zu sein“. Wenn also die Proletarier auch bei mangelhaftester Volksschulbildung die vortrefflichsten kapitalistischen Ausbeutungsobjekte abgeben können — wozu sie dann übermäßig mit Wissen belasten, das sie nur „unzufrieden“ und für die Besitzenden gefährlich machen kann! Aus diesen „staats-erhaltenden“ und „patriotischen“ Gedankengängen heraus begreift sich leicht die Forderung des ehrlichen Dr. Eccartus, die Volksschulpflicht um ein Jahr zu verkürzen und die Zahl der Unterrichtsstunden und Unterrichtsfächer möglichst zu beschränken! Die Hauptsache ist ja, daß die proletarische Masse brauchbares, fügsames Ausbeutungsmaterial und schlachtentüchtiges Kanonensutter liefert!

Aus dieser sozialen Wertung des Volkes und der Volksschule ergibt sich mit zwingender Logik auch die soziale Einschätzung des Volksschullehrerstandes.

Zunächst entstamme ja die Volksschullehrerschaft zum guten Teil selbst nicht der besitzenden Klasse. Diese „geringe Herkunft“ habe „ihre schweren Schattenseiten“: „Es fehlt den Betreffenden oft die Kinderstube... sie haben jedenfalls nicht immer sozusagen mit der Muttermilch schon eingesogen den Lakt und das Gefühl für Anstand und Schlichtheit, das allerdings einem Volksschullehrer als Lehrer und Erzieher des Volkes in Fleisch und Blut übergegangen sein müßte“. Und das, fügen wir hinzu, den Herrn Dr. Eccartus in so hervor-ragendem Maße auszeichnet! Aus der „geringen“ Herkunft vieler Lehrer resultiert aber nach Eccartus auch der „Hochmut“ der Lehrer, denn „niemand ist schwerer zu ertragen als der Emporkömmling“.

Der Hochmutsteufel plage nun die Lehrer dergestalt, daß sie das Recht des Universitätsbesuches für sich forderten. Welche Annahme! Werde doch „der Geist des Gymnasiums von dem an den Seminaren herrschenden durch eine tiefe Kluft getrennt“, ein allerliebtestes Jugeständnis beiläufig. Aber es kommt noch besser: „Wenn nun jeder beliebige Schullehrer die Universität besuchen dürfte, so würden jene Erfolge bei dieser Waffe ausbleiben, da doch dann die liebe Eitelkeit und das Strebertum unserer Tage die Universitäten mit einer Menge unbegabter und zum Studium ungeeigneter Elemente überschwemmen würde.“ Und notabene: unter all diese lebenswürdigen Urteile hat der Führer der sächsischen Konservativen sein Placet gedrückt!

Folglich sollen die Schullehrer sich hübsch mit ihrem bisherigen Bildungsgang bescheiden, dessen glorreiche Ergebnisse Herr Dr. Eccartus selbst weiterhin mit den Worten charakterisiert: „Ein Volksschullehrer kann in Dingen der Religion nur so weit ein eigenes Urteil haben, als es sich bezieht auf unmittelbare Erfahrungen des christlichen Lebens...; ein Urteil aber über die Fragen der Bibelkritik, der Dogmatik und Ethik liegen jenseits seines Horizontes.“ Da ist der Herr Pfarrer doch ein ganz anderer Mann!

Aber die Forderung des Universitätsstudiums der Lehrer lehnt Dr. Eccartus nicht nur wegen der minderen Begabung und des Strebertums der Lehrer ab, sondern auch wegen der Ueberfüllung der akademischen Karrieren. „Wie ungerecht und bitter“ wäre es, wenn den Söhnen der „oberen Volksschichten“ die „allerhärteste Konkurrenz“ durch die studierten Volksschullehrer bereitet würde! Abgesehen davon, daß die Universitäten „immer mehr veröden würden und die geistige Qualität

der Studenten von Jahr zu Jahr minderwertiger würde“. Da habt Ihr's, Ihr Schullehrer, was die „patriotischen“, „staats-erhaltenden“ Kreise von Euch halten!

Besonders köstlich aber ist, daß derselbe Herr Dr. Eccartus, der hier über die den „Söhnen der oberen Volksschichten“ durch die Volksschullehrer drohende Konkurrenz klagt, dann selbst empfiehlt, den Lehrern ihre Anmaßlichkeit und ihre Bildungsmuden dadurch auszutreiben, daß ihnen eine möglichst große Konkurrenz gemacht werde! „Den Volksschullehrern fehlt es zurzeit noch an einer genügenden Konkurrenz unter sich. Dieser Mangel ist eine Hauptquelle der bestehenden Schwierigkeiten“, schreibt er wörtlich. „Zur Erzeugung einer entsprechenden Konkurrenz“ empfiehlt er deshalb: 1. eine Befreiung des numerus laeaus bei den Seminarzöglingen, die Züchtung möglichst zahlreicher Lehrer; 2. die Heranziehung von Schülern höherer Schulen „zur Erzielung genügender Konkurrenz“, und 3. die Befreiung aller Lehrstellen bis zur Hälfte mit Lehrerinnen! Das ist konservative Lehrerfreundschaft!

Wir heben zum Schluß nochmals hervor, daß Dr. Mehnert ja bereits dies lehrerfreundliche Opus aufs wärmste empfohlen hat. Ferner deken sich die Ausführungen des Dr. Eccartus häufig in einem Maße mit denen des berüchtigten pädagogischen Wortführers des preussischen Zentrums, des Kreis-schulinspektors Dr. Geh, daß man an die Identität des Dr. Geh mit dem Dr. Eccartus glauben könnte, wenn nicht gewisse Kapitel verrieten, daß Dr. Eccartus ein Protestant ist, also nur ein Wahlverwandter des zentriemlichen Schulreaktionärs. Daß aber solche Schriften möglich sind und die Anerkennung führender reaktionärer Politiker finden, zeigt den Lehrern, wessen sie sich zu gewärtigen haben, wenn sie sich nicht endlich entschließen, die Sache der arbeitenden Klassen zu ihrer eigenen zu machen. Der National-liberalismus steht ja längst selbst im Lager der Schulreaktion, und die Vertretung der Forderungen der modernen Pädagogik durch den Fortschritt läßt an Entschiedenheit nicht weniger als alles zu wünschen übrig.

Mit der Sache des Klassenbewußten, sozialdemokratischen Proletariats steht und fällt auch die Sache der Volksschule und der Volksschullehrer! — Das sollte der Lehrerschaft gerade die Broschüre des Dr. Eccartus eindringlichst zu Gemüte führen!

Die Türkei und die Mächte.

Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen: Der Zustand der Arnauten hat die Orientfrage mit all ihren Gefahren aufs neue aufgerollt. Die Türkei steht wieder da, wo sie stand, als England und Rußland sie mit den „mazedonischen Reformen“ bedrohten. Damals schien der Untergang der europäischen Türkei bevorzustehen. Da erhoben sich die jungtürkischen Offiziere zur Abwehr. Die siegreiche Revolution schien dem vermodernden Staatswesen neue Lebenskraft einzubringen. Zwar vermochte auch die verjüngte Türkei nicht zu hindern, daß Bulgarien sich für unabhängig und Oesterreich-Ungarn die Okkupation Bosniens und der Herzegovina für definitiv erklärte. Doch dies waren keine Einbußen an realer Macht. Dagegen schienen die englisch-russischen Einmischungspläne zunächst beseitigt, die Balkanstaaten mußten Ruhe halten, der Vandenkrieg in Mazedonien hörte auf, die Albanesen schlossen sich begeistert der neuen Regierung an und die Bahn für eine ungestörte Entwicklung, die zur Stärkung und Festigung des Staates führen sollte, schien so manchen Optimisten offen. Namentlich seitdem im Verlauf der Annexionskrise von 1909, während der das von Rußland aufgeputzte Serbien den Frieden bedrohte, Rußland und England vor der gepanzerten Faust Deutschlands und Oesterreichs zurückweichen mußten, schien die Türkei vor auswärtiger Intervention gesichert.

Die Herrlichkeit hat nicht lange gedauert und zu früh haben jene deutschen Imperialisten gebuhelt, die in der türkischen Armee schon die verbündete Macht sahen, die einst gegen die Engländer in Ägypten den entscheidenden Vorstoß führen sollte. Der Tripolis-krieg kam, der Verbündete des Deutschen Reiches führte gegen die Türkei den verderblichen Stoß. Dieser Krieg, den die Türkei aus eigener Kraft weder führen noch enden kann, hat am meisten dazu beigetragen, die Autorität der Regierung zu vernichten, den Kampf zwischen den türkischen Parteien selbst und den Kampf der Nationalitäten gegen die Türken zu entzünden. Der Zustand der Albaner fand keine widerstandsfähige Regierungsmacht mehr. Die Aufständigen haben heute den vollen Sieg in Händen. Die wichtigsten Plätze des Landes, vor allem Uesküb, sind in ihrer Gewalt, die türkischen Truppen verharren in Untätigkeit. In Elbasan, einem Orte in Mittelalbanien, warten die Führer der Südalbanesen auf das Eintreffen der Führer des Nordens, um zur ersten albanischen Nationalversammlung zusammenzutreten und Elbasan als zukünftige Hauptstadt des autonomen Albanien zu erklären. Die Türkei hat damit eine ihrer wichtigsten Stützen verloren.

Albanien kann aber nicht autonom werden, ohne das Autonomiestreben in dem vom wildesten Nationalitätenkampf durchtobten Gebiet Mazedoniens unumwiderrlich zu machen. Mazedonien aber begehren Griechen, Serben, Bulgaren, Montenegriner. Schon haben sie den Vandenkrieg entfesselt und immer bestimmter werden die Nachrichten, daß

Montenegro und namentlich das waffenstarke Bulgarien mobilisiert. Und damit nichts fehle an der Wiederkehr des Zustandes vom Sommer 1908, kommt jetzt die Nachricht von der bevorstehenden Intervention der Mächte.

Es ist kein Zweifel, daß in Petersburg zwischen dem französischen und russischen Ministerpräsidenten und dem englischen Botschafter über die türkische Frage verhandelt und ein bestimmtes einheitliches Vorgehen der Tripelentente festgelegt worden ist. Offiziell ist nur die Rede von neuen Versuchen, den türkisch-italienischen Krieg durch Vermittelung der Mächte zu beenden. Wie dieser Friede, wenn ihn Rußland und die Weltmächte diktiert hätten, aussehen würde, kann nicht zweifelhaft sein: Italien würde seine Beute heimbringen, die Türkei der Leidtragende sein. Daß ein solcher Friedensschluß die Autorität jeder türkischen Regierung noch weiter mindern, die Ansprüche der Nationalitäten steigern, die Zerstückelung beschleunigen würde, ist sicher. Kann man annehmen, daß die Leiter der Politik der Tripelentente nicht auch diese Folgen in den Kreis ihrer Abmachungen gezogen, daß ihre Pläne nicht weiter reichen und nicht über die Beilegung des Krieges hinausgehen?

Und schon wird auch von anderer Seite die Frage nach dem künftigen Schicksal der Türkei gestellt. Der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Berchtold, regt einen Meinungsaustausch der Mächte über die innere Lage der Türkei an. Das nach der Revolution so feierlich proklamierte Prinzip der Nichtmischung ist vergessen. Nach dem österreichischen Vorschlag sollen, wie ein englisches Blatt wissen will, einige europäische Provinzen der Türkei, vor allem Albanien und Mazedonien, autonome Regierungen erhalten und in ihrer inneren Angelegenheiten von der türkischen Regierung unabhängig werden.

Eine solche von außen der Türkei aufgetragene Autonomie würde die völlige Ohnmacht des türkischen Reiches bedeuten. Denn die autonom gewordenen Nationalitäten würden ihren Schwerpunkt noch weniger als bisher in Konstantinopel, sondern in den Balkanstaaten suchen. Der Nationalitätenkampf würde bei dem unentwirrbaren Völkergemisch fortbestehen und der feste Anreiz zum Eingreifen der Balkanstaaten werden; eine solche Autonomie würde keine Befestigung der Türkei bedeuten, sondern nur ihr Ende beschleunigen.

Vor allem aber kann ein „Meinungsaustausch“ die zwischen den europäischen Mächten in der Orientfrage klaffenden Gegensätze nicht überbrücken; die Furcht ist vielmehr nur allzu begründet, daß diese Interventionsversuche zur Verstärkung und deutlicheren Offenbarung dieser Gegensätze führen werden.

So sieht die Türkei wieder vor dem Schicksal, das über sie von den auswärtigen Mächten entschieden werden soll, und keine Revolution kann heute das Land zum zweitenmal retten, das nach außen Krieg führt und im Innern von Aufstand und Bürgerkrieg zerrissen wird. 1908 schon hat ein ähnlicher Zustand für Europa schwere Kriegsgefahren heraufbeschworen, und wer könnte leugnen, daß in der jetzigen Situation nicht gleichfalls gefährlichste Konfliktskeime enthalten sind? Durch die unglückselige auswärtige Politik, die sie in immer schärferem Gegensatz zu den Weltmächten gebracht hat, hat Deutschlands Regierung die eigene Stellung in der internationalen Politik geschwächt. Es wäre das schlimmste, wenn sie sich jetzt verleiten ließe, im Gefolge Österreichs sich am Balkan zu engagieren. Denn nach wie vor gilt das Wort: Der Balkan ist uns nicht die Knochen eines einzigen pommerischen Grenadiers wert.

Die Haltung der Balkanstaaten.

Konstantinopel, 15. August. Der Minister hat heute nacht die türkisch-montenegrinische Frage auf Grund des Berichts des türkischen Grenzkommissars beraten, nach welchem König Nikolaus bezüglich der montenegrinischen Mobilisierung erklärt habe, Montenegro müsse seine Rechte verteidigen.

Sofia, 15. August. Von zuständiger Stelle wird die Existenz eines Bündnisses zwischen Serbien und Bulgarien oder einer sonstigen bindenden Abmachung mit Serbien entschieden bestritten. Trotzdem sind eingeweihte Kreise der Meinung, daß über die letzten Ereignisse in Albanien und Mazedonien im Zusammenhang mit dem Gemisch in Kottkana und seinen eventuellen Weiterungen in Serbien ein Meinungsaustausch gepflogen werde.

Die Ministerkrise.

Konstantinopel, 15. August. Arbeitsminister Damad Scherif ist zum Minister des Innern ernannt worden. Es verlautet, Staatsrat Lewi Wei werde zum Arbeitsminister ernannt werden.

Die Beschlüsse des Ministerrats bezüglich der Forderungen der Albanesen sind dem Sultan zur Sanction unterbreitet worden. Die Frage der Verweisung der Rabinette Halli und Said vor den Staatsgerichtshof bleibt vorläufig noch offen. Die Waffenfrage wird in der Weise geregelt, daß die Waffen in besonderen Depots aufbewahrt werden.

Nach Informationen aus Kreisen der Entente Abbrade wird das jugoslavische Komitee demnächst eine von Schawid Bey redigierte Proklamation veröffentlichen, in der erklärt wird, das Komitee nehme die Auflösung der Kammer an. — Verschiedene jugoslavische Abgeordnete verlangen jetzt vom Staatschef die Kosten für die Rückkehr in ihre Heimat.

Die Haltung der Albanen.

Saloniki, 15. August. 18 Arnavutenführer Süd-Albanien sind in Elbasan eingetroffen und haben sich mit Hassan Wei in Prishtina telegraphisch in Verbindung gesetzt, um genaue Aufschlüsse über die dortigen Abmachungen zu erhalten.

Aus Ueskub wird gemeldet, daß etwa dreitausend Arnavuten, von denen viele bewaffnet sind, unter der Führung Wairam Buro von Verisobitsch dort eingetroffen sind. Sie verhalten sich ruhig; es ist eine Kommission zur Verpflegung der Arnavuten gebildet worden.

Attentate.

Saloniki, 15. August. Der Artilleriehauptmann Zia Effenbi ist auf dem Markte in Mitrowiza von einem Unbekannten erschossen worden. Der Täter entkam. — In der Nähe der Station Amatovo an der Eisenbahnlinie Saloniki—Westib wurde vor dem Passieren des Zuges eine an den Schienen befestigte Dynamitbombe entdeckt.

Die österreichische Intervention.

Wien, 15. August. Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet, verfolgt die Initiative des Grafen Berchtold den Zweck, die Spalte in der von ihr eingeschlagenen dezentralistischen Richtung zu bestärken und für ihre gegenwärtige Politik auch alle Balkanvölker zu gewinnen, deren Interessen hierdurch ebenso wie die der osmanischen Regierung am besten gewahrt werden könnten.

Der Katholikentag in Aachen.

Da der Spezialbericht aus Aachen gestern nicht früh genug eintraf, konnten wir in gestriger Nummer nur einen kurzen telegraphischen Auszug zum Abdruck bringen; wir tragen deshalb das Wesentlichste aus den Verhandlungen nach.

Die zweite öffentliche Versammlung.

Die am 13. d. um 5 Uhr nachmittags stattfand, beschäftigte sich mit der Stellung des katholischen Glaubens im Wirtschaftsleben, zur Wissenschaft und zur Sittlichkeit. Die geringere Leistungsfähigkeit der Katholiken Deutschlands ist im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Leben eine Tatsache, die von vernünftigen Leuten im kirchlichen Lager selbst nicht bestritten wird, und die auch von den beiden Rednern, die gestern zu dieser Frage redeten, nicht bestritten wurde. In der Unterredung der Gründe dieser Erscheinung ließen sie es an Eifer nicht fehlen, doch blieben sie an Nebenächlichkeiten kleben. Es unterließen ihnen hierbei wahrer Widerspruch. Was soll man sagen, wenn der Zentrumsabgeordnete Mayer aus München, der über die Pflicht der Katholiken zur Betätigung im wirtschaftlichen Leben sprach und Gründe für die wirtschaftliche Rückständigkeit der Katholiken anführte, zugebte, daß zwar Gott den Erwerbssinn in die Seele des Menschen gepflanzt habe, daß es aber für den Katholiken im Erwerbseben unübersteigbare Schranken gebe. Selbstsucht, Habgier, Unerblichkeit, Ausnutzung des Nebenmenschen seien ihm verboten. Der gute Mann hätte sich nur mal in Aachen umsehen sollen, wo denn dort der christliche Unternehmer einem derartigen Verbot gefolgt wäre. Der Redner empfiehlt seinen Glaubensgenossen, die Jugend mehr als bisher dem Studium der Technik und des Handels zuzuführen. Auch der wirtschaftliche Kampf sei ein Stück Glaubensbekenntnis geworden und die stärkere Beteiligung der Katholiken am Wirtschaftsleben würde einen Kanal bilden, durch den katholischer Wind verklärend hineinströmen könnte in die weiten Gefilde von Industrie und Handel.

Generaldirektor Werra-Münster sprach über

die wissenschaftliche Betätigung und Aufgabe der Katholiken.

Der Redner der die Inferiorität seiner Glaubensgenossen auf wissenschaftlichem Gebiete gibt, will das nur im quantitativen, nicht aber im qualitativen Sinne verstanden wissen. Als Schulmann habe er die Beobachtung gemacht, daß die Katholiken an geistiger Fähigkeit den Andersgläubigen nicht nachstehen. Er empfiehlt, wie der Vorredner, die katholische Jugend mehr dem Handel und der Industrie zuzuführen; denn auf der wirtschaftlichen und finanziellen Kraft beruhe die Möglichkeit, dem Geiste der Wissenschaft zahlreiche Kräfte zuzuführen. Er behandelte ausführlich die Vereinigung der Bestrebungen zur Erleichterung des Studiums und zur Pflege der Wissenschaft und meinte: „Wenn wir der Wissenschaft im katholischen Deutschland folgen, dann soll sie das Zeichen des Kreuzes tragen, das Symbol der Vereinigung von Glaube und Wissen“.

Die Wissenschaft unter dem Zeichen des Kreuzes das heißt: Unter der Vormundschaft der Kirche. Damit hat der Redner ungewollt den wahren Grund für die geistige Rückständigkeit im katholischen Lager und die Ohnmacht der katholischen Wissenschaft dargelegt.

Dann redet Professor Dr. Mausbach-Münster über den

Kampf gegen die moderne Sittenlosigkeit

als Kulturaufgabe des deutschen Volkes. Er folgt der Gewohnheit seiner Glaubens- und Gesinnungsgenossen, das Wissenschaftsleben der Gegenwart grau in grau zu malen: eine Gewohnheit, die sich aus der Anschauung frommer Christen erklärt, alles, was von der Ueberlieferung oder dem katholischen Dogma abweicht, für sittenlos anzusehen. Die Lehre von dem ewigen und göttlichen Sittengesetz, dessen Leitung natürlich der Kirche obliegt, nimmt den Leuten die Möglichkeit, das Leben in seiner Wirklichkeit und seiner Notwendigkeit zu begreifen. Ueber die Frage des Geburtenrückganges, die Herr Mausbach auch in der heutigen Sittenlosigkeit begründet sieht, hilft er sich in der Eile mit der Ubrase hinweg, daß der Kinderreichtum eine Gottesgabe sei. Er kann zwar nicht bestritten, daß Kinderreichtum gesteigerte Sorgen, oft auch harte Not und Entbehrung mit sich bringe; aber er meint, dieser Sporn und Stachel werde wiederum wertvolle Kräfte, die sonst träge und ungenutzt bleiben würden. Das Leben vieler großer Männer zeige uns, daß ein Elternhaus, wo viele Jungrige sich an den einfachen Tisch drängen, die beste Schule der Nützlichkeit sei, der Unternehmungslust und Schaffensfreude sei. Da versteht man nur nicht, weshalb die beiden Vorredner sich so ungeheure Nähe gegeben haben, um ihren Glaubensgenossen klar zu machen, daß sie darauf bedacht sein müssen, einen größeren Anteil am wirtschaftlichen Kulturleben zu erringen.

Nach dem katholischen Vaterverein veranstalteten die Missionen eine heute morgen eine öffentliche Versammlung in der Festhalle. Fürst Alois zu Löwenstein präsidierte. Er schilderte die mannigfaltigen

Bestrebungen der Organisationen zur Verbreitung des katholischen Glaubens unter den Heiden.

Bischof Geher aus Chartum (Zentralafrika) legte unter Schilderung seiner Erfahrungen auf diesem Gebiete dar: Die Kolonialpolitik sei, meinte er, in der Hand der göttlichen Vorsehung ein wichtiger Faktor zur Verbreitung des Christentums.

Vollschullehrer Jansien (Dhlgs) trat für die

Pflege des Missionsgedankens bei der Jugend ein. Im Religionsunterricht sei dafür die beste Gelegenheit; aber auch die Weisheit- und Geographiestunden kann auf die Missionen und ihre Tätigkeit hinleiten. An alle Lehrer und Lehrerinnen richtete der Redner den Aufruf:

An die Arbeit mit der Losung „Gott will es!“ Auf zur Erhaltung und Entfaltung des Glaubenslebens im eigenen Lande und zur Belehrung und Rettung der Heidenvölker in allen Weltteilen.

Das ist ein kleiner Vorschmack davon, wozu die christlichen Schulen im Sinne der Kirche dienen sollen.

In der dritten öffentlichen Versammlung brachte Abgeordneter Giesberts einen Antrag ein, betreffend

die Fürsorge für Zugiehende,

das heißt für die vom Lande in die Fabrik und die von Fabrik zu Fabrik wandernden Jünglinge und Erwachsenen beiderlei Geschlechts, um soziale und wirtschaftliche Schäden zu verhüten, die dem Zugiehenden am neuen Orte infolge mangelnder Vertrautheit mit den Verhältnissen treffen. Der Antrag schlägt die Bestellung von Vertrauensleuten vor, die die Zugezogenen mit den Einrichtungen des neuen Wohnortes bekannt machen sollen, und sie für den Eintritt in die katholischen Arbeitervereine und das Halten einer katholischen Presse gewinnen sollen. Giesberts begründet

seinen Antrag damit, daß die Wanderung katholischer Arbeiter große Gefahren mit sich bringe, zunächst für den Glauben und dann auch für die bürgerliche Stellung des Zugiehenden. Für die Arbeiter komme ferner noch in Betracht, daß nach der Entwicklung der Dinge in den Städten die Zeit nicht mehr fern sei, wo Sozialdemokratie in den Betrieben eine Monopolstellung einnehmen und wo der andersdenkende Arbeiter sich in der Zwangslage befinden werde, Sozialdemokrat zu werden, falls es nicht gelänge, die katholischen Arbeiter ihren Landesberufsvereinen zu erhalten. Habe der zugiehende Arbeiter erst das sozialdemokratische Verhandlungsbuch in der Tasche, dann sei es nicht mehr weit bis dahin, wo er abschwenke und für die christliche Sache verloren sei.

Aus dem Antrage spricht die Angst, daß die Arbeiter in der Fabrik über das Zentrum und die Streikbrecherdienste der christlichen Gewerksvereine aufgestellt werden. Tatsache ist es denn auch, daß bei dem Antrag auf Gründung von Handwerkervereinen offen zu gegeben wurde, daß die Organisationen bestimmt seien, die jüngeren Handwerker von der Sozialdemokratie fernzuhalten.

Lehrer Langenberg-Köln hielt einen mit reichlichen dichterischen Zitatens gespickten Vortrag über:

„Jugendpflege als Stütze für Thron und Altar“.

Der Titel gibt auch den Inhalt der Rede wieder. Gewiß kam in der langen Rede auch mancher vernünftige Gedanke zum Vorschein, aber die ultramontane Tendenz machte sich in ausdringlicher Weise geltend. Ein Satz zur Kennzeichnung des Ganzen: „Wer die Jugend zum wahren Glück führen, die Jugendpflege in den Dienst von Thron und Altar stellen will, der muß die Religion zur Grundlage seiner Arbeit machen, der muß arbeiten im Geiste des großen Vorbildes aller Erzieher, der muß sein ein treuer Jünger des göttlichen Lehrmeisters Christus. Darum verlangen wir Katholiken die konfessionelle Schule als Fundament einer gedeihlichen Jugendpflege, darum fordern wir den Religionsunterricht in der Fortbildungsschule als wirkungsvollste Unterstützung für deren geistliche Tätigkeit an den Jugendlichen.“

Pfarrer Knebel-Mannheim redet über:

„Stellung und Aufgaben der katholischen Frauen im Leben der Gegenwart“.

Er preist den katholischen Frauenbund als das Muster einer Frauenbewegung. Die Frauen, die dieser Bewegung angehören, gehen mißbilligend vorüber an dem Treiben der berachtigter ausländischer Frauenrechtlerinnen. In ihnen lebt der klar ausgesprochene Wille zur Einordnung in die Gesellschaft, die bestimmte Absage an die sozialistische Frauenbewegung und ihrem Streben nach Macht. Dieses Streben steigt empor aus der Frauennatur, denn die Frau ist die geborene Feindin des Klassenhasses und des Klassenkampfes. Der Redner versichert, daß die christliche Weltanschauung Führerin bleiben wird in der Bewegung der religiös so ganz empfindenden Frau. „Es gibt ja“, behauptet er, „nur eine ausgesprochene antichristliche Richtung in der Frauenbewegung, und auch da verzweifeln wir nicht an der einzelnen Sozialistin, wohl aber am Sozialismus, der eine Weltanschauung ist wie eine Mode, wenn sie von oben bis unten zerprungen ist.“ Gewiß, aber Was bleibt Bleib, wenn es auch ein Pfarrer spricht, dem seine Freunde einen üblen Dienst erwiesen haben, indem sie ihn mit der Behandlung einer Frage betrauten, die sich mit der Einfalt eines eifernden Wolfenwändlers nun einmal nicht begreifen und lösen läßt.

Aachen, 15. August.

(Telegraphischer Eigenbericht.)

Der letzte Tag der kirchlichen Jahresparade wurde eröffnet mit der

Fünften geschlossenen Versammlung,

die noch die Anträge des Ausschusses für Schule und Erziehung zu erledigen hatte. An der Spitze stand der Antrag mit der Forderung der christlichen Schule. Er verlangt, daß der Kirche derjenige Einfluß auf das Schul- und Erziehungswesen gewährt werde, dessen sie zur Erfüllung ihres göttlichen Auftrags, die Völker zu lehren und zu erziehen, bedarf. Zu diesem Zweck hat die Kirche zu beanspruchen, daß ihr das Recht der Ueberwachung der gesamten religiös-sittlichen Erziehung durch eine entsprechende Teilnahme an der Schulaufsicht gewährt werde. Der Antrag fordert deshalb die konfessionellen Schulen und im katholischen Geist geleitete Seminare, empfiehlt den katholischen Lehrerverein und vor allem die neugegründete Organisation „zur Verteidigung der christlichen Schule und Erziehung“.

Die weiteren Anträge, die, ebenso wie die vorigen, alle einstimmig angenommen wurden, betreffen die Bestrebungen des Münchener Vereins für christliche Kunst, des Karl-Voromäusvereins zur Verbreitung katholischer Literatur, den Zusammenschluß der akademisch gebildeten Katholiken, die Förderung der katholischen Presse als bestes Mittel zur Abwehr der Angriffe der glaubens- und kirchenfeindlichen Presse, ihrer Verwüstungen auf geistlichem Gebiet und die Forderung von Rationalgüt, die jene, im Geiste der materialistischen Weltanschauung arbeitende Presse auch in katholischen Kreisen anrichte.

Endlich wäre noch zu nennen ein Antrag, der sich gegen die Gefahren wendet, die dem Volk durch die der Mehrzahl nach nicht einwandfreien

Vorführungen der Kinetheater

brochen. Der Zentrumsabgeordnete Marx, der den Bericht über die Anträge des Ausschusses erstattete, erklärte, daß sich der Antrag nicht gegen die Kinos überhaupt, sondern nur gegen seine Auswüchse richte. Das Kino sei eine Erscheinung des modernen Lebens, und da der Katholizismus durchaus Verständnis für derartige Erscheinungen habe — sei er doch die modernste Religion! —, bekämpfe er das Kino nicht an sich, sondern bemühe sich nur, es seiner Weltanschauung unterzuordnen. Wenn es allerdings nicht gelänge, das bestehende Kino in diesem Sinne zu beeinflussen, müsse man darangehen, — eigene Kinos zu errichten! Man muß also mit der Möglichkeit rechnen, demnächst

katholische Kinetheater

zu erleben. Die letzte öffentliche Versammlung brachte einen ganz belanglosen, wenn auch mit viel Pathos ausgestatteten Vortrag eines Würzburger Gymnasiallehrers über den

Kulturwert der Bonifaziusvereine.

Jedes ultramontane Vereinen hat in diesem Kreis ungemessene Kulturbedeutung, warum nicht auch der Bonifaziusverein, zumal wenn er einem ultramontanen Lehrer Gelegenheit zur Andienung seiner Kulturphrasen gibt!

Den würdigen Abschluß des Katholikentages bildete die Rede eines Jesuiten, des Vater Cohausz aus Köln. Mit der Stimmgebung eines Feldpredigers donnerte er gegen den Etheismus und die soziale Gefahr. In der Mitte seiner Rede hatte er sich um seine Stimme geschrien. Er brachte seine blutrünstigen Phrasen nur noch unter heiserem Gebrüll heraus. Die Rede war darauf berechnet, die Leute von Verstand und Macht gruselig zu machen und namentlich den Regierungen und Staatsoberhäuptern

Den Merkmalismus als einziges Mittel gegen den Unsturz zu empfehlen. Der Mann von der Gesellschaft Jesu griff dabei zu den stärksten Argumenten. Er entblödete sich nicht, die lange Liste politischer Attentate aus den letzten Jahrhunderten aufzustellen, als Beweis, was den Inhabern der Throne von denen drohe, die sich nicht dem Merkmalen Joch fügen. Unnützlich zu sagen, daß er von Stürmen des Weifalls umtost wurde.

In seiner **Schlussrede** an den Katholikentag zitierte Präsident Schmitt noch einmal den Geist Windthorst's. Dieser mahnte zur Einigkeit. Der Präsident versicherte noch einmal den Episkopat der Kreuze und des Geforsams der frommen Katholiken, und sicherte sich dann einen guten, vom Donner der Zustimmung begleiteten Abgang, indem er die Rückkehr der Jesuiten und die Freiheit der Kirche forderte.

Unter frommem Gesang ging der Katholikentag auseinander.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. August 1912.

Wie spontane Begeisterung gemacht wird.

Bekanntlich läßt die Leitung der Katholikentage nicht nur schon die Berichte über die angeforderten Reden drucken, bevor diese gehalten worden sind, sondern in diesen Berichten wird auch vorher ganz genau angegeben, wo „starker“, „stürmischer“ oder „minutenlang“ Weifall erfolgt ist. Und selbstverständlich stimmt diese Angabe meistens. Wie das möglich ist, zeigt folgende Berichtstelle, die wir der „Germania“ entnehmen:

Dr. Schmitt: Es ist ein Gebot der Selbstachtung, daß wir nicht rufen und rufen, bis jenes Gesch. (das Jesuitengesetz) beseitigt ist. (Stürmischer Weifall.) Ich danke Ihnen für den Weifall, den Sie mir bei der Anklage dieses meines Gedankens gezollt haben. Aber es war noch nicht genug. Es muß noch besser werden. (Stürmischer Weifall.) Ich will Ihnen mal was sagen: Wir haben heute morgen in der geschlossenen Sitzung eine Resolution betreffend das Jesuitengesetz angenommen, und ich lasse diese Resolution nachher verlesen. Eine förmliche Abstimmung kann ich nicht herbeiführen, aber ich hoffe, daß wir uns auch so verständigen, daß wir noch etwas mehr als eine einfache Abstimmung herausbringen. (Lobhafter Weifall.) Stellen sie sich mal vor, es handle sich darum, einen großen wichtigen Bau zu illuminieren. Sagen wir mal in diesem großen, mächtigen Gebäude seien 10 000 elektrische Lampen angebracht, und wenn dann plötzlich der Oberregisseur auf den Knopf drückt, dann springt auf einmal das Feuer auf in 8-10 000 Lampen, und das ganze Gebäude erstrahlt in herrlicher Beleuchtung. Ich werde Ihnen nachher die Resolution vorlesen, und wenn ich mit der Vorlesung zu Ende bin, dann werde ich auf den Knopf drücken und Sie fragen, ob Sie damit einverstanden sind. (Weifall und Heiterkeit.) (Medner verliest die Resolution zur Jesuitenfrage.) Als er mit erhobener Stimme die letzten Worte der Resolution verlesen hatte — da bricht spontan (1) ein Weifall aus, wie er in dieser Stärke bisher auf keiner der Generalversammlungen dagewesen ist. Die Versammlung hat sich einmütig von ihren Plätzen erhoben. Unter Gut- und Lächerschreien auf allen Seiten bricht der Weifall erneut aus.

Der Bericht liefert ein prächtiges Beispiel dafür, wie der ungeheure spontane Weifall hervorgerufen wird. Die Zuhörer werden, wenn sie nicht genügend Weifall spenden, geradezu mit der Nase darauf gestochen, sich eine größere spontane Begeisterung zu leisten. Uebrigens ist das Beispiel von dem Oberregisseur, der „auf den Knopf drückt“ und dadurch einen bestimmten Mechanismus auslöst, recht zutreffend. Auch die Zuhörerschaft der Katholikentage ist ein Mechanismus, der gedankenlos und willenlos rein automatisch dem Druck der Regisseure gehorcht; nur der Vergleich mit den elektrischen Lampen stimmt nicht. Die Zuhörer sind größtenteils weder Lampen noch Leuchten, sondern Marionetten.

Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Nach einer Meldung der „National-Zeitung“ will Bayern im Bundesrat den Antrag auf völlige Aufhebung des Jesuitengesetzes stellen. Im Reichstag hat das Zentrum bekanntlich seinen alten Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes wieder eingebracht.

Ein empfindliches Gemüt.

Der antiklerikale Reichstagsabgeordnete Bruhn, Vertreter des Wahlkreises Arnswalde-Friedeberg im Reichstags und Verleger der berühmten, mehrfach im Expresserprozeß verwickelten „Wahrheit“, besitz, wie es scheint, ein sehr zart besetztes, empfindliches Gemüt. Er hat nämlich jüngst 45 politische Gegner seines Wahlkreises wegen Verleumdung verklagt. Die Klage stützt sich auf ein konservatives Flugblatt, das von den 45 Angeklagten unterschrieben war; darin war gesagt: „Bruhn sei nicht der Ehrenmann, den man als Vertreter des Wahlkreises Arnswalde-Friedeberg gebrauche. Bruhn sei in seinem großen „Expresserprozeß“ nur „wegen Mangel an Beweisen freigesprochen worden“ usw. Die Wähler wurden aufgefordert, ihre Stimme in der Stichwahl dem Herrn v. Schudmann zu geben.“

Bei der Beweisaufnahme stellte sich heraus, daß von den 45 Angeklagten 41 das inkriminierte Flugblatt nicht unterschrieben hatten; ihnen war vielmehr ein Blatt zur Unterschrift vorgelegt worden mit dem Bemerkung, daß sie nur ihre Zustimmung zu einem Flugblatt gegen Bruhn geben sollten. Sie hatten aber von der Existenz des Flugblattes und dessen Inhalt keine Ahnung. Diese 41 Angeklagten wurden daher freigesprochen und die Kosten fielen dem Privatkläger zur Last. Die anderen vier wirklich Schuldigen wurden zu je 10 M. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht hat die Verleumdung darin gefunden, daß in dem Flugblatt behauptet wurde, der Abg. Bruhn sei nur „wegen Mangels an Beweisen“ im Expresserprozeß freigesprochen worden. In den übrigen Bemerkungen sah das Gericht keine persönliche Verleumdung.

Uebrigens muß es als ein höchst merkwürdiges Verfahren bezeichnet werden, daß von den Leitern der konservativen Agitation im Wahlkreise Arnswalde-Friedeberg einfach ihrer Gefolgschaft ein Blatt Papier zur Unterschrift vorgelegt wurde, auf dem sie zu besätigen haben, mit der Herausgabe eines Flugblattes gegen den gegnerischen Kandidaten einverstanden zu sein, ohne daß sie vorher erfahren, was in diesem Flugblatt steht.

Ausländische Landarbeiter bei schleswig-holsteinischen Agrariern.

In dem sonst fast rein bauerlichen Schleswig-Holstein gibt es eine Ecke, wo die Junker so bis tief wie in Ostpreußen. Es ist der schönste Teil der Provinz, das östliche Holstein, in dem auch die wegen ihrer landschaftlichen Reize bekannte holsteinische Schweiz

liegt. Die junkerlichen Schnapphähne haben es ja verstanden, sich überall zu rechter Zeit die schönsten Stellen auszusuchen. Im östlichen Holstein residieren die Einflußreichsten des holsteinischen Großgrundbesitzes. Hier findet man wie in Ostpreußen den politischen Begriff Gutsbezirk, hier werden auch noch konservative Wahlen gemacht nach bekannten Rezepten. Für ihre Landarbeiter haben diese Agrarier genau dieselbe Verachtung wie die Ostpreußen. Besonders sind es die ausländischen Landarbeiter, mit denen sie nicht viel Federlesens machen, für die sie aber wegen ihrer billigen Arbeitskräfte eine besondere Vorliebe haben.

In Nr. 117 des „Vorwärts“ vom 22. Mai war ein Bericht veröffentlicht über eine Gerichtsverhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, Genossen Bielenberg-Kiel und den verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Landpost“, Genossen Bartels-Altona. Beide wurden zu je 100 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie den Gutsbesitzer Behr in Stodsee beleidigt haben sollten. Sie hatten nämlich die Leiden zweier russischer Landarbeiterfamilien geschildert, die nach Deutschland gekommen waren und von Herrn Behr beschäftigt wurden.

Dieser Tage hat sich nun wieder ein Bericht mit den Zuständen auf dem Gute des Herrn Behr beschäftigt, und zwar das Amtsgericht in Segeberg. Diesmal stehen aber keine sozialdemokratischen Redakteure wegen angeblicher Verleumdung des Herrn Behr auf der Anklagebank, sondern 14 galizische Arbeiter klagen gegen ihn auf Auszahlung des verdienten Lohnes, Auszahlung der einbehaltenen Ration, Entschädigung für Einbehaltung des Arbeitsbuches und Ersatz für die vom österreichischen Konsulat gewährte Verpflegung. Die Arbeiter haben das Arbeitsverhältnis vorzeitig gelöst, weil nach ihrer Angabe zwei von ihnen mißhandelt worden seien und weil Behandlung und Verpflegung so schlecht gewesen seien, daß man ihnen nicht zuzumuten könne, länger bei Herrn Behr in Arbeit zu bleiben.

Die Vernehmung der Galizier gestaltete sich etwas schwierig, weil sie kein Wort Deutsch verstanden und ein Dolmetscher zu Hilfe genommen werden mußte. Was sie über Wohnung und Verpflegung ausfragten, kann sich getrost mit ostpreußischen Zuständen messen. Im ganzen waren es 15 Personen. Sie wohnten alle zusammen in einer Kammer, die zwei Stuben und zwei kleine Kammern hatte. Die beiden Kammern waren aber nur zwei Löcher, in denen sie höchstens schmutzige Wäsche und Kartoffeln aufbewahren konnten. Alle Personen hatten nur eine einzige Kochgelegenheit, die Esse des Herdes war unbedeckt, so daß bei Regenwetter Regen und Ruß in die Kochtöpfe fiel.

Von den 15 Personen schliefen in einem Raum sieben, in dem anderen acht. Als Bettstellen dienten Holzverklagen, in denen Strohsacke gelegt waren. Verheiratete und Unverheiratete, Männer, Frauen und junge Mädchen schliefen in einem Raum hant durcheinander. Ein Arbeiter sagte aus, er habe mit seiner Cousine auf einem Strohsack geschlafen.

Am 23. April sollte einer der Arbeiter Wasser in die Pferdetränke pumpen. Die Tränke wurde aber nicht voll, weil sie ein Loch hatte, aus dem immer wieder Wasser auslief. Der Verwalter, zur Redden ist sein Name, gab dem Arbeiter einen Schlag mit der Faust ins Genick, als der Arbeiter weglief, lief der Verwalter hinter ihm her und gab ihm noch einen Schlag. Am selben Tage schlug ferner der Verwalter noch einen achtzehnjährigen Arbeiter. Der Arbeiter sollte auf Geheiß des Verwalters die Pferde beim Eggen scharfer antreiben. Der Arbeiter machte aber Widerrede, weil die Pferde schon schlapp waren. Da schlug der Verwalter dem Arbeiter mit einem Handstock über den Kopf, so daß der Arbeiter eine blutende Verletzung erlitt. Das war die Veranlassung, daß sämtliche Arbeiter am nächsten Tage nicht zur Arbeit gingen. Nun wurden aber die Arbeiter von den Söhnen des Herrn Behr und einem Schweizer mit Stöcken vom Hofe getrieben. Sie mußten dann auf freiem Felde kampieren, bis sich der österreichische Konsul ins Werk legte, und ihnen Unterkunft verschaffte.

Das Gericht fällt noch kein Urteil; es sollen noch Beweisaufnahmen stattfinden, ob den Arbeitern die Papiere tatsächlich widerrechtlich einbehalten worden sind.

Nach elf Jahren „lästig“.

Am Montag, früh um 5 Uhr, wurde der seit elf Jahren in Altranstädt bei Halle wohnhafte, aus Rußland stammende Arbeiter Stepanus verhaftet und nach Halle transportiert, wo ihm eröffnet wurde, daß er aus Preußen als lästiger Ausländer ausgewiesen sei. Wobin der Mann geschickt wurde, konnte selbst seine Frau bis zur Stunde nicht erfahren. Der Ausgewiesene ist, obwohl er sich „Anarchist“ nannte, ein völlig harmloser Mensch. — Die Ursache dieser Maßregel dürfte unschwer zu erraten sein: Altranstädt liegt nur wenige Kilometer von Merseburg entfernt, alwo Wilhelm II. in den nächsten Tagen zur Abhaltung der Manöver und Kriegervereinparaden eintrifft.

Ein Notschrei hungernder Beamten.

Auf Veranlassung des Halle'schen Beamtenausschusses, einer Vereinigung von Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, mit Einfluß der Lehrer, fand in Halle a. S. eine Versammlung statt, in welcher mit scharfen Worten gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung protestiert wurde. Nach einem agrarisch gefärbten Bericht der nationalliberalen „Saalezeitung“ wurde von allen Rednern ausgeführt, daß die Voraussetzungen der Schwarzseher noch weit übertrifften seien. Die Teuerung habe eine erschreckende Höhe erreicht und sei im letzten Jahre, entgegen den Prophezeiungen des Landwirtschaftsministers, keine vorübergehende, sondern eine stetig wachsende gewesen. In einem Augenblicke wie dem gegenwärtigen habe die Fleischnahrung für die minderbemittelte Bevölkerung beinahe ganz aufgehört. Trotz eines Verhörsversuchs des fortschrittlichen Landtagsabgeordneten Delius gelangte folgende Protestresolution einstimmig zur Annahme:

Die fortgesetzt steigenden Preise der notwendigsten Lebensmittel führen zu einer ungeheuren Belastung der Konsumenten. Der Druck wird nachgerade so schwer, daß es den mit geringen Einkommen wirtschaftenden Familienvätern nicht mehr möglich ist, sich so ernähren zu können, wie es im Interesse der Volksgesundheit durchaus notwendig ist. Die in den letzten Jahren vorgenommenen Einkommensverbesserungen gleichen in keiner Weise das Steigen der Preise aus. Namentlich in der Stadt Halle sind die Lebensmittelpreise nachweislich ständig besonders hohe. Die Versammlung erwartet deshalb von der Regierung und den gleichgebenden Körperschaften, daß schleuestens Mittel und Wege ausfindig gemacht werden, um dem drückenden Notstande abzuhelfen.

Diese Resolution soll der Reichs- und Staatsregierung übermittelt werden — die sich natürlich hüten werden, dem Geldsack der Junker wehe zu tun und die Notlage der Beamten zu lindern. Die Reichstagswahl ist ja vorüber und wegen der preussischen Landtagswahl braucht man sich keine Sorge zu machen.

Ein Opfer des Militarismus.

Im Sprechsaal des „Aller Volksboten“, eines Zentrumsblattes, schildert der Schuhmachermeister Karl Dreher, wie sein kranker Sohn in der Kaserne behandelt wurde und schließlich den Tod erlitt, weil er zu spät in ärztliche Behandlung genommen wurde. Der hart getroffene Vater schreibt:

Reutra a. D., 10. August 1912.

Eine Kompagnie bei der es „keine Kranke, sondern nur Gesunde oder Tote“ gibt, verdient wohl auch in der Öffentlichkeit nicht unerwähnt zu bleiben.

Mein Sohn, seit Herbst 1911 Grenadier bei der 5. Kompagnie des Regiments Nr. 123 in Ulm, war am 10. Juni d. J. leidend zu mir in Urlaub gekommen. Er mußte sich häufig und heftig erbrechen und konnte keine Nahrung mehr einnehmen. Da seine Krankheit sich verschlimmerte, gab ich ihn vom 12. Juni ab in die Behandlung des Bezirksarztes, welcher schweren Magenkatarrh und hochgradige Kopfschmerzen feststellte und den Patienten über die ganze Zeit des Urlaubs (bis 17. Juni) ans Bett befohlen hat. Bei dieser Sachlage richtete ich am 15. Juni unter Beifügung eines ärztlichen Attestes an das Kommando folgendes mit dem Stempel der Gemeinde Reutra versehenes Bittgesuch:

Da mein Sohn, Grenadier Dreher der 5. Kompagnie, zurzeit beurlaubt, gleich nach seiner Abreise aus der Garnison mit starken Kopf- und Magenbeschwerden befallen wurde, welche bis heute noch nicht behoben sind und ihn größtenteils an das Bett fesseln, so gestatte ich mir, an das Kommando die ergebenste Bitte zu richten, demselben seinen Urlaub, wenn möglich, mehrere Tage verlängern zu wollen, da er im jetzigen Zustande doch keinen Dienst tun könnte und eine Erholung für ihn gut wäre.

Zur Antwort wurde meinem Sohn der telegraphische Befehl vom 17. Juni nachmittags 12 Uhr:

„Sofort einrücken. J. B. D. Leutnant.“

In elendem Zustande kehrte denn der Kranke in die Garnison zurück, wo er von seinem Feldwebel R. mit Schimpfen und Drohen empfangen wurde:

„Drei Tage Arreit bekommst, wenn Du nicht krank bist; bei meiner Kompagnie gibts keine Kranke, entweder gesund oder tot.“

Einige Tage später schreibt der Kranke heim:

Am Dienstag (den 18. Juni) morgen meldete ich mich krank, wo ich dann ins Lazarett (d. . . . in die Krankenstube) kam. Bin nun schon vier Tage hier, ohne etwas zu essen. Sollte es bis in ein paar Tagen nicht besser werden, so werde ich ins Lazarett befördert. Vom 20. bis 21. Juni mittags durfte ich nicht das geringste essen. Bin bloß noch Haut und Bein. Gestern, den 20., mußte ich mich den ganzen Tag brechen, wo nichts als Galle kam.“

Während des Aufenthaltes in der Krankenstube verbesserte sich der Zustand des Kranken keineswegs; vielmehr haben sich die Erbrechen nach dem Zeugnis mehrerer Grenadiere, die mit ihm zusammen in der Krankenstube gelegen, unablässig wiederholt. Trodem wurde er jetzt der erhofften Ueberweisung ins Lazarett schon nach acht Tagen wieder als gesund zum Dienst kommandiert. Auf mehrfach wiederholte Krankmeldungen wußte der Feldwebel nur die Antwort, er wolle sich vom Dienst drücken. Ja so wenig Rücksicht wurde auf den nachhalligen Krankheitszustand genommen, daß der Patient am 9. Juli sogar auf die Wache kommandiert wurde. Posten stehend, mußte er sich viermal erbrechen, hielt jedoch aus Furcht vor den Drohungen des Feldwebels vollends aus, als seine schwere Krankheit gegen Ende vom Nachmittag erkrankt wurde. Jetzt endlich, am 10. Juli, wurde er ins Lazarett gesprochen. Vor seinem Abgang dahin schleuberte ihm der Feldwebel, auf die häufigen Erbrechungen anspielend, noch die schönen Worte ins Gesicht:

„So, bist jetzt bald aus'losfa?“

Diese Darstellung entspricht getreu den brieflichen Mitteilungen meines Sohnes und seinen letzten mündlichen Äußerungen, die er mir noch am Abend vor seiner gleich zu erwähnenden zweiten Operation machen konnte.

Ausweislich der Aufzeichnungen, die ich selbst eingesehen habe, hatte er beim Einrücken 74 Kilogramm gewogen, während er im Lazarett nur noch 54 Kilogramm wog; in wenigen Tagen unverständlicher Behandlung eine Abnahme um 40 Pfund!

Am Freitag, den 10. Juli, erhielt ich nun vom Lazarett ein Telegramm:

„Sohn Geschwulst Unterleib, schwer erkrankt, sofort kommen.“

Sofort reiste ich ab. Als ich abends ankam, war bereits am Morgen eine gefährliche Magenoperation vorgenommen worden. Jetzt erst durfte es sich herausstellen, daß mein Sohn an einer Bauchspeicheldrüsengeschwulst schwer litt.

Schon am 25. Juli wurde ich abermals ins Lazarett beordert. Da nach Ausspruch der Ärzte der schon seit 14 Tagen künstlich ernährte Patient sonst hätte verhungern müssen, wurde dann am 29. Juli eine zweite schwere, zweieinhalb Stunden lange Operation vorgenommen. Am 30. Juli erfolgte der Tod meines Sohnes.“

Es genügt, diesen Notschrei eines gequälten Vaters wiederzugeben. Er gewährt einen tiefen Einblick in die felleiche Verfassung mancher „Stellvertreter Gottes“ bei der Behandlung ihrer Untergebenen. Die militärische Erziehung trägt herrliche Früchte.

Ungarn.

Die Wahlreform.

In dem Regierungsorgan „Magyar Nemzet“ steckt der alte ehrliche Lukacs-Böla, Ministerpräsident und Verfassungseidvirkose, einen Wahlreformvorschlag aus: Inzuteiligenzensus, dargelegt durch ein ungarisches Elementarwahlzeugnis, Vermögenszensus, nach wie vor, inindestalter im umgekehrten Verhältnis zum Geldsack von 24 bis 30 Jahren und einjährige Anfähigkeit am Orte — was man in Oesterreich zur Widerung des gleichen Wahlrechts unter dem inoffiziellen Namen der „Gefährlichkeit“ eingeführt hat. Das übrige soll der Wahlvorgang und wahrscheinlich auch die öffentliche Stimmabgabe besorgen, zu welchem Ende man wohl auch die Kenntnis des Schreibens zum Wahlrechtserfordernis macht! Die sozialdemokratische „Nepszava“ kündigt den Kampf bis aufs Messer gegen eine solche Wahlreform an.

Amerika.

Der Panamakanal.

Washington, 14. August. Die gemeinsame Konferenz der beiden Häuser des Kongresses ist heute zu einer Einigung gekommen. Das Amendement des Senates, das der amerikanischen Ozeanischifffahrt die gebührenfreie Benutzung des Panamakanals einräumt, wurde getrieben. Der Paragraph, der der amerikanischen Küstenschifffahrt die freie Benutzung des Kanals gewährt, bleibt bestehen. Eine neue Bestimmung wurde angenommen, die sich auf die Schiffe bezieht. Die Eisenbahngesellschaften gehören, und auf die Beziehungen zwischen Eisenbahnen und Dampferlinien. Die Amendements des Senats, nach denen Schiffe, die sich unter der Kontrolle von Puerto befinden, die Benutzung des Kanals verweigert wird, wurden angenommen. Senator Brandegee und Kongressmitglied Stevens weigerten sich, den Bericht der Konferenz zu unterzeichnen.

Der demokratische Parteilandschaft im Repräsentantenhaus hat sich bereit erklärt, den Bau eines Schiffschiffes (statt zweier) als diesjähriges Schiffbauprogramm zu befürworten. Man erwartet, daß der Senat dieses Kompromiß annehmen wird.

Gewerkschaftliches.

Unternehmerterrorismus im Baugewerbe.

Die rücksichtslose Bekämpfung jedes Unternehmers, der nicht nach der Pfeife der Scharfmacher tanzt, ist einer der obersten Grundsätze der Unternehmerverbände. Was in dieser Hinsicht besonders der Bauarbeiterverband leistet, ist wiederholt dargelegt worden. Ein neues Beispiel dafür bietet ein der „Leipziger Volkszeitung“ zugeflogenes Schriftstück, das sich gegen Leipziger Firmen wendet, die so kühn waren, entgegen dem Willen der Scharfmacher im Baugewerbe, mit dem Bauarbeiterverbande einen Tarifvertrag abzuschließen. Das Schreiben lautete:

„Verband der Bauarbeiter für Leipzig u. Umg.
Leipzig, den 12. August 1912.

Den geehrten Mitgliedern

bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß die Inhaber von Fassadenputzgeschäften

Glück, Kraml, Scheibe, Schwente,

die bisher unsere Mitglieder waren, durch Vorstandsbeschluss aus dem Verbande ausgeschlossen worden sind, und daß die Hauptversammlung am 20. Juli den Einspruch der Herren einstimmig zurückgewiesen hat.

Veranlassung zu dieser Maßnahme ist die Tatsache, daß die Obengenannten sowie die Firmen C. F. Staerke und J. Wacha die Interessen der Mitglieder und das Ansehen des gesamten Verbandes dadurch geschädigt haben, daß sie nach acht-tägigem Streik ihrer Arbeiter mit dem Bauarbeiterverbande einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, in dem die Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden, sowie die Mindestlöhne von

90 Pf., vom 1. 7. 13 an 95 Pf., für Maurer (Puger) und

70 Pf., vom 1. 7. 13 ab 75 Pf., für Arbeiter

2 M. tägliche Auslösung, Fahrt 3. Klasse und dergl. mehr festgelegt sind.

Dieser Vertrag haben die Firmen an demselben Tage vereinbart, an dem das Tariffriedensgericht entschieden hat, daß der Streik gegen den bestehenden Tarif verstößt und deshalb aufzuheben sei.

Die Hauptversammlung hat beschlossen, allen Mitgliedern auf das dringendste zu empfehlen, ihre Fassaden unter allen Umständen durch eigene Maurer putzen zu lassen, keinesfalls aber die Fassadenputzgeschäfte etwa noch durch Aufträge unterstützen zu unterstützen.

Das Putzen mit Jagen, Edelputz ist keine Kunst, jeder Maurer kann es sofort. — Anleitung hierzu zu geben, sind mehrere Kollegen bereit; man wende sich deswegen an das Geschäftamt. Der Vorstand.“

Weil also die betreffenden Firmen mit den bei ihnen beschäftigten Arbeitern einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, deshalb sollen sie ruiniert werden, denn auf den Ruin der Firmen läuft diese Aktion doch schließlich hinaus.

Und wie steht es denn mit dem stolzen Wort: „Der Arbeitgeber muß Herr im Hause sein.“ Jedesmal, wenn Arbeiter Forderungen stellen, die den Unternehmern nicht passen, dann droht ihnen das stolze Wort entgegen. Hier ist es nun die Unternehmerorganisation, die ihren Mitgliedern das Recht, Herren im eigenen Hause zu sein, abspricht. Denn darauf läuft es doch hinaus, wenn Unternehmer von ihren Klaffgenossen deshalb boykottiert werden, weil sie im eigenen Betriebe Arbeitsbedingungen eingeführt haben, die anderen Unternehmern nicht gefallen.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei der Firma C. F. Staerke

Beschäftigte eine äußerst stark besuchte Versammlung aller in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Handte, vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, schilderte die Verhältnisse bei dieser Firma, sowie die Ursachen zu dem jetzigen Streik. Die Firma zeige sich nur dann arbeiterfreundlich, wenn sich unter den Arbeitern eine bedrohliche Unruhe bemerkbar mache. Nachdem in letzter Zeit verschiedene Arbeiterentlassungen infolge Differenzen mit der Firma Staerke stattgefunden hätten, u. a. Herr Staerke erklärt habe, daß die Preise für die Arbeit er selbst festsetze, seien die Arbeiter des Betriebes zu der Erkenntnis gelangt, daß es so nicht weiter gehen könne. Und da auch eine angenommene Lohnstatistik bewiesen habe, daß die Löhne bei der Firma Staerke mit den Löhnen in den übrigen Betrieben der Schraubenbranche nicht Schritt halten, so trat die Organisationsleitung mit der Firma in Verhandlungen. Es haben von 29 Schraubendrehern 14 unter 30 M. verdient. In der Regel betrachteten die Arbeiter den Staerkeschen Betrieb als Durchgangsstation, während andere es vorziehen, lieber arbeitslos zu bleiben, als dort in Arbeit zu treten. Besonders die Hilfsarbeiter seien sehr schlecht gestellt. Bei ihnen seien mitunter Löhne von 14 bis 17 M. an der Tagesordnung. Die dort beschäftigten Arbeiter haben nun im Einverständnis mit der Leitung ihrer Organisation der Firma einen Tarifentwurf unterbreitet. Am 25. Juni fand zwischen den Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und Herrn Staerke eine Unterredung statt. Auf einen Tarif einzugehen, lehnte der Herr ab. Hierauf legten die Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes dem Herrn Staerke nahe, doch eine Vereinbarung abzuschließen, Name und Form sei Nebensache, nur etwas schriftlich Garantiertes wollten die Arbeiter haben. Der Inhaber habe jedoch auf diesen Vorschlag unter den wichtigsten Vorwänden abgelehnt, desgleichen verließen weitere Einigungsversuche resultatlos, da Herr Staerke sich auf nichts einlassen wollte, so beschlossen am 28. Juli die Arbeiter des Betriebes gegen 2 Stimmen, in den Streik einzutreten.

Die Firma hat nun schon Versuche unternommen, Arbeit außerhalb anzufertigen zu lassen, was jedoch mißglückte, da die dortigen Berufskollegen auf der Hut waren. Dasselbe ist von Berlin zu berichten, wo ebenfalls Streikarbeit untergeschmuggelt werden soll. Handte betonte ausdrücklich, daß die Streikenden bereit seien, zu verhandeln und zu annehmbaren Bedingungen gerne Frieden machen wollten.

In der Diskussion schlossen sich die Redner den Ausführungen Handtes vollinhaltlich an.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 15. August 1912 tagende Versammlung der in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt nach Kenntnisnahme den Streik bei der Firma Staerke für durchaus berechtigt und spricht den Streikenden ihre vollste Sympathie aus.“

Die Versammlung erwartet, daß die Kollegen bezw. Kolleginnen von den Firmen, wo Arbeit von Staerke verrichtet wird bezw. werden soll, in geeigneter Weise Stellung nehmen und jede Streikarbeit verweigern.“

Deutsches Reich.

Maßregelung von Textilarbeiterinnen.

In der Leipziger Fabrik in Wurzen sind in letzter Zeit mehrere Arbeiterinnen gemahregelt worden. Der Geschäftsleitung ist die Gewerkschaftsorganisation ein Dorn im Auge. Die Gründung eines gelben Vereins ist denn im Betriebe kräftig betrieben worden. Die Entlassenen werden von anderen Fabrikanten in Wurzen nicht eingestellt, auch dann nicht, wenn solche gebraucht werden. Die Wurzener Textilarbeiterin sucht überall Arbeit. Ein Meister ist gegenwärtig in Berlin. Die organisierte Arbeiterschaft wird ersucht, Arbeitsangebote von obiger Firma nicht anzunehmen.

Deutscher Textilarbeiter-Verband, Zehlfelder Wurzen.

Lohnbewegungen im Brauereigewerbe.

Nähezu ein volles Jahr hat es gedauert, bis die Germania-Brauerei zu Bönning i. Oldenbg. sich bequeme, den Forderungen der Arbeiter einigermaßen gerecht zu werden. Obwohl bereits im September v. J. mit der dortigen Aktienbrauerei die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festgelegt wurden, weigerte sich die Germania-Brauerei entschieden, die gleichen Bedingungen anzuerkennen. Mit ebenso großer Ausdauer vertraten aber die Arbeiter ihre Forderungen. Der Tarif bestimmt: Nach dem ersten Tarifjahr tritt für die Wintermonate die 9 1/2 stündige Arbeitszeit in Kraft. Die Wochenlöhne werden sofort um 1,50 M. und für jedes weitere Tarifjahr um je 50 Pf., für jugendliche Arbeiter um 25 Pf. erhöht. Ebenso werden die Sonntagsarbeiten und Ueberstunden um je 5 Pf. die Stunde erhöht. Urlaub mit Lohnzahlung wird drei Tage gewährt.

Anstelle des am 1. Juli abgelaufenen Tarifvertrages wurde durch den Verband der Brauerei- und Mälzearbeiter mit der Aktienbrauerei zu Jhehoe und der dortigen Niederlage der Eißschloßbrauerei Riehnieden ein neuer, für drei Jahre geltender Tarifvertrag abgeschlossen. Dabei wurde die Arbeitszeit für die ganze Tarifdauer während der Wintermonate auf 9 Stunden beschränkt. Ab 1. April 1914 tritt auch für die Sommermonate eine viertelstündige Verkürzung ein. Der Wochenlohn wird sofort um 1 M. und mit Beginn des zweiten Tarifjahres um weitere 1 M. erhöht. Arbeiterinnen erhalten einen Stundenlohn von 30 Pf. Die Bezahlung der Sonn- und Feiertagsarbeiten und Ueberstunden wird um je 10 Pf. die Stunde erhöht, die Dajour an Wochen- und Sonntagen um je 50 Pf., das Vorausfahren an Sonntagen bis Mittag um 1 M. Nachtarbeiten werden mit den Ueberstundenätzen entlohnt.

Ausland.

Die schweizerischen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht in seinem Organ, der „Gewerksch. Rundschau“, den Bericht über Entwicklung und Stand der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1911, der erfreulicherweise kein ungünstiges Bild bietet. Indessen weist es keinen einseitigen Zug auf, was durch die widerspruchsvolle Gestaltung der Wirtschaftslage für die verschiedenen Industrien verursacht ist. Die Maschinen- und Uhrenindustrie z. B. erfuhr sich eines sehr guten Geschäftsganges, während die Textil-, Schuh- und Lederindustrie weniger prosperierte. Einzelne Industrien, wie die Steinindustrie, befinden sich im Niedergang, und zwar infolge des Ueberhandnehmens der sogenannten „Kunststeine“ (aus Zement). Die starke Einwanderung fremder Arbeitskräfte, große Fluktuation der Arbeiterschaft, Vorherrschend der unqualifizierten und weiblichen Arbeiter sind weitere Hemmnisse der fortschreitenden Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung.

Unter diesen Umständen gestalteten sich die Verhältnisse der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung im Vergleich mit dem Jahre 1910 so:

	1911	1910
Buchbinder	978	929
Friseurgehilfen	127	113
Gemeinde- und Staatsarbeiter	2 655	2 578
Handels- und Transportarbeiter	1 249	1 128
Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe	1 000	943
Holzarbeiter	7 014	6 845
Gutarbeiter	261	241
Lebens- und Gemütmittelarbeiter	3 848	3 200
Lederarbeiter	1 333	1 496
Lithographen	819	717
Lokomotivbeizer	2 094	2 110
Maler und Wäpfer	3 414	3 397
Maurer und Handlanger	1 316	2 400
Metallarbeiter	13 425	12 749
Schneider	1 946	1 776
Stein- und Tonarbeiter	1 570	1 676
Textilarbeiter	6 489	7 061
Transportanstalten	12 106	11 481
Typographen	3 569	3 369
Uhrenarbeiter	11 200	9 474
Zimmerleute	1 706	1 660
Summa	78 119	75 344

Von den 21 Verbänden erfuhren im Berichtsjahre 17 eine mehr oder weniger erhebliche Mitgliederzunahme, während vier Verbände einen Mitgliederrückgang aufwiesen, der beispielsweise bei den Lederarbeitern durch die schwere Krise in der Schuh- und Lederindustrie veranschaulicht wurde. Insgesamt stieg die Mitgliederzahl des Gewerkschaftsbundes von 75 344 auf 78 119, wobei die aufsteigende Tendenz größere Bedeutung besitzt als der absolute Zuwachs an sich. Tritt nicht wieder eine neue allgemeine Wirtschaftskrise störend dazwischen, so wird das laufende Jahr 1912 weitere Fortschritte bringen.

Jugendbewegung.

Das Reglement für die französische Jugendorganisation.

In Ausführung des Kongreßbeschlusses von Lyon beschloß der Nationalrat der französischen Partei folgendes Reglement für die Jugendorganisation:

1. Die Parteiorganisationen sind verpflichtet, alle notwendigen Anstrengungen zu machen, um Jugendgruppen für die Agitation und Erziehung der Arbeiterjugend zu schaffen und diese moralisch und materiell zu unterstützen.
2. Die Jugendgruppen sollen für jedes Departement (Kreis) ein Agitationskomitee einsehen.
3. Die Vereinigung aller Kreisverbände bildet einen Nationalverband, der dem Internationalen Jugendsekretariat angeschlossen ist.
4. In jedem Jahr soll ein Nationalkongreß des Verbandes unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des Parteivorstandes stattfinden.
5. Der Nationalverband soll durch ein Nationalkomitee geleitet werden, für welches fünf Mitglieder der Verband und zwei Mitglieder der Parteivorstand bestimmt. Diese letzteren sollen ein Einspruchsrecht besitzen. In letzter Instanz entscheidet der Parteivorstand.
6. Um einer Jugendgruppe beizutreten, muß man mehr als 16 Jahre und weniger als 21 Jahre sein. Mitglied bleiben kann man bis zum 25. Jahre.
7. Jedes Mitglied der Jugendorganisation bekommt die Parteimitgliedskarte und hat in seiner Sektion dieselben Rechte wie die Erwachsenen.
8. Die Organisationskosten für die Kreisverbände gehen zu Lasten derselben und der entsprechenden Organisationen der Partei. Die Kosten des Nationalkomitees gehen zu Lasten der Partei unter der Kontrolle des Parteivorstandes.
9. Die Kassengebarung der Zentrale untersteht der Kontrolle der Partei.
10. Die Jugendgruppen, ihre Kreisverbände und der Nationalverband dürfen keine politische Aktion unternehmen, ohne die Zustimmung der entsprechenden Parteiorganisation eingeholt zu haben.
11. Die Kreisverbände bestimmen ihr Reglement für die Jugendbewegung selbst innerhalb der durch dieses Reglement gezogenen Grenzen.

Die erste Nationalkonferenz wird vom Parteivorstand einberufen werden. Bis dahin soll das Agitationskomitee der Seine-

Föderation die Funktionen des Zentralkomitees mit Unterstützung des Parteisekretariats übernehmen.

Das Publikationsorgan des Nationalverbandes ist der „Socialiste“, der ein- oder zweimal im Jahre auch eine Spezialnummer für die Jugendpropaganda herausgeben soll.

Am 7. Juli fand die Konferenz der Jugendorganisationen der Seine-Föderation statt und nominierte fünf Vertreter für den Zentralvorstand. Diese haben sich gemeinsam mit den vom Parteivorstand ernannten zwei Delegierten noch am 7. Juli als Zentralkomitee des Jugendverbandes konstituiert und einen Aufruf erlassen, in welchem die bestehenden Jugendgruppen zum Anschluß an den Nationalverband und die Genossen allerorts aufgefordert werden, Jugendorganisationen zu gründen.

Die Jugendbewegung wird sich nunmehr hoffentlich auch in Frankreich kräftig entwickeln und bald eine der Partei entsprechende Ausdehnung und Stärke erhalten. Die Adresse ihres Sekretariats ist: Fédération des Jeunes socialistes de France, 87, Rue Sainte-Croix de la Bretonnerie, Paris.

Die Redaktionen aller Jugendorgane werden ersucht, dem Sekretariat regelmäßig die Zeitungen zuzusenden.

Letzte Nachrichten.

Zu der österreichischen Intervention

Wien, 15. August. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die Einladungen an die Mächte zu der vom Grafen Berchtold angeregten Aussprache unter den Unterzeichnern des Berliner Vertrages über die Verhältnisse in der Türkei sind bereits erfolgt. Die Antworten werden in den nächsten Tagen erwartet. Man nimmt an, daß die Mächte dem Vorschlag des Grafen Berchtold zustimmen werden. Es liegt kein spezielles Programm vor. Die Konversation soll durch die Botschafter bei den Großmächten erfolgen.

Ein türkisches Regierungsprogramm.

Konstantinopel, 15. August. (P.-C.) Hussein Hilmi, augenblicklich der führende Minister des Kabinetts, entwickelte mit großem Optimismus einem Redakteur des „Jeune Turc“ den Regierungspunkt. Er proklamiert die Neutralität der Regierung gegenüber den Parteien, die Reumathen würden an einem Tage, und zwar am 1. Oktober stattfinden. Albanien solle keine Vorrechte, welche den Charakter der Autonomie tragen, erhalten. Die Albanesen verlangen auch nichts, was der Einheit des Reiches, für welches stets zu kämpfen sie sich bereit erklärten, Abbruch tun könnte. In bezug auf den Krieg mit Italien weist Hussein Hilmi darauf hin, daß dieser nur mit Wahrung der Rechte und des Prestiges des ottomanischen Reiches abgeschlossen werden könne. Wichtig ist seine Erklärung über die Meerengenfrage, über die er sagt, daß die feste Zusicherung von Rußland und Frankreich erhalten habe, daß diese Frage nicht zu den Gegenständen der Aussprache zwischen Esafonow und Poincaré gehöre.

Drohung Montenegros.

Konstantinopel, 15. August. (Melbung des Wiener N. N. Tel.-Korr.-Bureaus.) Der montenegrinische Geschäftsträger übermittelte der Pforte eine Note, in der die Ratifikation des Protokolls betreffend die Grenzberichtigung verlangt wird. Dieses Protokoll spricht Montenegro das Gebiet von Grahovica zu, wovon in dem an die Mächte gerichteten Zirkular die Rede war. Dieses enthielt auch einen Passus, daß Montenegro, falls die Mächte nicht einschreiten, um die Ratifikation des Protokolls zu erlangen, genötigt sein werde, selbständig vorzugehen. Es heißt, daß die der Pforte übermittelte Note die gleiche Sprache führt. Nachmittags hatte der Geschäftsträger eine neue Unterredung mit dem Minister des Außern, der ihm erwidert haben soll, der Augenblick sei nicht geeignet zur Ratifikation, da diese eine Erhebung der Mafikoren infolge der Abtretung ihres Gebietes an ein fremdes Land hervorzurufen würde.

Jungtürkische Korrespondenz beschlagnahmt.

Konstantinopel, 15. August. (B. L. B.) Auf Befehl des Kriegsministers entsandte der Korpskommandant von Saloniki, Said Pascha, 200 Mann nach Serres, die das Postamt besetzten und eine Korrespondenz des Komitees über angebliche Mafikorenschaften gegen die Regierung beschlagnahmten.

Aus dem arabischen Aufstandsgebiet.

Konstantinopel, 15. August. (B. L. B.) Bei der Pforte eingegangene Nachrichten besagen, die Harka Said Idris, dreitausend Mann mit drei Kanonen, habe einen Angriff auf die türkischen Truppen bei El Hafa unternommen, sei aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen worden. Die türkischen Truppen hatten sechs Tote und vier Verwundete gehabt.

Ein Bizekonsul erschossen.

Washington, 14. August. In Carthagen (Columbien) ist der dortige amerikanische Bizekonsul erschossen worden, und zwar, wie dem Staatsdepartement von columbischer Seite gemeldet wird, durch einen unglücklichen Zufall. Da aber früher schon Anschläge auf sein Leben gemacht worden sind und zwischen ihm und den columbischen Behörden gespannte Beziehungen bestanden, zweifelt man an der Wahrheit des Berichtes über die Ursache seines Todes.

Deutsche Grubenlampe in England prämiert.

London, 15. August. (P.-C.) Der vom Ministerium des Innern ausgeschriebene Preis von 12 000 Mark für die beste elektrische Grubenlampe zum Gebrauch in Kohlenbergwerken wurde einem Deutschen zuerkannt. Die Lampe ist von einem deutschen Ingenieur namens Faber aus Dortmund konstruiert worden.

Schwerer Zugunfall.

Temesvar, 15. August. (P.-C.) Vor der Station Großlamos entgleiten wahrscheinlich infolge Achsenbruchs die drei letzten Wagen des Schnellzuges Budapest-Temesvar. Die Wagen bohrten sich tief in den Erdboden ein. Eine Person wurde getötet, zahlreiche andere schwer verletzt.

Flugapparate für die russische Kriegsslotte.

Petersburg, 15. August. (B. L. B.) Das Marineministerium baut auf der Golodaiinsel bei Petersburg ein erstes Aerodrom zu Versuchen für Verwendung von Flugapparaten für die Kriegsslotte.

Durch Wanzervergiftung ein Haus demoliert.

Budapest, 15. August. (P.-C.) Bei der Vertilgung von Wanzen in einer hiesigen Pension durch eine aus Schwefel und Benzin hergestellte Mischung erfolgte eine Explosion, durch die die Zwischenwände des dreistöckigen Hauses herausgedrückt wurden. Alle Bewohner mußten evakuiert werden.

Verbandstag der Schneider.

Köln, den 14. August.

Die heutige Sitzung, in welcher über

Lohnbewegungen, Tarifverträge und Schiedsgerichtsverfahren

verhandelt werden soll, ist eine geschlossene. Vor Eintritt in die Verhandlungen erhält das Wort zu einer Begrüßungsansprache der Sekretär der Zentralorganisation der englischen Schneider, Flynn. Er überbringt die Grüße seiner Organisation und gratuliert den deutschen Schneiderverband zu seinen großen Erfolgen und seiner glänzenden Entwicklung und spricht sein Bedauern darüber aus, daß die englischen Kollegen in 12 bis 14 Sonderorganisationen, meist lokalen Charakters, zersplittert sind. Die Einheit der Organisation sei aber auch für die englischen Schneider eine Lebensfrage.

Nach Verlesung einiger Begrüßungsgramme und der Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wird alsdann in die Verhandlungen eingetreten. Es liegt zu der zu behandelnden Materie eine größere Anzahl Anträge und einige Resolutionen vor, die mit wenigen Ausnahmen genügend unterstützt werden.

Verbandsvorsitzender Stühmer erhält sodann das Wort zur Berichterstattung. Er entwirft zunächst ein Bild von der allgemeinen Lage, wie sie sich nach dem letzten Verbandstage in Hamburg gestaltet hat und geht dann auf die Lohnkämpfe während der Berichtsperiode näher ein, in Einzelheiten dabei auf den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht verweisend. Zahl und Umfang der Lohnbewegungen waren in keiner vorhergehenden Geschäftsperiode so groß, wie in der vorliegenden, worüber der Vorstand jetzt zu berichten hat. Die Lohnbewegungen, welche im ersten Berichtsjahre, 1910, in der Breslauer und Südwestdeutschen Konfektionsbranche geführt wurden, endeten mit guten Erfolgen, im letzteren Bezirk auch ohne Arbeitseinstellung. Schwieriger gestaltete sich jedoch die Abwicklung der Bewegungen in der Wollbranche. Die britischen Verhandlungen endeten in den meisten Fällen resultatlos, so daß sich das Schiedsgericht der Hauptverhandlungen in Frankfurt a. M. damit zu befassen hatte und vor große Schwierigkeiten gestellt sah. Daß es 1911 noch einmal gelang, in der Wollbranche den Frieden aufrecht zu erhalten, ist teilweise mit auf das Verhalten des Arbeitgeberverbandes zurückzuführen, der augenscheinlich den Zeitpunkt für einen größeren Nachstoß noch nicht für gekommen erachtete. Anders gestaltete sich die Sachlage im Jahre 1912. Nun hatte der Arbeitgeberverband eine Konferenz seiner Ortsgruppen, an welche mit Lohnforderungen herangetreten war, einzuberufen, und in dieser Konferenz wurde dann der Aktionsplan beraten und beschlossen. Auch 1912 blieben die örtlichen Verhandlungen ebenso wie 1911 zunächst ohne jedes positive Ergebnis. Redner schildert nun in detaillierter Weise die zentralen Verhandlungen, die zunächst gleichfalls scheiterten und damit ihren vorläufigen Abschluß fanden. Der allgemeine Kampf war demnach unausbleiblich geworden, zumal auch ein nochmaliger Versuch des Arbeitgeberverbandes, vor Verhandlung der Generalklausur noch einmal Verhandlungen anzubahnen, sich wieder zerschlugen. Vorstand und Beirat beschloßen deshalb, Extrabeiträge auszusprechen und trafen die weitere Bestimmung, daß sowohl Streikende wie Ausgesperrte in der ersten Kampfwoche auf Unterstützung zu verzichten hätten. Diese Beschlüsse sind von der Kollegenschaft mit erfreulicher Einnütigkeit gutgeheißen worden. Stühmer schildert nun weiter in eingehender Weise die Friedensvermittlungen des Rinsters Dr. Delbrück, die nach einer Reichstagsrede des Abgeordneten Behrens in Frankfurt a. M., sowie die Einigungsverhandlungen unter Vorsitz des Frankfurter Gewerberichters Dr. Hiller. Redner unterzieht hierbei die Einigungsvorschläge des Herrn Dr. Hiller einer Kritik, hebt deren Abschnung durch die am Kampfe beteiligten Filialen hervor und verbreitet sich dann in längeren Ausführungen über die Verhandlungen vor den drei Unparteiischen in Jena, den Herren Magistratsrat Dr. von Schulz, Dr. Prenner und Dr. Hiller, sowie über das endgültige Ergebnis der Verhandlungen und den Abschluß des Kampfes. Der Berichtsteller resümiert sich dahin, daß die Kollegen sehr wohl mit dem Ergebnis des großen Kampfes zufrieden sein können. Andere Gewerkschaftsführer hätten den Vorstand zu seinen Erfolgen gratuliert. Der Vorstand hatte große Schwierigkeiten zu überwinden. Das sollten die Delegierten zu würdigen verstehen und demnach ihre Kritik einrichten.

Der recht beifällig aufgenommene Bericht des Vorsitzenden Stühmer füllte die ganze Vormittags-sitzung aus. Die Nachmittags-sitzung fällt aus wegen einer vom Kölner Lokalkomitee veranstalteten Rheinfahrt. Morgen untersteht der Bericht des Vorstandes der Kritik des Verbandstages.

Kleines Feuilleton.

Wilhelm Wundt, der Leipziger Psychologe und Philosoph, begeht heute seinen 80. Geburtstag. Die wissenschaftliche Welt bewundert ihn als einen Gelehrten von allumfassendem Wissen. Es gibt kaum unter den Forschern der Gegenwart einen, der gleich Wundt Vielseitigkeit und Gründlichkeit in so reichem Maße vereint. Man ist geradezu überrascht, wenn man in Wundts Werken die mannigfaltigsten Probleme sachkundig wie von einem Fachmann bis in das kleinste Detail hinab behandelt findet. Die Schriften über Logik, Ethik, Völkerpsychologie und sein System der Philosophie enthalten eine Fülle von Material und doch stets geordnet und beherrscht von der Wundts eigentümlichen einheitlichen Auffassung. Wundt besitzt dabei in allem eine unbedingte Achtung vor der Empirie, der Erfahrung.

So sehr aus Wundts encyclopädische Kenntnisse zu achten sind, wirklich schöpferisch und bahnbrechend ist er nur aus dem Gebiete der Psychologie. Die moderne Seelenwissenschaft dankt der Wundtschen Lebensarbeit ihre erste systematische Grundlegung und eine seit 50 Jahren dauernde Bereicherung durch wertvolle Einzeluntersuchungen. Gewiß, die Begründung der experimentellen Psychologie knüpft sich an die Namen Webers und Fechner. Aber als selbständige (auch von der benachbarten Physiologie zu trennende) Wissenschaft hat sie erst Wundt geschaffen.

Wundt begann wie die Mehrzahl der ersten Psychologengeneration mit dem Studium der Medizin. Er widmete sich anfänglich speziell der Anatomie und Pathologie. Später wandte er sich der Physiologie zu und arbeitete unter Helmholz in Heidelberg. In den Jahren 1869 bis 1882 erschienen seine Beiträge zur Theorie der Sinneswahrnehmung, in der er die allgemeine Forderung einer experimentell begründeten Wissenschaft der Seele aufstellt und die Anwendung des Experiments bei seelischen Erscheinungen rechtfertigt. Die Vorlesungen über die Menschen- und Tierseele (1893), die auch heute noch zu den lehrwürdigsten Einführungen in die Psychologie gehören, verhielten zum erstenmal ein Gesamtbild von den Aufgaben und Lösungen der Psychologie zu geben. Die Seele als ein Naturphänomen und die Seelenlehre als Naturwissenschaft aufgefaßt, läßt natürlich für metaphysische Spekulationen keinen Raum mehr. Der Seelenbegriff bedeutet nichts als eine Abstraktion des festen Zusammenhanges aller seelischen Erlebnisse. An sich ist die Seele weder ein Einfaches noch eine Realität. Noch am Anfang der 90er Jahre mußte Wundt diesen „rohen Empirismus“ einer „Psychologie ohne Seele“, der jetzt zum Allgemeingut geworden ist, gegen den aufstrebenden Reantianismus, die spekulative Philosophie und die vulgäre Metaphysik verteidigen. Die Grundzüge der psychologischen Psychologie (1874) konnten bereits eine Fülle von Ergebnissen sammeln, die mit der neuen experimentellen Methode gewonnen waren. Die Verfassung nach Leipzig (1876), an dessen Universitäts-

Bundestag des Arbeiterradsfahrer-Bundes „Solidarität“.

Dresden, den 14. August.

4. Verhandlungstag.

Die Debatte über den Bericht vom Fahrradhaus „Frisch auf“ zog sich drei Stunden hin. Es wurden in ihr nur interne Angelegenheiten erörtert, die für die Öffentlichkeit kein Interesse haben.

Über den Punkt „Rechtschutz in unserm Bunde“, referierte der Bundes Syndikus Rechtsanwalt Dr. Kay-Offenbach a. M. Der vom Bund gewährte Rechtschutz wird von den Bundesgenossen von Jahr zu Jahr stärker in Anspruch genommen und auch vom Bundesvorstand in weitgehendem Maße gewährt. Der Bundes Syndikus hatte in den beiden letzten Jahren 212 Sachen zu erledigen. Es waren meist Schadenersatzklagen, deren Forderungen durch Zusammenstoße mit Automobilen, Fußwerfern usw. entstanden sind und wobei der Radfahrer Schaden am Körper oder Fahrrad genommen hat. Im Jahre 1910 wurde in 207 und 1911 in 402 Fällen Rechtschutz erteilt. Eine ganze Reihe von Rechtschutz mühten abgelehnt werden, da sie private Angelegenheiten betrafen oder bei denen auf keinen Erfolg im Prozeßwege zu rechnen war. Groß war die Zahl der Prozesse, die aus Anlaß der Erklärung der Vereine als politische geführt werden mühten. Eigenartige Dinge sind dabei zulage getreten und eine Unklarheit und Verwirrung unter den verschiedenen Instanzen der Behörden und Gerichte hat sich offenbart. Der Referent erläuterte ausführlich, unter welchen Voraussetzungen der Bund Rechtschutz gewährt, besprach einige vorgekommene Fälle, dabei Winke und Ratsschläge gebend, und kennzeichnete kurz die öffentlich rechtliche Stellung des Radfahrers.

Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Er wird zur allgemeinen Kenntnis der Mitglieder im Bundesorgan wörtlich wiedergegeben.

In den sich an das Referat anschließenden Erörterungen wurden Klagen über Ablehnung von Rechtschutzgesuchen vorgetragen und Anfragen an den Syndikus gestellt, die dieser ausführlich beantwortete.

Über die zukünftige Gestaltung des Fahrradhauses „Frisch auf“ verbreitete sich W. O. Offenberg a. M. Er begründete Vorschläge der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrates für den Ausbau des Fahrradhauses. Nach diesem soll die weitere Durchführung und der Ausbau des Filialsystems angestrebt werden. Verkaufsstellen, die die nötige Rentabilität garantieren, sind nach und nach in Filialen umzuwandeln. Hierüber entscheidet von Fall zu Fall auf Vorschlag der Geschäftsleitung und Anhörung des Bundesvorstandes der Aufsichtsrat. Zu besseren Finanzierung des Fahrradhauses und um einen zu hohen Bankkredit in Anspruch nehmen zu müssen, wird vorgeschlagen, eine Sparkasse zu errichten, in der die einzelnen Vereine und auch Privatpersonen ihr entbehrliches Geld anlegen sollten. Das Kapital kann mit 4 1/2 Proz. verzinst werden. Damit hätten die Vereine und Privatpersonen ihr Kapital günstig angelegt und das Fahrradhaus würde, wenn große Beträge eingelegt würden, bedeutend leistungsfähiger gemacht. Für diese Einrichtung mühte seitens der Leitung großzügige Propaganda gemacht werden, so daß die Vereine daran interessiert würden.

An das Referat schloß sich eine Debatte, die morgen fortgesetzt wird.

Aus der Partei.

Die Partei in Baden.

Der Landesvorstand der badischen Parteiorganisation veröffentlicht seinen Bericht für den am 24. und 25. August in Offenburg stattfindenden Parteitag. Die Zahl der Mitgliedschaften stieg im Berichtsjahre von 208 auf 228, die Zahl der Mitglieder von 17 245 männlichen und 1437 weiblichen auf 19 135 resp. 1898. Die Mitgliederzunahme entfällt fast ausschließlich auf den Mannheimer Wahlkreis und auf Mittelbaden, in den Landbezirken sind Fortschritte nicht zu verzeichnen.

Zur Betreibung der Agitation bei der Reichstags- und bei den Gemeinderatswahlen wurden im Bande 1300 Versammlungen abgehalten und 1 815 500 Flugblätter verbreitet. Außerdem wurden noch für die Agitation unter den Frauen 65 000 Flugblätter verbreitet und 130 Versammlungen abgehalten. Bei der Reichstagswahl gewann die Partei wohl 24 000 Stimmen (insgesamt 177 000), sie behielt aber die Mandate in Forzheim und Karlsruhe ein. Bei den Gemeinderatswahlen dagegen waren der Partei wesentliche Erfolge beschieden. Auf badischen Gemeindehäusern sind augenblicklich 1039 Parteigenossen tätig. Die Zahl der in Landgemeinden tätigen Bürgerausschuhmitglieder beläuft sich auf 1378

Wundt bis zu diesem Tage lehrte, schuf ihm durch die Begründung des ersten Instituts für experimentelle Psychologie den gewünschten Wirkungskreis. Von diesem Institut gingen durch die in den „Psychologischen Studien“ gesammelten Schülerarbeiten immer neue Anregungen aus. Eine große Zahl der in Deutschland, Italien, Frankreich, England und Amerika wirkenden Psychologen haben unter Wundts Leitung ihre Studien begonnen.

Unter den Einzeldisziplinen der Psychologie hat sich Wundt in seinen letzten Jahren in besonderem Maße der Völkerpsychologie gewidmet. Sie soll die Aufgabe erhalten, die allgemeinen psychischen Bedingungen für die Bildung und Entwicklung geistigen Gemeinschaftslebens aufzusuchen. Je weniger man sich über die realen (historischen und ökonomischen) Wurzeln der Gemeinschaftsäußerungen klar ist, um so mehr wird man geneigt sein, allgemeine psychische zur Erklärung heranzuziehen. Dieser Gefahr ist Wundt in starkem Maße erlegen. Nur in den Untersuchungen über die Sprache hat Wundts Methode zum Ziel geführt. Die Forschungen über Kunst, Mythos und Religion suchen (ebenso wie seine Logik der Geisteswissenschaften) gänzlich falsche Entwicklungsgefesse auf. Aber auch hier kann man sich nicht der Bewunderung des immensen Fleißes und der geistreichen Deutung entziehen.

Gleichzeitigkeit. . . Das ungeheure Wunder der Gleichzeitigkeit. . . Sie ist eines. Dies zu denken: du sitzt auf dem Hof der Fabrik und frühstückst, hier in Berlin, etwa in der Köpenicker Straße, und gleichzeitig, während du das tust, weilt — heute angenommen, morgens 11 Uhr — der Wind oben auf einem Gleis der Jungfrau ein bißchen Schnee zusammen, rings ist es totenstill. . . und zur gleichen Zeit lochen wirbelnd 3000 Mexikaner im Mund einer Arena wie in einem Topf um einen irrennigen Stier und die Eingeweide zweier Pferde. . . und zur gleichen Zeit stehen sich in einem hohen Haus zu Chicago zwei Männer gegenüber, Blick in Blick, die Hände fest auf dem Tisch. . . und irgendwo brüllt einer auf, im Echo des Waldes, und Wilde stoßen auf Knoes vom Lande ab, und einer sagt: Claire. . . nicht, nicht weinen! Ruhe sein, so. . . so. . . Alles, während du frühstückst.

Das ist so eine Sache mit diesem Wunder: Da steht zum Beispiel in prächtiger Uniform der Herrscher eines Landes auf einem gelbblauen Platz, der weit von Menschen anfüllt ist, und spricht: Ehre des Vaterlandes. . . sagt er. . . und: jedem das Seine! . . . und: Bürgerrechte und Frieden — und während alledem pufft und knufft ein Wachmann einen armen Inhaftierten auf der einsamen Polizeistube, tausend Meilen entfernt von dem redenden Herrscher, aber zur gleichen Zeit. . . Oder in einer Gerichtsverhandlung erhebt sich der Staatsanwalt und sagt kröhnend: — und so haben diese Verurteilten das Leben der Arbeitswilligen verlehrt. Das Leben aber und die Gesundheit der Bürger. . . schülen. . . — und während alledem wirbeln in einem entfernten Bergwerk, tief unter der Erde, Anoden und Arme und Köpfe durcheinander, schwarzer Rauch sticht das Stöhnen Zerissener. . . Alles zu gleicher Zeit. Und man kann es dem lieben

und die der Gemeinderäte auf 123. In den Städten fungieren als Stadtverordnete 301 Genossen und 38 als Stadträte, 5 Genossen sind als Landbürgermeister tätig und 4 Genossen als Mitglieder von Bürgerausschuhvorständen.

Die Tätigkeit der drei von der Landesklasse unterhaltenen Sekretariate befriedigt den Landesvorstand nicht. Die für dieselben aufgewendeten Kosten ständen nicht im Einklang mit den minimalen Erfolgen. Er regt an, das Sekretariat für Mittelbaden als Kreissekretariat von Forzheim und Karlsruhe zu übernehmen und dasjenige für Oberbaden aufzuheben. Dafür will er den Wahlkreisvorständen mehr Mittel zur Verfügung gestellt wissen.

Die Parteipresse berichtet über gute Erfolge. Das jüngste Organ Badens, die „Volkswacht“ in Freiburg, hat sich bereits in den ersten acht Monaten ihres Bestehens gut entwickelt. Der „Badische Volkskalender“ wurde in 23 505 Exemplaren abgesetzt.

Der Einführung des 10-Wochenbeitrages für die gesamten badischen Parteivereine haben sich Schwierigkeiten nicht in den Weg gestellt. Die Landesklasse schließt mit einer Einnahme von 77 516,57 Mark ab. Darunter befindet sich ein Zuschuß des Parteivorstandes in Höhe von 30 000 M. für die Reichstagswahlagitation.

Aus den Organisationen.

Die Bremer Parteigenossen haben sich in vier Versammlungen mit der Tagesordnung des Chemnitzer Parteitages beschäftigt. Die letzte Versammlung am Dienstag stimmte folgenden Anträgen zu:

1. Der Parteitag erklärt, daß die Kontrolle der parteistatistischen Haltung der Parteiorgane und die der Auswahl der Angeestellten nur den von den Genossen des Verwaltungsbezirks gewählten Instanzen zusteht.

2. Der Parteitag beschließt, dem § 6 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben: Das Geschäftsjahr für alle Parteioorganisationen läuft vom 1. April bis 31. März usw.

Ferner nahm die Versammlung eine Resolution an, wonach der Chemnitzer Parteitag den von dem Leipziger und Magdeburger Parteitag beschlossenen Branntweinbottich erneuert und erklärt, daß sich der Beschluß auf Spirituosen jeder Art bezieht, da er nicht allein der Bekämpfung des ostelbischen Junkertums, sondern auch als praktische Protestaktion gegen das herrschende Steuersystem diene. Der Schlußpassus dieser Resolution, der die Parteipresse verpflichten sollte, keinerlei Anzeigen oder Anpreisungen derartiger Getränke aufzunehmen, wurde abgelehnt.

Als Delegierte wurden die Genossen Wellmann, Dr. Pannekoek, Kadel, Voigt und die Genossin Simon gewählt.

Der sozialdemokratische Verein von Ebersfeld-Barmen nahm am letzten Dienstag Stellung zum Chemnitzer Parteitag. Nach einem Referat des Genossen Hoffmann wurde eine Reihe von Anträgen und Resolutionen an den Parteitag beschlossen. Zum Organisationsstatut erhob die Versammlung folgenden Antrag des Genossen Wilt. Gewehr, den dieser vorher in einer Artikelserie in der „Freien Presse“ schon eingehender begründet hatte, zum Beschluß:

„Die Versammlung erklärt sich gegen den von der Kommission vorgeschlagenen Ausschuß, dagegen für die Verstärkung des Vorstandes um fünf unbesoldete Beisitzer und für die Beibehaltung der Sitzungen der Vertreter der Bezirks- oder Landesvorstände mit dem Parteivorstand.“

Der in der Artikelserie des Genossen Gewehr gegebenen Anregung entsprechend wurden auch für das Ausschlußverfahren aus der Partei mehrere Abänderungsanträge angenommen. Gleichfalls auf Antrag des Genossen Gewehr erklärte die Versammlung zum Stichwahlaktomen der Partei mit den Freistimmigen: „Der Parteivorstand hätte auf die von den Fortschrittlichen verlangte Dämpfung unserer Agitation in einer Anzahl Wahlkreisen nicht eingehen sollen, auch wenn die Möglichkeit bestand, daß dann das Abkommen nicht zustande gekommen wäre.“

Angenommen wurde ferner ein Antrag des Genossen Hoffmann auf Erhöhung der Zahl der Parteivorstandsbeisitzer von zwei auf sieben. Zum Schnapsbottich hatten die abtinenten Genossen einen Antrag eingebracht, laut welchem es der Parteipresse verboten wird, Anzeigen oder Anpreisungen derartiger Getränke aufzunehmen“ und die Volks- und Gewerkschaftsbäuer ersucht werden, den gesamten Spirituosenverkauf einzustellen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, daß der Chemnitzer Parteitag die Beschlässe der Leipziger und Magdeburger Parteitage erneuert und bekräftigen möge. Mit geringer Majorität gelangte auch eine Resolution, die zum Austritt aus der Landesliste als wirksamste Form

Gott, der doch von oben alles übersehen kann, nicht verdanken, wenn er hier und da, wenn sie ihm die „Kreuzzeitung“ zu lesen bringen, ein bißchen lächelt. . .

Notizen.

— Das Richard Wagner-Festjahr bringt, je näher wir ihm kommen, nicht bloß alle Bayreuth-Schwärmer — worunter sich gerade gewisse journalistische „Freiberger“ am lautesten hervor tun — für ein barfalisches Schmeichelei auf die Beine. Auch die Weiblichkeit, die ja in der kapitalistischen Gesellschaft den „Ton“ angibt, macht mobil. Zunächst läßt der Richard Wagnerverband deutscher Frauen“ eine Medaille prägen, die auf der Vorderseite den Kopf des Bayreuthers, hingegen auf der Rückseite den Gedanken eines frommen Bibelzuges im Wilde zeigen soll. Wagner, der „Varriladeur“ von 1849 und gewaltige Kunstrevolutionär eine Art pastor bonus (guter Hirte) für abgestempelte Damenmoral! Dieses ist der erste Streich. Doch der andere folgt sogleich. Nämlich in großen Modellschauenstellungen deutscher wie ausländischer Firmen kann man es jetzt schon sehen: Der „Clou“ der nächsten Modelfaison wird — das Wagner-Varett für Damen (in Blau oder Samt, lila, blau oder schwarz) sein! Wer kein solches tragen sollte, ist „natürlich“ — kein Kenner und Verehrer Wagnerischer Kunst. . .

— Bibliotheken auf Ozean-Seglern. Hauptächlich für den Verkehr mit der Westküste Amerikas werden immer noch Segelschiffe gebaut; meist große eisene oder stählerne Vier- und Fünfmastler, die bei gutem Winde an Schnelligkeit mit den Frachtdampfern wetteifern können und im Verhältnis zu ihrer Tragfähigkeit nur wenig Mannschaft zur Bedienung nötig haben. Am 1. Juni wurden 240 deutsche Schiffe mit 123 700 Tonnen Gehalt gelehrt. Diese großen Segler bleiben auf ihren ozeanischen Weltfahrten sehr oft sieben oder acht Monate unterwegs. Es war daher ein schöner Gedanke, sie für ihre weite Fahrt mit einer Wücherei auszurüsten, die den Matrosen eine gediegene Unterhaltung bietet. Und diesen Gedanken will nunmehr die Deutsche Dichter-Gedächtnisstiftung in Hamburg-Großhorstel mit Unterstützung einer ortsanfässigen Reederei zur Ausführung bringen. Ein guter Erfolg ist schwerlich zu zweifeln.

— Ein Zeitungsreferat. Die Vereinigten Staaten sind wohl das weitaus reichste Land der Welt. Aber wohl kein Ort wird sich verhältnismäßig an die Seite der kleinen Stadt Galvestonville in Texas stellen dürfen, die bei knapp 1500 Einwohnern nicht weniger als zehn Zeitungen besitzt. Darunter sind vier sozialistische: zwei englische, „Die Neue Aera“, ein Halbwochenblatt, das alleste, und „Der Rebell“, ein Wochenblatt, das verbreitetste sozialistische Blatt des Staates. Weiter erscheinen „Fogor“ in tschechischer und „Habt Acht“ in deutscher Sprache, beide herausgegeben von Professor J. Rigel Panel, der in Wien studiert und sich offenbar der separatistischen Krankheit erfolgreich erwehrt hat.

des Protestes gegen die geistige Knechtung des Volkes auf, fordert zur Annahme. Mit der Vereinfachung des Bibliothekwesens hat sich schon kürzlich eine Konferenz der Bildungsausschüsse und Bibliothekare des niederrheinischen Agitationsbezirktes befaßt. Die dort beschlossenen und im „Vorwärts“ schon veröffentlichten Anträge wurden von der Veranlassung abgelehnt und zur Beschaffung auf dem Parteitag unterstellt.

Zur Ausführung des Jenner Beschlusses betr. Abfertigung eines Tagelohnes am 1. Mai, wurde ohne Diskussion ein Antrag angenommen, daß gegen diejenigen, welche bis zum 8. September cr. ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, das Ausschlussverfahren eingeleitet wird.

In einer außerordentlichen Generalversammlung beschäftigte sich der sozialdemokratische Verein Königsberg-Stadt mit dem Chemnitzer Parteitag. Genosse Gottschall, Mitglied der Reorganisationskommission, referierte. Namens der Königsberger Parteileitung trat er für Annahme der Vertragsverbesserung, aber für Ablehnung aller sonstigen Änderungsanträge der Kommission ein; insbesondere lehnte er den Parteiausschuh ab. Dagegen trat er für Ausbau der Bezirkskonferenzen und Verstärkung der Kontrollkommission um vier Mitglieder ein. Statt der bisherigen zwei Beisitzer des Parteivorstandes verlangt der Referent vier Beisitzer, die durch den Parteitag zu wählen seien.

Die zum Organisationsstatut angenommenen Anträge decken sich mit der vom Genossen Gottschall vertretenen Auffassung. Weiter wurde noch folgender Antrag angenommen: Der Parteitag wolle den Beschluß des Nürnbergertages: Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskassen einen Tagesverdienst abzuliefern, aufheben. Schließlich fand noch ein Antrag Annahme, der eine noch strengere Durchführung des Schnapsbottens für notwendig erachtet, insbesondere die Vertrauenspersonen zu deren energischer Unterstutzung verpflichtet und erklärt, daß sich der Schnapsbottentag auf Spirituosen jeder Art beziehe.

Zu Delegierten für den Chemnitzer Parteitag wurden die Genossen Gottschall und Donalies, sowie die Genossin Hartung gewählt. Als Vertreter in den Parteiausschuh wurde im Einverständnis mit dem westpreussischen Bezirksvorstand Genosse Gottschall gewählt.

Die Generalversammlung des 14. württembergischen Wahlkreises (Mm.-Weidenheim-Gebirgen), die am Sonntag in Ulm tagte, konnte einen überaus erfreulichen Jahresbericht entgegennehmen. Die Mitgliederzahl ist von 1160 im Vorjahre auf 1716 gestiegen, 1908 hatte der Kreis erst 676 Mitglieder. Es wurden im abgelaufenen Geschäftsjahre in 14 Ortsvereinen 200 Mitgliederveranlassungen, daneben 165 öffentliche Versammlungen abgehalten, 21.500 Flugblätter verbreitet und 1725 Broschüren abgesetzt. Die Zahl der Gemeinderatsmitglieder stieg von 14 in sieben Orten auf 23 in neun Orten. Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse im Wahlkreise stieg infolge der Gründung der „Donauwacht“, die ihr Probejahr glänzend bestanden hat, um 2233. Die taktische Haltung der „Donauwacht“ wurde einstimmig gebilligt. Zum Parteitag wurde einstimmig ein Antrag angenommen, der die geplante Errichtung des Parteiaussschusses begründet und die Hoffnung ausdrückt, daß der Parteitag die gemachten Vorschläge zum Beschluß erhebt.

Domus Mandatsniederlegung nicht angenommen.

Nov. 18. August. (Sig. Ver.) Nachdem der Parteitag den Beschluß des Abg. Domus aus der Partei beschloffen hatte, erklärte der Ausschuss, er werde von seinem Parlamentsmandat nur zurücktreten, falls die Sozialisten seines Wahlkreises in diesem Sinne entschieden. Es hat nun am 11. d. M. in Ostiglia ein Wahlkreislouge stattgefunden, auf dem außer den Parteifunktionen auch die Gewerkschaften vertreten waren. Nach lebhafter Diskussion blieben diejenigen, die die Mandatsniederlegung Domus forderten, mit 1468 gegen 2400 Stimmen in der Minderheit. Es wird somit auch die Auflösung sämtlicher Parteifunktionen des Wahlkreises nötig werden, da sie sich durch ihr Votum in Widerspruch zur Parteidisziplin gesetzt haben.

Soziales.

Uneheliche Kinder in Großstädten.

Es ist bekannt, daß die Häufigkeit der unehelichen Geburten in den Städten erheblich größer ist als auf dem platten Lande. So waren im Jahre 1910 in Preußen durchschnittlich von je 100 Geborenen in der Stadt 89,5 eheliche und 10,5 uneheliche, während auf dem Lande 94 Proz. eheliche und 6 Proz. uneheliche Geburten festgestellt wurden. In einigen deutschen Großstädten geht der prozentuale Anteil der unehelichen Geburten noch weit über den für das Reichsgebiet berechneten Durchschnitt hinaus. An der Spitze marschieren hinsichtlich der Häufigkeit unehelicher Geburten München, die Stadt der Pfauen und Ränke. Hier wurden im Jahre 1911 9368 eheliche und 4129 uneheliche Geburten gezählt. München entfallen auf 100 Geborene durchschnittlich 90,4 Eheliche und 9,6 Uneheliche. Daß im Dezember, d. h. circa dreiviertel Jahr nach dem Fasching, die meisten unehelichen Kinder in München geboren werden, sei nur beiläufig erwähnt. Die Reichshauptstadt weist bei weitem keine so große Häufigkeit der unehelichen Geburten auf wie Paris. Von 42.832 Geborenen waren im Jahre 1911 in Berlin 39.593 Eheliche und 3209 Uneheliche. Hiernach ergibt sich eine prozentuale Verteilung der Unehelichen mit 21,68 Proz. und der Ehelichen mit 78,32 Proz. In Leipzig waren von 15.409 Geburten 12.593 oder 81,75 Proz. ehelich und 2816 oder 18,25 Proz. unehelich. Ungefähr das gleiche Verhältnis zeigte sich in Dresden. Hier waren von 14.398 Geburten 79,1 Proz. ehelich und 20,9 Proz. unehelich. In Halle a. S. kamen auf 100 Geborene durchschnittlich 89,8 Eheliche und 10,2 Uneheliche. Etwas günstiger als in diesen Orten, die übrigen sämtlich Universitätsstädte sind, war das prozentuale Verhältnis zwischen legitimen und illegitimen Geburten in Steint. Auf die Ehelichen entfielen hier 85,4 Proz. und auf die Unehelichen 14,6 Proz. Einen interessanten Einblick in die Verhältnisse der unheimlichen ledigen Wählerinnen gewähren Spezialerhebungen des Statistischen Amtes der Stadt Dresden. Das für die Hauptstadt Sachsen ermittelt wurde, dürfte mit geringen Abweichungen auch für andere Großstädte gelten. Nach den Feststellungen des Dresdener Statistischen Amtes, die sich auf 1109 uneheliche Mütter erstrecken, waren, nach der Berufstätigkeit gegliedert, 87 Proz. derselben Fabrikarbeiterinnen, 82 Proz. gehörten zum häuslichen Dienstpersonal, je circa 11 Proz. waren Handlungsgehilfinnen und Kleinhändlerinnen. Ferner befanden sich unter den unehelichen Müttern noch 76 in selbständiger Stellung befindliche oder als Heimarbeiterrinnen tätige Personen, acht Sängerrinnen, Choristinnen usw. und 17 Hausdiener. Nach ihrer Herkunft gehörten 71 Proz. der ledigen Wählerinnen den Arbeiterkreisen, 21 Proz. der Schicht der Handwerker und Kleingewerbetreibenden an. In circa 8 Proz. aller Fälle stammte die uneheliche Mutter aus einer Beamtenfamilie usw. Bemerkenswert ist, daß 40 Proz. der ledigen Wählerinnen selbst halb oder ganz verwaist waren. Ueber die Hälfte der unehelichen Mütter, nämlich 58 Proz., gehörten dem Arbeiterstande an. Die Handlungsgehilfinnen stellen 18 Proz., die Kleinhändlerinnen circa 7 Proz. Von den Wählerinnen haben 68 den Beruf des Vaters ihres Kindes überhaupt nicht gekannt, während in 83 Fällen jede Auskunft über den Vater des Kindes von ihnen verweigert wurde. Hinsichtlich der Ehedesprechen muß auf die Einseitigkeit der betreffenden Aussagen hingewiesen werden, die Zweifel an ihrer Richtigkeit nicht überall ausschließt. Im ganzen soll die Ehe in 727 Fällen, d. h. 62 Proz., versprochen worden sein. Ein recht trübes Bild moderner sozialer Verhältnisse ergaben die Feststellungen über den Monatsverdienst der ledigen

Wählerinnen. Es verdienten 20 M. und weniger 348 uneheliche Mütter. Von diesen waren 304, meist Dienstmädchen, bei voller Beschäftigung angestellt, während 42 keine Kost bezogen. Ueber 20 bis 50 M. verdienten 699 Mütter, davon 490 ohne Kost und 109 mit Kost. Ein Einkommen von 50 bis 100 M. hatten 137 uneheliche Mütter, davon 117 ohne Kost. Die Untersuchungen des Dresdener Statistischen Amtes, deren zweiter Teil sich auch auf die unheimlichen verheirateten Wählerinnen erstreckt, verdienen anberwärt nachgeprüft zu werden. Gerade aus möglichst eingehenden Einzelbeobachtungen läßt sich viel wertvolles Material für eine allgemeine Sozialstatistik gewinnen. Für manche wichtige soziale Frage — es sei nur auf den Rückgang des Geburtenüberschusses in Deutschland verwiesen — könnte so eine zutreffende Erklärung und die zuverlässige Grundlage für Reformversuche gewonnen werden.

Aus Industrie und Handel.

Die Erhöhung der Bündholzpreise.

Nachdem vor einiger Zeit die Bündholzpreise die Preise für Bündholzerhöht haben, will nunmehr auch der Kleinhandel eine Preiserschöpfung, und zwar um eine Mark auf hundert Pakete zu zehn Schachteln vornehmen. Im Juli dieses Jahres ist eine Preisvereinbarung der Bündholzfabriken zustande gekommen. Von der Konvention wurden die Preise sofort um einen Pfennig pro Paket erhöht, und es wurde ferner beschlossen, auf eine Einschränkung der Erzeugung derart hinzuwirken, daß die Bündholzindustrie wieder auf einen normalen Stand käme. Damals wurde ausdrücklich gesagt, daß im Hinblick auf den Konsum die Detailspreise eine Erhöhung nicht erfahren sollten. Auch der bisherige Ladenpreis sollte bestehen bleiben. Nun gehen die Kleinhändler, obwohl ihnen die alten Preise beibehalten worden sind, doch an eine Preiserschöpfung. Dadurch wird der Bündholzkonsum natürlich aufs neue erheblich belastet. Wie weit die Absicht der Bündholzvereiner, auf eine Einschränkung der Erzeugung hinzuwirken, bisher verwirklicht worden ist, davon verlautete noch nichts. Auch scheint es, daß die Preisereignisse der Werke einen engeren Zusammenfluß herbeizuführen, bis jetzt von Erfolg noch nicht begleitet waren. Ueber die Preisvereinbarung und die Einschränkung der Erzeugung ist man anscheinend noch nicht hinaufgekommen.

Kommune und Ueberlandzentralen.

Kommunen und Kommunalverwaltungen übernehmen bei Verträgen mit Ueberlandzentralen oft die Verpflichtung, keinem anderen Unternehmer das Recht der Begebenheit für Stromleitungen einzuräumen. Gegen derartige Vereinbarungen, welche die Monopolstellung der großen Elektrizitätsfirmen, in deren Hand die Ueberlandzentralen liegen, noch befestigen, wendet sich ein ministerieller Erlaß vom 13. Juli d. J. Er macht darauf aufmerksam, daß durch solche ausschließliche Vereinbarungen der Privatunternehmer öffentlich-rechtlichen Verbänden der Erwerb und die Errichtung eigener Werke erschwert wird. Die Kommunen binden sich leicht die Hände, durch spätere Zulassung des Wettbewerbs von der Verbilligung der Stromkostenerzeugung zu profitieren. Die Wirtschaftlichkeit der Privatbetriebe wird durch den Ausschluß des Monopols auf Begebenheit nicht gefördert. So haben die Kommunen keinen Anlaß, den Wünschen der Unternehmer nach Einkürzung eines Ausschließlichkeitsrechts entgegenzukommen. Im besonderen Fall ist es aber nur auf kurze Zeit zu gewähren, und zwar sollen alle dem Strombezugsgebiet einer Zentrale angehörenden Gemeinden die Zeit dieses Rechts einheitlich festsetzen. Auch soll das Begebenheitsmonopol dann nur für die Leitung von Starkstrom (nicht auch von Schwachstrom oder Gas) gelten und nicht die Leitung des Stroms für private Zwecke und nach anderen Versorgungsgebieten ausschließen.

Wenn dieser Erlaß wirklich befolgt werden würde, könnte er dazu beitragen, der Erweiterung privater Monopole unserer Elektrokonzerne zu steuern. Aber die preussischen Ministerien haben sich nicht mehrmals den großen Elektrizitätsgesellschaften in die Hand gearbeitet.

Gerichts-Zeitung.

„Unverschämter, frecher Lämmel.“

Western wurde vor dem Strafsenat des Kammergerichts die Revision des Oberförsters Finsterwalder und die des Genossen Stadthagen gegen das Urteil der Strafkammer des Landgerichts verhandelt.

Unsere Leser entzinnen sich des Gergangs. Am 20. Mai 1910 fand zu Dandlich eine öffentliche Versammlung statt, in der Stadthagen referierte. Er wurde durch lärmende und fleißige Zwischenrufe von dem Tisch aus, an dem der Oberförster Finsterwalder saß, unterbrochen. Der Vorsitzende kochte ermahnte die Herren zum Anstand und drohte ihnen an, daß er eventuell von seinem Hausrecht Gebrauch machen würde. Als Stadthagen die Rechtsmahnung der Landarbeiter durch die Reichsversicherungsordnung verletzte und darauf hinwies, daß nach § 343 der Reichsversicherungsordnung der Gemeindeverband den Vorsteher und die anderen Mitglieder des Kassenvorstandes einer Landarbeiterklasse ernennen könne, rief Finsterwalder mehrfach dazwischen: „Das ist unwahr!“ Stadthagen beharrte den Zwischenrufer dahin, daß seine Darlegungen selber wahr seien, es aber Finsterwalder freistehe, in der Diskussion seine Ansicht zu äußern. Er sagte dann nochmals die Vorschriften des § 343 zusammen. Da rief Finsterwalder: „Das ist eine bewusste Unwahrheit!“ Hieraus replizierte Stadthagen: „Wenn Sie mir bewusste Unwahrheit vorwerfen, dann sind Sie ein unverschämter, frecher Lämmel.“ Finsterwalder und seine Begleitungsgegenossen erhoben nun einen Tumult. Koffert verlagte die Versammlung, um durch Entfernung der Ruhestörer die Ruhe wieder herzustellen. Der Gendarm löste die Versammlung aber auf. Finsterwalder ließ nun zum Stadthagen erhob Widerklage. Die Strafkammer erklärte beide Teile für schuldig, belegte Stadthagen mit 20 Mark Strafe und erklärte den Kläger Finsterwalder aber für straflos. Von den gerichtlichen Kosten soll in der Kompensation der außergerichtlichen Kosten Finsterwalder ein Viertel, Stadthagen drei Viertel tragen.

Die Strafkammer stellte fest, daß Stadthagen die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung durchaus zutreffend wiedergegeben hatte. Die Behauptung Finsterwalders: „Das ist eine Unwahrheit“ und „Das ist eine bewusste Unwahrheit“ entbehre jeder Grundlage. Die Strafkammer erklärt, dem Finsterwalder hätte der Schutz des § 193 Str.-G.-B. trotzdem vielleicht zugestanden werden können, da man ihm glaubte, er habe angenommen, „unmöglich könne ein solches unvernünftiges Gesetz von der Regierung entworfen sein“, er habe gefürchtet, die — wahrheitsgemäßen, dem Entwurf entnommenen — Ausführungen Stadthagens seien geeignet, die Landarbeiter unzufrieden zu machen, und daß ein Teil der Landarbeiter den Saal verlassen würde, bevor Finsterwalder das Wort in der Diskussion erhielt. Indessen sei das nicht möglich gewesen, weil Finsterwalder seinen „beleidigenden Vorwurf in grob leichtfertiger Weise ohne tatsächliche Unterlage erhoben“ hat. Ein derartiges Verhalten verstoße gegen die guten Sitten. Finsterwalders „Leidfertigkeit sei eine um so größere, als er geständig die Gesetzmäßigkeit überhaupt nicht eingesehen, sondern nur gelegentlich darüber in den Zeitungen gelesen hatte, und er sich sagen mußte, daß Stadthagen als Abgeordneter und Teilnehmer über den Gesetzentwurf besser in der Sache orientiert sein werde wie er selbst.“ Stadthagens Zuruf „unverschämter, frecher Lämmel“, sei nicht

schwerer zu beurteilen, als der frivole Angriff des Klägers. Stadthagen sei nur mit Rücksicht auf seine vielen Verstrafen (1) nicht auch für straflos zu erklären, sondern mit 20 M. Geldstrafe zu bestrafen gewesen. Der Einwand Stadthagens, er habe lediglich in Notwehr und in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, sei zu verwerten gewesen. Denn er hätte den Kläger und die anderen Ruhestörer durch seine Leute oder mit Hilfe der Gendarmen aus dem Saal entfernen lassen sollen, die von ihm angewandeten Worte habe er nicht nur zur Notwehr, sondern auch zwecks Wiederherstellung gebraucht.

Gegen dies Urteil haben beide Parteien Revision eingelegt. In der gestrigen Verhandlung vor dem Kammergericht vertret Rechtsanwalt Dr. Roth sowie der Genosse Stadthagen in längerer Ausführung die Ansicht, daß das Landgericht die Begriffe einer Beleidigung, der Notwehr und der Wahrnehmung berechtigter Interessen zuungunsten Stadthagens verkannt habe. Der Senat verwarf beide Revisionen. Wichtig sei, daß Stadthagen berechtigt war, den Angriff Finsterwalders abzuwehren. Wenn der Vorderichter aber aus der Häufung der angewandeten herabsetzenden Worte auf die Absicht der Beleidigung geschlossen habe, so sei das eine tatsächliche Feststellung, die ohne Verletzung von Rechtsnormen erfolgt sei. Ebenso liege es mit der Nichtstoffreierklärung Stadthagens. Finsterwalders Revision, die behauptet, zuunrecht sei ihm der Schutz des § 193 verweigert, sei verworfen, denn, wenn man nach so weit gehen wolle, so könne man, wie das Landgericht zutreffend dargelegt habe, doch nicht eine so fahrlässige und grob leichtfertige Auffassung eines unbedenklichen, beleidigenden Vortrags wie der Finsterwaldersche Zwischenruf mit Recht charakterisiert sei, für schuldig erklären. Die Kosten der Revisionsinstanz fallen jeder Partei zur Hälfte zur Last.

Schämst Du Dich nicht zu arbeiten, wenn wir freieren?

Mit dieser Frage sollte der Schloffer Menbrath verurteilt haben, durch Ehrverletzung den Schloffer Puschakki zu bestimmen, an einer Verbreitung behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Er sollte sich also gegen § 153 der Gewerbeordnung verhalten haben und hatte sich hierüber geäußert vor der 129. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte zu verantworten. Der Angeklagte bestritt. Puschakki in dieser Form angesprochen zu haben und behauptete, ihn nur auf den Streik der Schilderhammer hingewiesen zu haben, als er ihn beim Anmachen eines Schilbes traf. Puschakki bestritt zunächst, daß die erwähnte Äußerung gefallen sei, mußte aber auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, zugeben, daß möglicherweise nicht der Angeklagte, sondern ein anderer bei dem Angeklagten stehender Arbeiter die Äußerung getan habe.

Trotzdem beantragte der Anwalt die Verurteilung des Angeklagten zu einem Tage Gefängnis. Der Anwalt stützte sich auf die polizeiliche Vernehmung des Angeklagten, bei der dieser zugegeben haben soll, die Äußerung getan zu haben. Dagegen beantragte der Verteidiger die Freisprechung, indem er darauf hinwies, daß Puschakki seine Aussage ganz bedeutend eingeschränkt habe und nicht mehr feststellbar werden könne, ob der Angeklagte wirklich die inkriminierte Äußerung getan habe. Ferner machte der Verteidiger geltend, daß auch die inkriminierte Äußerung nicht ausreichte, um ein Vergehen gegen § 153 festzustellen, da die Äußerung keine Beleidigung enthalte. Puschakki sah sich auch gar nicht beleidigt gefühlt, sondern die polizeiliche Feststellung des Angeklagten nur deshalb veranlaßt habe, weil der Angeklagte ihm auf der Straße gefolgt sei.

Das Schöffengericht folgte den Ausführungen des Verteidigers, nahm ebenfalls an, daß die inkriminierte Äußerung eine Ehrverletzung nicht enthalte und sprach den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei.

Zur Warnung für die Handfrauen

und Kleineren Gewerbetreibenden, die sich von rebegeordneten Reisenden zu Verstellungen verleiten lassen, kann ein Fall dienen, der gestern vor der 2. Ferienstrasskammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. Angeklagt wegen gemeinschaftlichen Betrugs bezw. schweyer Urkundenfälschung waren der Reisende Richard Haff und der Kaufmann Richard Geier. Der Angeklagte Geier betreibt in einem kleinen Räume in der Braunberger Straße ein Posamenten- und Kurzwarengeschäft, in dem sein Schwager, der Angeklagte Haff, als Reisender tätig war. Nachdem er sich um ein Geschäft kleinsten Umfanges handelte, prangte auf sämtlichen Druckfachen die Bezeichnung: „Engros und Export, Bankkonto: Deutsche Bank.“ Da sich das ganze Unternehmen nicht rentierte, sollen beide Angeklagten, wie die Anklage behauptet, zu betrügerischen Manipulationen Zuhilfenahme genommen haben. Der Angeklagte Haff suchte hauptsächlich Schneiderinnen und kleine Gewerbetreibende auf, denen er unter Anwendung eines schier unerschöpflichen Redeflusses seine Artikel mit dem Vermerken anbrachte, daß man nirgends so billig kaufen könne wie bei „seiner“ Firma. Um den geprügelten Herren endlich los zu werden, ließen sich zahllose Frauen verleiten, eine kleine Bestellung nach den ihnen vorgelegten Muster zu machen. Ihr Schwere war jedoch nicht gering, als die Herren dann eintrafen. Wenn sie z. B. von irgendeinem Artikel 3 Stück bestellt hatten, so erhielten sie 3 Duzend. In anderen Fällen erhielten sie auch eine viel schlechtere Qualität und sogar Ware, die sie überhaupt nicht bestellt hatten. Eine in Prellingen wohnhafte Schneiderin hatte für etwa 10 M. Waren bestellt und erhielt für über 80 M. Waren. Als sie angierfälligt sofort nach Berlin fuhr, um den noch ihrer Meinung bestehenden Irrtum aufzuklären, wurde ihr hier von dem Angeklagten Geier das Auftragsformular vorgelegt, welches sie auch unterschrieben hatte. Sie entdeckte, daß im Gegensatz zu der Kopie, die sie in den Händen hatte, hinter jede einfache Zahl die Bezeichnung „Duzend“ oder „Gros“ geschrieben war. Als sie nun Lärm schlug und etwas von Schwindel und Fälschung verlauten ließ, wurde sie kurzerhand hinausgeworfen. Das Paket mit den Waren wurde ihr schließlich ebenfalls auf der Treppe nachgenommen. Viele Leute ließen sich, aus Angst vor allen möglichen Scherereien mit den Gerichten einschüchtern und behielten und bezahlten auch die von ihnen bestellten Waren. In sieben Fällen wurde jedoch gegen die beiden gewigten Geschäftleute Anklage erhoben. — Zu der gestrigen Verhandlung waren auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Wetzlarer zwei Sachverständige geladen, die bekundeten, daß die von den Angeklagten verlangten Preise die handelsüblichen seien.

Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit dieses Treibens, durch welches die reelle Geschäftswelt empfindlich geschädigt werde, je 3 Monate Gefängnis. Das Gericht kam bezüglich des Betruges und rechtlichen Gründen zu einer Freisprechung und verurteilte nur den Angeklagten Haff wegen schwerer Urkundenfälschung zu 3 Monaten Gefängnis.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Correspondenz findet Eindeutigkeit 69, wenn vier Treppen — nach § 21 —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends dau. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein vollständiges und eine Zeit als Vertretung beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erzellt. Anfragen, denen keine Abwesenheitsnotifikation beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

J. d. M. 32. Schreiben Sie mit Ihrer Beant vor einem Rotar einen Obertrag. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. — **G. S. 34.** Vor Ablauf von sechs Monaten läßt sich nichts tun. Widdam kann bei der Wahlenverwaltung ein Antrag auf Aufhebung der Hinzugerechnung gestellt werden. Gegen einen ablehnenden Bescheid kann die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts angefochten werden. Die Bestallung eines Kuratils erhebt sich dann zweckmäßig. Kosten etwa 20 M. — **G. S. 1000.** Wein. — **W. N. 4. Ja.** — **G. S. 2.** Die Steuerpflicht ist mit Ende Dezember 1911 erloschen. Falls für spätere Zeit Steuern verlangt werden, reklamieren Sie. — **G. S. 47. 1.** Bei der Höhe des Verdienstes wird

voraustrittlich Inhaberschaft verneint werden. 2. Antrag an das Volksgesundheitsamt. 3. 150 R. Bei Bedürftigkeit kann Ermäßigung bis auf 5 R. erfolgen. — **K. R. 109.** Der Gerichtsvollzieher erscheint erhaltspflichtig. Sie müssen aber Ihre Behauptungen beweisen können. — **G. 30.** Ja, das Straftat. — **F. D. 22.** Die Firma ist zur Klage berechtigt. Verfügen Sie gütliche Einigung. — **G. 4.** 1. Rein. 2. Ja. Ihre Frau ist aber zahlungspflichtig. — **G. 12.** Rein, sofern der Anwalt vom Gericht beigeordnet ist. — **K. 9.** 3. Rein. — **F. 2.** 41. Kustänfte, die bescheiden, sich der Unterhaltspflicht zu entziehen, erziehen wir grundsätzlich nicht. — **G. 2.** 79. Die Forderung des Wirtes ist ungedrückt, falls Sie vor dem Kündigungstermin ausgegogen sind, andernfalls begründet; der Wirt hat jedoch die Verpflichtung, sich um Weitervermietung zu bemühen. — **Zi. Chbg.** 1. und 2. Rein. Ein Vormund wird nur für den Fall der Biederbeurteilung bestellt. 3. Rein. Auch im Ausland sind Vollstreckungsmaßnahmen zulässig. Es empfiehlt sich alsdann, sich mit dem deutschen Konsulat in Verbindung zu setzen. — **K. R. 4.** Nach Ihrer Darstellung haftet der Besizer für allen Schaden. — **K. R. 38.** Ja, falls Ihre Frau zahlungspflichtig ist beim Grundbesitzer. — **H. 3.** 50. Rein. Reklamieren Sie. — **Meister 1889.** Rein. Nur dann, wenn er Lehrlinge ausbildet. — **Franz 35.** In diesem Falle ja. — **H. 3.** 75. Die Gerichtskostenforderung ist verjährt. — **K. 6.** 100. Ihre Angaben sind unvollständig. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **H. 3.** Ja. — **K. 2.** 71. Wiederholen Sie die Anträge und geben Sie noch an, wann die zweite Ehe geschlossen und wo der erste Ehemohnig gewesen ist. — **C. 2.** 37. Ja. — **C. M.** 31. Ja. — **H. 3.** 45.

1. u. 2. Rein. Sie können aber auf Grund des früheren Urteils jederzeit neue Zwangs Vollstreckungsmaßnahmen, z. B. Mobiliarpfändung, Lohnbeschlagnahme, veranlassen. Zur erneuten Ablehnung des Offenbarungseides ist Schuldner erst nach Ablauf von 5 Jahren verpflichtet; früher nur dann, falls glaubhaft gemacht werden kann, daß er Vermögen erworben hat. — **Z. 78.** Die Bestimmungen Ihres Mietvertrages sind maßgebend. — **G. 6.** 26. 1. Ja. 2. Läßt sich nicht sagen, da die Rechtsvorsorge nicht bekannt sind. — **H. 2.** Nieder-Zahnweide. Rein. Vom Vater muß aber eine Einwilligungserklärung vorliegen. — **H. 2.** 5. Die Großeltern können ihrerseits in Anspruch genommen werden. — **W. 6.** 51. Rein. — **G. 6.** 86. 1. u. 2. Rein. 3. Nach dem Gesetz nicht. Jedemfalls ist es nicht zweckmäßig, das anzugeben. 4. Die erforderliche Bescheinigung der Deimatbehörde, daß Ehehindernisse nicht entgegenstehen, können Sie selber beantragen. Die Bescheinigung muß vom Deutschen Konsulat legalisiert sein. 5. Beide sind ausländisch. Sie haben die Wahl. — **H. 2.** 25. Sie haben die Einlösungs- oder Verlängerungspflicht, andernfalls Sie schadenerhaltspflichtig sind. Den Vandschein können Sie nach vorheriger Anbrohung durch einen Gerichtsvollzieher verfeigern lassen. — **Thinius, Stubenrauchstr.** Der gesetzliche Vertreter des Jungen kann beim Schöffengericht die Privatklage erheben. — **H. 2.** 100. Sie können den Meistbetrag verlangen. Zunächst erscheint ein Zahlungsbefehl angebracht. — **H. 2.** 21. Sie sind nicht zahlungspflichtig. — **G. 2.** 17. Sie sind bis April an den Mietvertrag gebunden. Zu ermitteln, welches die fünf größten Warenhäuser der Welt sind, mangelt es uns an Zeit. — **Heibelberger Str. 36.** 1. Stellen Sie durch Nachfrage beim Grundbuch-

amt — Amtsgericht Reutlin — fest, wer Eigentümer ist; an diesen zahlen Sie. 2. Vielleicht hilft eine solche Beschwerde. Der Sachverhalt und die eventl. Gefahr bei der Passage ist zu schildern. — **K. Raum.** — **H. 2.** 20. Die Erstellung derartiger Kustänfte müssen wir ablehnen, da strafbar. — **G. 2.** 2. Benfektur. Es kann auf Antrag Verletzung von der Steuerpflicht erfolgen. Für das laufende Halbjahr April bis einschließlich September erscheinen Sie steuerpflichtig. — **H. 2.** 31. Wenn durch Sachverständige erhebliche Mängel bewiesen werden können, kann auf Verlay geklagt werden. Sie müssen aber auch noch beweisen können, daß Sie die Mängel erst jetzt entdeckt haben. — **G. 111.** Die Klage erscheint nicht aussichtslos. Die Kosten des Anwalts würden sich auf etwa 20 R. stellen. — **H. 100.** 1. Ja. 2. Rein. 3. Ja, etwa 15 R. 4. Falls deren Angabe unrichtig ist, kann geklagt werden. 5. Die Weitervermietung ist zweckmäßig. — **C. 3.** 9. Ja. Die Pändung der unbedruckten Sachen ist zulässig. — **H. 2.** 100. 1. Mindestens 200. 2. Mindestens 1200, falls mit Rückzahlung der Wertigkeit eintritt, wofür Ihr Schreiben nichts enthält. 3. Ja. — **H. 6.** 779. 1. Ohne Kenntnis des Urteils nicht zu beurteilen. 2. Wenn Aufnahme, ja wohl. — **Krupp.** 1903. Das Gericht ist unrichtig. — **Van.** 1.—3. Vertrauen Sie sich einem sozial empfindlichen Arzt an. 4. Durch Nachfragen in der Berliner Stadtgeschichtlichen in der städtischen Bibliothek, Zimmerstr. 90/91. — **Regelbruder G. R.** Uns keine Adresse bekannt. — **G. 23.** 13. „Miß“ können. — **Laie 11.** Im Geltungsbereich der Landgemeindeordnung für die sieben sülichen Provinzen „Schöffe“. — **H. 2.** 100. 1. September 1895. — **Thüringen 26.** Gewerbeamt, Stragmannstr. 6.

Zum Schul-Anfang

Schluß am 18. August **Ausnahme-Preise für Schüler-Kleidung** Schluß am 18. August

Schüler-Anzüge	Sport-Fassons, sehr haltbare Stoffe, für 6—8 Jahre, durchweg	4 ⁵⁰	Schüler-Anzüge	Jackett-Fassons, in vielen Stoffarten, f. 8—12 Jahre, durchweg	7 ⁵⁰
Schüler-Anzüge	Manchester, Blusenform, in vielen Farben, für 6—8 Jahre, durchweg	3 ⁵⁰	Schüler-Anzüge	Jackett-Fassons, aus guten Stoffresten, f. 8—12 Jahre, durchweg	9 ⁵⁰
Schüler-Anzüge	Manchester, Qualität I, schöne Fassons, für 6—8 Jahre, durchweg	6 ⁵⁰	Schüler-Anzüge	Sport-Fassons, gute, haltbare Stoffe, für 8—14 Jahre (jedes Alter Jahr 50 Pf. mehr)	8 ⁵⁰
Schüler-Anzüge	blau Kammgarn-Cheviots, hochgeschloss. und offene Hosenform, für 6—8 Jahre	6 ⁵⁰	Schüler-Hosen	aus blauen oder gemusterten Stoffen, f. 6—8 Jahre, durchweg	1 ⁵⁰
Schüler-Anzüge	Sport-Fassons, aus Stoffresten gearbeitet, für 6—8 Jahre, durchweg	6 ⁵⁰	Schüler-Hosen	aus guten, gewirnten Stoffen, für 8—14 Jahre . . . durchweg	2 ⁰⁰

Wash-Anzüge aus gestreiften Washstoffen, für 3—7 Jahre . . . von 70 Pf. an
 Wash-Blusen aus Resten gearbeitet, für 3—7 Jahre von 45 Pf. an
 Wash-Hosen aus verschied. Stoffen gearbeitet, für 3—7 Jahre, von 45 Pf. an

Pelerinen für Knaben und Mädchen
 grau oder grünlicher Strichloden
 Länge 70, 80, 90 cm 4.25 Länge 100, 110 cm 5.75
 durchweg durchweg

Knaben- und Burschen-Ulster, -Paletots und -Pyjacks sind im Preise ganz bedeutend herabgesetzt



Baer Sohn

Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
 Gr. Frankfurter Straße 20 Schöneberg, Hauptstr. 10

Gr. Posten Reismuster
 bestehend aus Anzügen,
 Ulster, Paletots, Pyjacks,
 la. Stoffe, aparte Fassons,
 ganz besonders preiswert.

Sonntags nur von 8—10 Uhr geöffnet.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei.

H. Weltmann Nachf.
Stefan Esders
 BERLIN C.
 Kaiser-Wilhelm-Str. 41/42 Spandauer Strasse 70/71

Grösstes Spezial-Haus für
 vollständige Bekleidung
 empfiehlt
 zur Einsegnung
ANZÜGE
 ein- und zweireihig aus blauem und schwarzem
 Cheviot und schwarzem Kammgarn

Hervorragende Stoffe □ Modernste Fassons

M.	10 ⁰⁰	11 ⁰⁰	15 ⁵⁰	17 ⁰⁰	20 ⁰⁰	22 ⁰⁰	25 ⁵⁰
M.	28 ⁰⁰	30 ⁰⁰	33 ⁰⁰	35 ⁰⁰	39 ⁰⁰	44 ⁰⁰	48 ⁰⁰

Schuhe Hüte Wäsche
 Handschuhe Krawatten
 in reicher Auswahl zu sehr billigen Preisen.
 Besichtigung meiner Lager ohne Kaufzwang.

Das Haus hat keine Zweigniederlassung in Berlin

V 3 Pf
ERA
Joseppi
CIGARETTE

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 Moritzplatz
 10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4
 Von der Reife gerührt.
Gertrud Rewald
 125/15 Pringensstr. 68.

Tarif-Zigarren.
 Erstklassige Ware. Rein überfeucht.
 Preisliste: Nr. 36—150.
Heinrich Holsing, Zigarrenfabrik
 Blasheim bei Pödders (Weßalen).
 Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:
Fr. Fehrensens, Berlin N.,
 Ropenhagener Straße 15. 23782*



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30
König-Str. am Bahnhof
Rosenthaler Strasse
Oranien-Strasse

Soweit vorhanden:

*Zusendung ausgeschlossen

Versand-Abteilung:
Berlin W. 66, Leipziger Strasse 132-137
Die Firma A. WERTHEIM
hat zu ähnlich lautenden
Firmen keinerlei Beziehung

Lebensmittel-Verkauf

Speisenfabrikate

geföhrt
Pudding- u. Gries-Puddingpulver mit verschiedenem Geschmack 5 Pakete 24 Pf.
Rote Grütze-Pulver mit versch. Geschmack, 5 Pak. 27 Pf.
Creme-Pulver mit versch. Geschmack, 2 Pak. 24 Pf.
Kunst-Geleepulver m. versch. Geschmack, 2 Pakete 35 Pf.
Eispulver mit verschiedenem Geschmack, 2 Pakete 27 Pf.
Saucenpulver mit Vanille-Geschmack 5 kleine Pakete 24, 1/2 Kilo- 20 Pf.
Bourbon-Vanille Glas 8 Stangen Inh. 40, 75 Pf. 1.15
Olympia-Bouillon-Würfel Dos. 10 St. 20 St. 50 St. 100 St. 500 St. 28 Pf. 55 Pf. 1.35 2.60 12.40

*Frisches Fleisch

Schmorfleisch Pfund 95 Pf.
Kamm und Querrippe Pfund 75 Pf.
Pökeltzunge Pfd. 1.25, Pökeltkamm Pfd. 90 Pf.
Schweinekamm und Schuft . Pfund 1.00
Schweinekoteletts Pfd. 1.10,
Rückenfett und Liesen Pfund 80 Pf.
Kasseler Rippespeer . Pfund 90 Pf. bis 1.05
Kalbskoteletts Pfd. 1.30 -Kamm u. Bug 80 Pf.
Kalbsbrust . . Pfund 80 Pf., -Spitze Pfund 95 Pf.
Hammelkeule u. Rücken im Ganzen Pfund 95 Pf.
Hammelkoteletts Stück 15 Pf.
Dicke Rippe Pfd. 90 Pf., Dünnung Pfd. 80 Pf.

Ständiger Verkauf:

Gebrannter Kaffee

Stück I II III IV V VI VII
Pfd. 1.40 1.50 1.60 1.70 1.80 2.00 2.20

Spezialmischung bestehend aus ca. 50% gemahlenem Bohnenkaffee und 50% Kaffeezusatz Pfund 95 Pf.

Kaffee- und Teegebäck Dose ca. 1 Pfund 95 Pf.

Haushalt-Kakes Paket ca. 1 Pfund 65 Pf.

„Trumpf“ feine Speise-Schokolade Pfd. 1.50

Einmachezucker in ganzen 26, geschlagen 28 Pf. Brotchen Pfd. 26, Spitzen ca. 6 Pfd. 28 Pf. schwer . . Pfund 28 Pf.

Einmache-Essig in Korbfässchen à 5 u. 10 Ltr. excl. Flasche Liter 24 Pf.

Olympia-Maispuder 1/2 Kilo- 20, 1/2 Kilo- 38, 1/2 Kilo- 70 Pf. Paket 20, Paket 38, Paket 70 Pf.

Butter und Käse

Kochbutter Pfund 1.18
Tafelbutter 1.28, 1.38, 1/2 Pfd.- 70 Pf.
Speise-Quark Stück 10 Pf.

Fleischwaren

Zervelatwurst Pfd. 1.40
Salamiwurst Pfd. 1.40
Bauernmettwurst Pfd. 1.15
*Teewurst Pfd. 1.25
*Jagdwurst Pfd. 1.05
*Rotwurst Pfd. 55, 75 Pf.
*Feine Leberwurst Pfd. 1.15
*Landleberwurst Pfd. 1.00
Delikatess-Würstchen Dos. 6 Paar 12 Paar 90 Pf. 1.75
Frankfurter Würstchen Dose 2 1/2 Paar 5 Paar 10 Paar 85 Pf. 1.40 2.60
Delikatess-Sülze Dose 55 Pf.
Prager Schinken zum Warmmachen, tafelfertig, D. 6-8 Pfd. schwer . Pfd. 1.45
Mausschinken ca. 2 1/2-3 Pfd. schwer . . Pfd. 1.35
Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfd. Pfd. 1.30

*Fische

Kabeljau in ganzen Fischen Pfd. 10 Pf., ohn. Kopf Pfd. 15 Pf.
Goldbarse Pfd. 10 Pf. Seelachs ohne Kopf in gnz. Fisch Pfd. 15 Pf.
Grüne Heringe Mandel 32 Pf.
Frische Plötzen Pfund 35 Pf.
Lachs in ganz. Fischen Pfd. 40, Zander Pfund 65 Pf.
Lebende Aale Pfund 85 Pf., 1.00, 1.25

Geflügel

Wildenten Stück 1.15, 1.45
Junge Hühner 45 Pf. bis 1.95
Suppenhühner 1.65 bis 3.00
Junge Enten 1.95 bis 3.75

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
General-Depot von F. J. Burrus St. Kreuz i. L.
Größte Firma in Feinschnitt-Tabaken des Kontinents
Spezialität: Shag Tabake u. Zigaretten.
Am Moritzplatz 3014.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei
Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 — Landsberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66
Röhe Alexanderplatz. Ecke Weinmeisterstraße. am Friedrichshagen. (Hirsdorf) am Ringbahn.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 16. August 1912.

Volgt. Die Kaiserliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Proter. O diese Berliner. Anfang 8 Uhr.
Irania. Ueber den Bremer nach Benedig.
Leffing. Einmalige Menschen. Königgräder Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues. Der liebe Augustin. Ferkner. Große Hofinen. Schiller O. Das Konzert. Schiller O. Charlottenburg. Hohe Politik.
Thalia. Autolischehen.
Herrnfeld. Wie man Männer besetzt. Die Original-Adriasparrille.
Metropol. Schwindelmeier u. Co. Apollo. Spezialitäten. Vorfänge. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Schwester Schäfer. Der verkaufte Galte. Ein wenig Musik.
Zustpielhaus. Ein Königreich m. d. D.
Friedr. Wild. Schauspielhaus. Die deutsche Sülarne.
Rote. Die Jüdin von Toledo. Solles Caprice. Variations-Entende.
Walhallen. Nur nicht drängen. Anfang 8.30 Uhr.
Luisen. Der verlassene Rehbock. Anfang 8 1/2 Uhr.
Kleines. Der Unerschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Kravatte.
Königstadt-Kasino. Spezialitäten. Anfang 10 Uhr.
Admiralpalast. Eiballett: Joanne.
Sternwarte. Anwaldenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Berliner-Theater. Freitag, abends 8 Uhr: Das Konzert. Morgen und folgende Tage: Das Konzert.
Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Hohe Politik. Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr. Morgen und folgende Tage: Hohe Politik.
Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Große Hofinen. Theater in der Königgräder Straße Abends 8 Uhr: Die 5 Frankfurter. Neues Theater. Abends 8 Uhr: Der liebe Augustin. Operette von Leo Fall.
ROSE=THEATER Große Frankfurter Str. 132. Die Jüdin von Toledo. Anfang 8 1/2 Uhr. Auf der Gartenbühne: Jubu! Es ist erreicht! Hr. Reoue.
Trianon-Theater. Wiedereröffnung: Sonnab. 17. Aug. Die Brieftasche. Der Dieb. Ein peinlicher Zwischenfall. Anfang 8 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN Täglich: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte
Herrnfeld Theater Wie man Männer bessert! Die Original-Klabrias-Partie Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse.)
KéKok roll früher Neues Kgl. Opern-Theater (Tiergarten-Königsplatz). Naturfarben-Lichtspiele „Kinemakolor“ Heute Premiere. Siehe Theaterzettel u. d. Anschlagtafeln.

Metropol-Theater. Schwindelmeier & Comp. Phant.-musik. Komödie in 3 Akten. aus d. Engl. völlig frei bearb. von H. Freund. Musik von H. Nelson. u. a. Tänze von B. Bishop. In Szene gef. d. Dir. Schulz. Anfang 8 Uhr. Kauchen gestaffelt.
Apollo Theater Ab 8 Uhr 10 große Attraktionen mit Lora, dem auf Kommando singenden und sprechenden Wunderpapagei.
Königstadt-Kasino. Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstr. Täglich: Varietés u. Theater im herrlichen Naturgarten. Sam. 1. bis 8 Glanznummern und „So leben wir“. Gefangensdarstellung in 2 Bildern. Tägl. Kaffeelücke bis 6 Uhr.

LUNA PARK Beispielloser Erfolg der Attraktionen! Entree 50 Pf. Kinder und Zwergstadt bis 6 Uhr frei!
Boigt-Theater. Gesundbrunnen Badstraße 58 Heute: Die Ballettschule. Gr. Gefangenskomödie mit Tanz in 2 Akten. Vollständig neues erstklassiges Spezialitäten-Programm! Vorfänge! Sonnabend, 17. August: Benefiz für Heinrich Bach: Robert und Bertram. Staffeneröffnung. 10 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.
Reichshallen-Theater Täglich: Stettiner Sänger. Anf. Hochent. 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Reichshallen-Garten „Mit Berlin“ u. Saal täglich: Großes Honigmann-Konzert.

Passage-Panoptikum Prinz ATOM Das kleinste menschliche Lebewesen. Das Wunder aller Wunder. Lebend! Ohne Extra-Entree!
Admiralpalast am Bahnhof Friedrichstraße, z. Z. einziger Eispalast. Angenehm kühler Aufenthalt. Heute 2 große Vorstellungen 2. Nachmittags und abends: Das sensationelle Eishallett „Yvonne“. Willi Frick, der kleinste Eislaufkünstler. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbes Kassenpreise. Restaurant I. Ranges! Wein- und Bier-Abteilung.
Berliner Uk-Trio Adr.: Neukölln Lahnstr. 74 L. Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Am Sonntag, den 18. d. Mts., veranstaltet die 19. Abtheilung einen Ausflug nach Friedrichsfelde, „Gindemarkt“.

5. Kreis. Sonntag, den 18. August. Sommerfest in der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23, verbunden mit Konzert, Auftreten hervorragender Künstler, Kinderbelustigung, Kaiserliche Theater, Fackelpolonaie.

Die Generalversammlung des Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg findet am Sonntag, den 18. August, vorm. 11 Uhr, im Volkshaus Charlottenburg, Rosinenstr. 3, statt.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre.
2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre.
3. Beratung der Vorlage betreffend Abänderung des Organisationsstatuts.
4. Beratung über das Statut Groß-Berlin.
5. Stellungnahme zum Parteitag.
6. Wahl der Delegierten.
7. Anträge.

Zutritt zur Generalversammlung haben die mit Mandaten versehenen Delegierten. Parteigenossen haben das Recht, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs der Generalversammlung als Gäste beizuwohnen.

Der Zentralvorstand.

Friedrichsfelde. Heute Freitagabend: Flugblattverbreitung von den Zahlstellen aus.
Lichterabende. Sonnabend, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, findet unser Zahlabend in den Bezirkslokalen statt.

Berliner Nachrichten.

Frohnau.

Zahlreich wie die „Kienböppe“, sind in den letzten Jahren rings um Berlin die „Gartenstädte“ aus der Erde gewachsen. Jüngst ein Stück Land in der Wildnis oder in der Nachbarschaft eines kleinen Dörfchens wird eines schönen Tages zur „Gartenstadt“ erhoben.

Eine schöne und gute Idee, diese „Gartenstädte“. Jeder ein eigenes Häuschen, im Grün gelegen, fernab vom Rauch und Qualm der Stadt. Wenn nur nicht das, was sich da in Berlins Umgebung als „Gartenstadt“ etabliert, ganz andere Ziele hätte, als dem überhäuteten, müden Berliner ein bißchen Ruhe und Erholung, frische Luft und würzigen Waldesduft zu spenden.

Am besten hat es die Gesellschaft verstanden, die uns die Gartenstadt Frohnau schenkt. Wer konnte vor einigen Jahren noch Frohnau? Heute ist der Name allen geläufig.

Wer will es leugnen — Frohnau ist ein Schmuckkästlein, wenigstens in vielen Partien. Rings überall und auch mitten drin die schönen, hohen, märkischen Kiefern, hochragend und sich im Winde wiegend. Straßen in gewundenen Linien, nie langweilig gerade, weißgeputzt, in der Mitte Blumen, oder die hellen Trottoirs in saftig-grünen Streifen, alle von jungen Laubbäumen gesäumt, die erst ihre ganze Schönheit entfalten werden, wenn sie älter sind.

um. Es scheint, als hätte zunächst ein guter Geist darüber gewacht, daß ein gewisser Stil — vielgestaltig und doch einheitlich — gewahrt bliebe. Aber dann „sind die Sache an von selbst zu gehen“ (oder irre ich mich?), und nun kam doch dieser und jener und pfuschte hinein, daß man sich und Wehe rufen möchte über das, was nun an falschen Steinen diesem Schmuckkästlein eingeseht wurde.

Ohne diese „Zugaben“ würde einem das Herz noch viel weiter werden... und nicht nur vor der Freude am Schönen und Gefälligen, auch von jenem anderen: dem Ueberdenken, daß dies alles einer kleinen Masse von Besitzenden vorbehalten ist — und daß solcher zierlicher kleiner Häuslein zu Laufenden das Land bededen und auch denen ein frohes, gemüthliches Heim gewähren könnten, die heute nur aus eingefallenen Augen müde und hungrig von ferne danach schauen können.

Bredered flehentlich verfolgt.

Hinter dem flüchtigen Rechtsanwalt Paul Bredered, ist gestern von der Staatsanwaltschaft ein Steckbrief erlassen worden, nachdem sich herausgestellt hat, daß sich B. tatsächlich an den ihm anvertrauten Depots bergriffen hat. In dem Bureau ist gestern eine zweite Hausdurchsuchung vorgenommen worden, bei der weiteres Material zur strafrechtlichen Verfolgung mit Beschlag belegt wurde.

Der erste der neuen Wagenzüge, mit breiten Trittbrettern und linksaufliegenden, selbsttätigen Türschließern ist gestern in Umlauf gesetzt worden und zwar zunächst auf dem Södring. Er besteht aus 10 Wagen, an denen die Türgriffe links angebracht sind.

Die Abschaffung der Raucherabteile in den Hochbahnzügen wird demnächst die Aufsichtsbehörden beschäftigen. Die Hochbahngesellschaft hat sich entschlossen, das Rauchverbot zu beantragen, weil die Ubfertigung der Züge dadurch beschleunigt wird.

Die herbstliche Witterung der letzten Tage scheint nicht weichen zu wollen. Das Berliner Wetterbureau macht zu dem Wetterstand die folgenden Mittheilungen: Unter dem Einflusse einer tiefen barometrischen Depression auf der Nordsee, die ihre Tage nur wenig veränderte, hatte ganz Deutschland in den letzten Tagen ziemlich kaltes, trübes und regnerisches Wetter.

Verhaftung einer Expreßerin. Ein in Charlottenburg wohnender vermöglicher alter Herr erhielt kürzlich einen Brief, in dem er aufgefordert wurde, auf einem näher bezeichneten Berliner Postamt 1000 Mark postlagernd niederzulegen, widrigenfalls ihm Unannehmlichkeiten erwachsen würden.

Feuer in der Baugrube der Untergrundbahnstrecke Alexanderplatz-Schönhaufer Allee alarmierte gestern vormittag die Berliner Feuerwehr nach der Ringstraße. Dort brannten vor dem Hause Nr. 14, Ecke Kaiser-Wilhelm-Straße, in der Baugrube Leer und Dachpappe, mit der die Zwischenräume, die zwischen Strahenniveau und der Oberkante des Tunnelns zur Aufnahme von Wöhren dienen, gedichtet werden.

Ein schwerer Unfall hat sich am Mittwochnachmittag auf dem Bahnhof 18 der Großen Berliner Straßenbahn ereignet. Dort war der Schloffer K. in dem Schuppen B mit der Reparatur eines Bahnwagens beschäftigt. Als er die Reparaturgrube verließ, achtete er nicht darauf, daß ein Straßenbahnwagen auf dem Nebengleis in der Ausfahrt begriffen war.

und der Reparaturgrube und dem Schuttbrett des Waggons eingeklemmt und erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes und eine Verletzung des linken Kniegelenks. Der Verunglückte fand im nahen Krankenhaus Bestand Aufnahme.

In einen Fahrstuhl eingeklemmt wurde gestern früh ein Bewohner des Schloßes Königstr. 25/26 und Klosterstr. 20/31. Die Feuerwehr mußte gerufen werden, um den Festgeklemmten zu befreien.

Aus der Spree gefanget wurde gestern vor dem Hause Kronprinzener 12 die Leiche einer unbekanntem Frau, die ihrem Aeußeren nach den bestgestellten Kriterien angehört zu haben scheint. Die Leiche, die erst einen Tag im Wasser gelegen haben kann, ist ungefähr 35-40 Jahre alt, hat ein längliches Gesicht, braune Augen und schwarzmelirtes Haar und trug einen dunkelblauen Rock und Jackett, eine blaue seidene Bluse mit rotem Einfaß, K.S. gezeichnete Wäsche, gelbe Schuhe mit großen, gelben Schnallen und schwarzblau gestreifte Strümpfe.

Ein Betriebsunfall ereignete sich vorgestern auf dem Lagerplatz der Anilinfabrik A.G. in der Hoffmannstr. 25/26 zu Trepptom. Dort rollte dem Arbeiter Albert Schwarzbach aus der Galdenfeinst. 26 ein schwerer Ballon über den Unterkörper. Der Verunglückte, der sich dadurch einen Beckenbruch und Brüche beider Beine zugezogen hatte, wurde mit einem Ritzelwagen nach dem Krankenhaus Wehlanien gebracht.

Selbstmord eines Geisteskranken. In der Irrenanstalt Herzberge hat am Mittwoch der 48-jährige Söldner Johann K. seinem Leben ein Ende gemacht. K. war wegen Geisteskrankheit seit dem 29. Mai dieses Jahres in der Anstalt interniert, besand sich aber auf dem Wege der Besserung. Mittwochnachmittag erhängte sich der Kranke mit seinen Hosenträgern auf dem Abort. Als die Lat entdeckt wurde, war K. bereits tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Wegen einer Spiritusexplosion wurde der 7. Löschzug nach der Straußberger Straße 81 gerufen. Eine 80-jährige Frau Mari Anders hatte dabei so schwere Brandwunden erlitten, daß sie nach Auflegung von Nothverbänden sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Die Feuerwehr konnte nach der Beseitigung der Gefahr und nach dem Verbinden der alten Frau wieder abrücken.

Aus dem Fenster gestürzt. Gestern abend gegen 7 Uhr stürzte sich die Frau des Kaufmanns Toigmann aus ihrer im 4. Stock des Hauses Warthauer Str. 64 gelegenen Wohnung aus dem Fenster. Mit zerschmetterten Gliedern blieb sie auf der Straße liegen und wurde in bewußtlosem Zustande nach der Unfallstation in der Warthauer Straße gebracht.

Das Verschwinden eines jungen Mädchens beschäftigt gegenwärtig die Polizeibehörden. Seit 8. August wird die 16-jährige Martha Giese aus der Wilmersdorfer Str. 61 vermisst. Das junge Mädchen, das in einem Berliner Kaufhause beschäftigt war, verließ am Donnerstag voriger Woche gegen 9 Uhr abends die elterliche Wohnung, um mit einer Freundin einen Spaziergang zu unternehmen und ist von diesem Ausgange nicht mehr zurückgekehrt.

Der Sängerkor „Südost“ veranstaltet am Sonnabend, den 17. August, im Voreigentum, Trepptom, ein Sommerkonzert unter Mitwirkung des Berliner Sinfonieorchesters. Im großen Saale Vol. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 Uhr. Liedertafel gratis. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Auf der Trepptom-Sternwarte spricht Dozent Jens Nöhen am Sonntag, den 18. August, abends 7 Uhr, über: „Voten aus den fernsten Himmelsräumen“; am Montag, abends 7 Uhr, lautet das Thema: „Sterne und Sternennacht“, und am Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: „Welche Himmelskörper sind bewohnt?“

Vorort-Nachrichten.

Zehn Jahre Volkshaus Charlottenburg.

In diesen Monaten sind zehn Jahre seit der Eröffnung des Volkshauses in Charlottenburg verfloßen. Die Gründung des Hauses war damals für die Partei- und Gewerkschaftsbewegung am Orte eine dringende Notwendigkeit, da alle bürgerlichen Saalbesitzer die Ueberlassung ihrer Räumlichkeiten an die Arbeiterschaft verweigerten.

Das Volkshaus hat der Arbeiterschaft in der Vergangenheit einen festen Stützpunkt geboten und wird es auch in Zukunft bleiben. In ersten Stunden der Beratung wie in fröhlichen Stunden haben sich die Genossen zusammengefunden, viele Tausende haben in Versammlungen sowie durch Vorträge Aufklärung und Belehrung erhalten.

Zur Feier des zehnjährigen Bestehens findet am Sonntag, 18. August, in den Gesanträumen des Volkshauses, Rosinenstraße 3, ein großes Sommerfest statt. Festrede: Reichstagsabgeordneter Zubeil. Es wird ein Gartenkonzert veranstaltet außerdem ist die Mitwirkung der Charlottenburger Liedertafel, des Berliner Mä-Trios und der Charlottenburger Ritsenvereingung gesichert.

Neukölln.

Beim Rostschuhlaufen verunglückt ist gestern der elfjährige Schüler Kurt Schröder aus der Kogalstraße 40. Als der Knabe in der Berliner Straße beim Rostschuhlaufen einem Geschäftswagen ausweichen wollte, blieb er in einer Schiene des Straßenbahngleises stecken und stürzte. Er fiel vor das Führerwerk und wurde überfahren. Der Verunglückte erlitt einen komplizierten Bruch des linken Fußknöchels. Nach Anlegung eines Notverbandes, wurde er nach der erstenlichen Wohnung gebracht.

Witz-Dufovo.

Der Arbeiter-Bildungs-Verein veranstaltet Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 6 Uhr, einen Besuch der Sternwarte. Zum Vortrag gelangt: "Die Beobachtbarkeit der Planeten". Treffpunkt ist pünktlich 5 Uhr Hindower Straße, Ecke Grenz-Allee. Billets sind dort noch zu haben.

Schöneberg.

Eine raffinierte Schwindlerin ist gestern durch die Kriminal-polizei in der 23jährigen Frida Vahrenfeld festgenommen worden. Die V. wandte den alten Trick an, daß sie in Geschäften erlitten und nach ihrer Mutter fragte, die angeblich ihre Tochter dort treffen wollte. Wenn die Geschäftsinhaber erklärten, die Mutter gar nicht zu kennen, so tat die V. sehr erlaunt und behauptete, daß ihre Mutter ganz in der Nähe wohne und täglich größere Einkäufe in dem Geschäft mache. Die Gaunerin, die sehr sicher und ver-trauenswürdig auftritt, bestiehlt dann einen größeren Posten Ware, die mit quittierter Rechnung nach der Wohnung gesandt werden soll. Die V. entfernt sich dann, kommt aber nach ganz kurzer Zeit mit dem offenen Portemonnaie in der Hand wieder und klagt dem Geschäftsinhaber ihre Verlegenheit. Sie habe noch einen größeren Einkauf zu erledigen, in der Eile aber nicht ge-nügend Geld von Hause mitgenommen. Auf Bitten der Kundin hat diese dann auch in vielen Fällen das gewünschte Darlehen erhalten. Gestern wurde die Betrügerin kauf Grund der genauen Personal-beschreibung eines Geschädigten hin festgenommen.

Charlottenburg.

Vorernährung der Mütter. Die Stadt Charlottenburg hat dem Hauptpflegerverein eine Summe zur Verfügung gestellt, aus der an besitzg unbemittelte oder wenig bemittelte Schwangere vier Wochen vor der Entbindung und für die Zeit des Wochenbettes Be-isthen gewährt werden sollen, um sie für ihre Aufgabe des Selbst-stillens vorzubereiten. Die Beihilfe besteht meist in der Verab-reichung eines kräftigen Mittagessens. Zu diesem Zwecke sind folgende Speisungstische eingerichtet: Charlottenburger Ufer 16, Köpenicker Weg 64, Wilmersdorfer Straße 111, Berliner Straße 137 und Alt-Neubau 39. Meldungen werden von der Er-nährungsabteilung Marschstraße 71 Dienstags und Freitags zwischen 10 und 11 Uhr vormittags möglichst sechs Wochen vor der erwarteten Entbindung angenommen. Der Hauptpfle-gerverein hat die Verpflichtung übernommen, die von ihm gepflegten Mütter stets rechtzeitig vor dem Auslösen seiner Pflege an die nächste Säuglingsfürsorgestelle zu überweisen, damit diese in un-mittelbarem Anschluß an die Tätigkeit des Hauptpflegervereins die weitere Fürsorge übernehmen kann.

Verstärkte Liebe. Im Hotel "Wismar" in der Berliner Straße verlor die in der Nacht zum Donnerstag die 23jährige Gertrud Pollack aus Essen sich das Leben zu nehmen. Das junge Mädchen war mit einem in Berlin wohnenden Kaufmann verlobt, der jedoch vor kurzem das Verhältnis gelöst hatte. Eine geplante Ehescheidung mit dem Bräutigam, wegen der die V. nach Berlin gekommen war, kam nicht zustande und so beschloß das Mädchen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Sie mietete in dem er-wähnten Hotel ein Zimmer und trank in der Nacht Lyfzol. Gestern früh wurde sie tot in der Wohnung aufgefunden. Man schaffte die Leichensinde nach der Unfallstation in der Berliner Straße, wo es dem Arzt nach längeren Bemühungen gelang, sie wieder ins Leben zurückzurufen. Der Zustand war jedoch so bedenklich, daß sie dem Krankenhauste Westend zugewandt werden mußte.

Steglitz-Friedenau.

Der Männerchor Friedenau-Steglitz (M. d. D. u. S. V.) feiert am Sonntag, den 17. d. M., abends 9 Uhr, im "Wirtensäßchen", Steglitz, Schützenstr. 4, sein diesjähriges Stiftungsfest. Da der Verein sich der organisierten Arbeiterschaft bei allen Veranstaltungen zur Verfügung stellt, werden die Genossen um Beteiligung er-sucht.

Groß-Vichterfelde.

Vermist wird seit Mittwoch, 7. August, der 5 1/2 Jahre alte Otto Wolf, der bei seiner Mutter im Hause Roonstr. 1 wohnte.

Lichtenberg.

Betriebsunfall. In der Kohlenstofffabrik von Gebr. Siemens u. Co. in der Herzbergstraße ist plötzlich ein Seil an einem Kran. Hierdurch löste sich ein schwerer Eisenteil und fiel dem Arbeiter Gabel auf den Rücken. Er erlitt dadurch mehrere Rippenbrüche und mußte mit einem Kätzchen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden.

Ober-Schöneweide.

Das Volkfest der organisierten Arbeiterschaft findet Sonntag, den 18. August, unter Mitwirkung des Arbeitervereins, Turn- und Radfahrervereins im Wilhelmshafen statt. Dies fest erfreut sich alljährlich des lebhaftesten Interesses der Arbeiterschaft und ist auch in diesem Jahre alles aufgegeben, den Teilnehmern einige angenehme Stunden fernab von des Tages Hast und Mühen zu bereiten.

Hermisdorf i. M.

Ein schwerer Eisenbahnunfall hat sich vorgestern auf dem hiesigen Bahnhof ereignet. Dort fuhr ein Güterzug mit solcher Gewalt gegen die Laderampe, daß die Lokomotive etwa anderthalb Meter tief in die Steinmauer hineindrang. Fünf Waggons wurden vollständig zerstört, sieben Wagen schwer, die übrigen leichter beschädigt. Personen sind glücklicherweise nicht verunglückt, da das Zugpersonal rechtzeitig abzurufen vermochte. Die Beamten konnten jedoch infolge des ausgefallenen Schiedens ihren Dienst nicht weiter versehen und mußten abgelöst werden. Die Ursache des Unfalls ist in der unvollkommenen Einstellung einer Weiche zu suchen. Der Materialschaden ist ein bedeutender. Die Aufräumungsarbeiten werden mehrere Tage in Anspruch nehmen, doch ist eine wesentliche Betriebsförderung nicht eingetreten.

Schnöw (Kreis Niederbarnim).

Die Gemeindevertretung genehmigte in ihrer letzten Sitzung einige Wünsche in der Voraussetzung, daß die von der Gemeinde gestellten Bedingungen erfüllt werden. — Die geforderte Anstellung eines Sekretärs wurde einstimmig abgelehnt, weil das Bedürfnis zur Schaffung einer Sekretärstelle nicht vorhanden sei; dagegen wurde dem Gemeindevorsteher eine jährliche Zulage von 200 M. bewilligt. — Unter Verschiedenes kam der Gemeindevorsteher auf einen Bericht des "Vorwärts" über die öffentliche Veranstaltung am 4. August zu sprechen. Der Bericht soll, wie auch Herr Binn dehaupt, unzutreffende Angaben enthalten haben. Genosse Duck-witz trat diesen Ausführungen ganz entschieden entgegen; der Be-richt sei in allen Punkten zutreffend. Wenn die Herren seinerzeit der Einleitung Folge geleistet und die Veranstaltung be-sucht hätten, so hätten sie sich selbst davon überzeugen können. Doch der unhaltbare Zustand, in dem sich das Armenhaus befindet, an die Öffentlichkeit gebracht wurde, mißfiel dem Herrn Gemeindevorsteher ganz besonders. Es soll aber für baldige Abhilfe gesorgt werden. Demnach ist die zutreffende Kritik in der Versammlung

auf fruchtbaren Boden gefallen und läßt die Abhilfe hoffentlich nicht allzulange auf sich warten.

Staaten.

Die freie Turnerschaft feiert Sonntag, den 18. d. M., in Gnädigs Gasthof ihr 6. Stiftungsfest und werden alle Interessenten darauf hingewiesen.

Spandau.

Die deutsch-amerikanischen Lehrer stellten gestern unserer Stadt einen Besuch ab. Etwa 100 Herren und Damen wurden auf dem Bahnhof empfangen und fuhrten mit den geschmückten Straßenbahn-wagen zur Besichtigung des Johannestempels, der Landesturnanstalt, des Lehrerseminars und des städtischen Hallenbades. In den ein-zelnen Anstalten wurden sie von den Leitern durch die Räumlich-keiten geführt.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenelbstmorde.

Mit der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frau, die sie in verächtlicher Nähe in allerlei seelische, körperliche und juristische Kon-flikte bringt, steigt auch die Zahl der Frauenelbstmorde. Während die Selbstmorde von Männern seit 1800 keine Zunahme, in einzelnen Jahren sogar eine beträchtliche Abnahme erfahren, haben in jedem Jahre stetig mehr Frauen Hand an sich gelegt. Zu den Ursachen, die auf dem Gebiete des sozialen Lebens und der Mutterschaft Frauen zum Selbstmorde treiben, sind die Mängel des modernen Erwerbslebens getreten. Im Jahre 1901 zählte die Reichsstatistik beim weiblichen Geschlecht 2885 Selbstmorde, im Jahre 1910 dagegen fast 1000 mehr, nämlich 3881. Auf 100 000 Frauen macht das im ersten Jahre 8,2, im letzteren 10,3 Selbstmorde. Die Selbstmorde (auf 100 000 Personen des betreffenden Jahres bezogen) betragen

Table with 3 columns: Year, Men, Women. Rows: 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1910.

Die Oberstaatsanwaltschaft gegen einen weiblichen Rechtsanwalt. Dr. Theresia Labriola, die von der römischen Anwaltskammer zur Ausübung der Advokatur zugelassen worden ist, sollte dieser Tage in Rom zum ersten Male einen Angeklagten verteidigen. Der betreffende Prozeß ist nunmehr vertagt worden, da der Oberstaats-anwalt Einspruch gegen die Berechtigung einer Frau zur Ausübung der Advokatur erhoben hat.

Aus aller Welt.

Die New Yorker Polizeigänger.

Zu den Enthüllungen über den New Yorker Polizeiskandal wird noch gemeldet, daß nunmehr festgestellt, daß Polizeileutnant Veder über ein Depot von 1250 000 Mark bei einer Reihe von Banken verfügt. Sein Vermögen soll sich auf 4250 000 Mark belaufen. Dagegen beträgt sein jährliches Einkommen nur etwa 12 000 M. Es hat sich nunmehr auch herausgestellt, daß nicht nur die Spielsaal-Besitzer, sondern auch viele andere Verbrecherkategorien an die New Yorker Polizei ihren Tribut entrichten mußten. Viele Funktionäre der Polizei haben ebenso, wie Polizeileutnant Veder, ansehnliche Bankkonten. Gestern sind in New York mehrere Protestversammlungen abgehalten worden, in denen das Verhalten der Polizei scharf kritisiert wurde.

120 Fischer umgekommen.

Das gestern von uns gemeldete Unwetter an der spanischen Küste hat eine schwere Katastrophe im Gefolge gehabt. Wie aus Bilbao telegraphisch wird, wurde auf dem Meere beim Fischfang eine Fischerflotte vom Sturme überrascht, von der vierzehn Barken kenterten. 120 Fischer haben dabei ihr Leben eingebüßt. Die Trauer im Lande ist allgemein. Da eine schwache Hoffnung besteht, daß einzelne Schiffbrüchige noch lebend im Meere treiben, sind Torpedoboote ausgesandt worden, die in der Nähe der Unglücksstelle kreuzen.

Das geschenkte Automobil.

Aus Rom wird uns geschrieben: Einige Herren und Damen vom schwarzen Abel Mailands konnten den Schmerz nicht länger ertragen, daß der Erzbischof der Stadt, der Kardinal Ferrari, kein Automobil besitzen sollte. Jesus hatte zwar nichts, wo er sein Haupt hinlegen konnte, aber er war eben auch kein streitbarer Kirchenfürst des 20. Jahrhunderts. So hat dieser Tage ein Komitee dem Kardinal Ferrari ein hochgelegenes Automobil als Geschenk dar-geboten, und der Kardinal hat es anzunehmen gerührt, mit derselben Grazie, mit der unlängst der Erzbischof von Turin ein gleiches Ge-schenk annahm. Früher machten die Gläubigen fromme Stiftungen, heute schenken sie den Kirchenfürsten, die buchstäblich mit ihren Ein-nahmen nicht wissen wohin, Automobile, um ihnen die Mühsal ihres Berufes zu erleichtern.

Kleine Notizen.

Der Reichshofhof. Wie die Landeszeitung für die beiden Medienburg" erzählt, sind in den letzten drei Monaten an amtlicher Stelle nicht weniger als 60 Vergiftungsfälle durch Reichshofhof im Reichsgebiet bekannt ge-worden, von denen ein Drittel tödlich verlaufen ist. Infolge-dessen sind gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Verwendung des Reichshofhofs zu Gewürzen in Vorbereitung.

Brand einer Erdgasquelle. Wie aus Klauenburg gemeldet wird, geriet eine Erdgasquelle in Kiffarmar (Ungarn) infolge der Unvorsichtigkeit eines Arbeiters, der trotz des Verbotes rauchte, in Brand. Der 25 Meter hohe Bohrturm stürzte ein. Die Arbeiter retteten sich zum größten Teile durch Herabspringen. Drei von ihnen gelang es nicht, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Sie erlitten schwere Verletzungen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der "Neuen Zeit" ist trocken das 46. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Anhalt des Heftes haben wir hervorgehoben: Verant-wortung und Sozialdemokratie. Von Gustav Koch. — Die neue Zeit. Von Karl Kautsky. (Schluß). — Die neue Armee. Von Ernst Däumig. (Schluß). — Rassewelts neuer Nationalismus und die nationale Be-wegung in den Vereinigten Staaten. Von A. B. Doubin (New York). — Literarische Rundschau: Paul Louis, Le Syndicalisme contre l'Etat. Von G. Stéfani. — Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buch-handlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. — Brochüren werden jedeszeit zur Verfügung. — Vermählungs- und Stadtführer: Berlin. Berlin, G. Vermählter Verlag. 1 M. — Der Illustrations-Photograph. Zugleich Adressbuch der Ab-fahrtgebiete Herausgegeben von F. C. Diege und M. A. R. Brümmer. 4,20 M.

Lehrbuch (Kastenformat) 4,50 M. Ed. Neumann Verlag in Leipzig, Langestraße.

Die Entwicklung der individualistischen Sozialphilosophie. Von Dr. A. Heidram. 2,50 M. G. L. Schmidt, Leipzig.

Die schwarze Hofmannin von Bödingen. Drama von B. G. Müll. Neue Bühnen, Heidelberg, Kaiserstr. 22.

Arbeiter-Wanderverein "Berlin". Wanderfahrten am Son-nitag, den 18. August, nach Buch, Forsthaus Buch, Schönwalde, Schönwalde, Forsthaus Gortiner, Bernau. Für Nachzügler Treffpunkt bis 3 Uhr nach-mittags Sportplatz am Gortiner. Abfahrt 3,30 Uhr Stehler Vorort-bahnhof. Nachzügler 11,30 Uhr bis Schönwalde, Umsteigen in Rosenthal. Wäpfe willkommen. — Sonntag, den 19. September, findet unsere dritte Spreeausfahrt statt. Näheres siehe Anzeiger am Sonntag, den 18. August.

Arbeiter-Verein "Die Naturfreunde". Dreigruppe Berlin. Sonntag, den 18. August: Wanderung von Frohnau nach Heiligensee, Nieder-Kauendorf, Spandau. Abfahrt Stehler Bahnhof 9,40 Uhr früh. Wäpfe willkommen.

Marktbericht von Berlin am 14. August 1912, nach Ermittlung des königl. Polizeipräsidiums. Marktschilling (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speiseerbsen, weiße, 30,00—50,00. Linen 40,00—80,00. Kartoffeln (Reinbhl.) 7,00—12,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Seele 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—2,00. Schweinefleisch 1,60—2,20. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,50—5,50. 1 Kilogramm Karotten 1,60—2,40. Rote 1,60—3,20. Jambur 1,40—3,50. Döckle 1,50—3,00. Borke 1,00—2,40. Schote 1,40—3,20. Biele 0,80—1,00. 60 Stück Aepfel 2,00—4,00.

Witterungsübersicht vom 15. August 1912.

Table with 10 columns: Stations, Barometer, Wind, etc. Rows: Eutin, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien.

Wetterprognose für Freitag, den 16. August 1912.

Gemäß läßt, zeitweise aufklarend, aber noch sehr veränderlich mit unregelmäßigen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

er Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with 4 columns: Wasserstand, am 14. 8., seit 13. 8., Wasserstand, am 14. 8., seit 13. 8. Rows: Memel, Tüft, Bregel, Ankerburg, Weichsel, Thorn, Ober, Kallher, Krosen, Frankfurt, Barthe, Schimm, Landsberg, Rege, Borchum, Gibe, Zeimertich, Dresden, Barch, Magdeburg.

+) bedeutet Quatsch, - Ball. -) Unterpegel.

Sozialdemokratischer Wahlverein

Advertisement for the Social Democratic Election Committee in Neukölln, listing members and contact information.

Reparaturen. Spez.: Un-

Advertisement for a repair shop specializing in violins and musical instruments, located in Berlin.

Zähne, Plomben, beste Aus-

Advertisement for dental services, including fillings and extractions, by Olga Jacobson.

Sozialdemokratischer Wahlverein für d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Sonntag, den 18. August 1912, von 9 Uhr ab:

Urwahl

des Vorstandes, der Kommissionsmitglieder für Groß-Berlin, des Kandidaten für den Partei-

auschuss und der Parteitagdelegierten in folgenden Lokalen:

- August Wiemers, Wilwstr. 58. Vorphusen, Rostigstr. 29. Fr. Wilhelm, Viktorstr. 63. Thomsen, Gneisenaustr. 30. Wwe. Augustin, Drantestr. 103. Knechtel, Wasserortstr. 12. Chnefange Nachf., Markgrafenstr. 102. Nieble, Blannstr. 7. Reufner, Jordstr. 61. Braht, Schönleinstr. 29. Reim, Urbanstr. 29.

Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das den Beitrag für April 1912 bezahlt hat. Das Wahlrecht kann in irgendeinem der vorgenannten Lokale ausgeübt werden. Die Wahl beginnt um 9 Uhr vormittags und wird um 1 Uhr nachmittags geschlossen.

Der Vorstand.

Zentralkrankenkasse der Maurer Grundstein zur Einigkeit

Sonntag, den 18. August, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Rohnenstraße 3, vorn: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Kassendbericht vom II. Quartal 1912 und Kassengeschäften. Die Ortsverwaltung. S. A.: Wilh. Straß.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Landsberger Viertel, Bez. 389.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Schlosser
Richard Lange
Wilhelm-Stolze-Straße 18, ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 17. d. M., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Schlosser
Richard Lange
Wilhelm-Stolze-Straße Nr. 18
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 17. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
122/13 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Steinsetzer,
Plasterer u. Bewulsg. Deutschlands**
Zentrale Berlin.
Den Besonderemitgliedern zur
Nachricht, daß unser Mitglied
P. Schultze
am 10. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 16. d. Mts., nachm.
5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des Central-Friedhofes, Frei-
walder Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
172/5 Der Vorstand.

**Zentralverband der
Zivilermusiker Deutschlands.**
Ortsverwaltung Berlin.
Unseren Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser langjähriger
Kollege
Hermann Irrgang
am 13. August plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet Frei-
tag, den 16. August, nachmittags
5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde,
aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
204/18 Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler
Joseph Diegner
Hörsing,
Kaiserin-Auguste-Viktoriastr. 19,
im Alter von 62 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 17. August, nach-
mittags 6 Uhr, von der Halle
des Hörsinger Gemeinde-Fried-
hofes, Kudenower Straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Gastwirts-
gehilfen.**
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Kollege
Emil Ladewig
am 13. August an Herzschwäche
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 16. August, nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle
des Rudolf-Wipolst-Friedhofes in
Schöneberg, Kosenbrunnstraße, aus
statt. 31/15
Ortsverwaltung Berlin 1.

Am Mittwoch, den 14. August,
verstarb nach kurzem Kranken-
liegen unser lieber Kollege
und langjähriger Mitarbeiter, der
Schriftsetzer
Hermann Metzke
im Alter von 37 Jahren.
Wir verlieren in dem Verstor-
benen einen treuen und jederzeit
hilfsbereiten Freund und werden
sein Andenken stets in Ehren halten.
Das Personal der
Buchdruckerei Janiszewski.
Beerdigung: Sonntag, nachm.
5 Uhr, von der Leichenhalle des
Zentral-Friedhofes, Hermann-
straße, aus.

Am 14. August 1912 verstarb der seit langen Jahren in meiner
Buchdruckerei tätig gewesene Schriftsetzer
Hermann Metzke.
Derfelbe hat sich durch sein ruhiges Wesen und seinen treuen
Dienst ein hohes Andenken erworben.
C. Janiszewski.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirk Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Hausdiener
Wilhelm Kaiser
am Mittwoch, den 14. d. Mts., im
Alter von 27 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 17. d. Mts., nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Kaiser-Friedhofes in
Reinickendorfer-Wald, Kögelstraße,
aus statt.
66/4 Die Bezirksverwaltung.

**Orts-Krankenkasse
für das
Buchdruckgewerbe
zu Berlin.**
Auf Befehl der ordentlichen
Generalversammlung vom 8. April
1912 hat der § 10 des Statuts
folgende Änderungen erfahren:
§ 10 Abs. 1 Nr. 3 erhält folgende
Fassung:
... im Falle der Emeritierung
... von dem Tage des Eintritts der-
selben für jeden Arbeitstag und
für die Festtage, welche nicht auf
einen Sonntag fallen, die Hälfte
des durchschnittlichen Tageslohns
(§ 9) als Krankengeld.
Der letzte Absatz des § 10 wird
gestrichen.
Diese Änderung tritt mit dem
Tage der ordnungsmäßigen Ver-
sammlung in Kraft.
Der Vorstand.
J. Blanz, Vorsitzender.
Otto Wronitzki, Schriftführer.

**Arbeiter-Radfahrer-
Bund Solidarität.**
Ortsgruppe Berlin.
Touren
zum Sonntag, den 18. August:
1. Abt.: 6 Uhr: Kauen (Stumpke).
1 Uhr: Eastwinkel. Start: Bülow-
straße 58.
2. Abt.: 5 Uhr: Streifzüge durch
die Tüderow (Abt. 1). 1 Uhr:
Schönberg (Waldbüh). Start: Schön-
leinstraße 6.
3. Abt.: 6 und 12 Uhr: Wandly
(Seelitz). Start: Rühliger Weg 11.
4. Abt.: 6 und 12 Uhr: Krosinsee
(Badetour). Start: Rühliger Weg.
5. Abt.: 6 Uhr: Reinickendorf. 1 Uhr:
Wannsee (Bühnenhof). Start: Orlow-
weg.
6. Abt.: 6 Uhr: 1. Abt.: Oberberg
(Fener). 12 Uhr: Järlsdorf (Zur
Eisenbahn). Start: Oberberger
Straße 22.
7. Abt.: Am 17. abends 8 1/2 Uhr:
Spreenwald. Am 18. 7 Uhr: Jung-
schule-Gebäude (Seelitz). 12 Uhr:
Hahndorfer Mühle. Start: Schul-
straße 22.
8. Abt.: Früh 4 Uhr: Freienwalde
(Kadab). 12 Uhr: Müggelheim
(Sportplatz). Start: Ledowitzer Str.
9. Abt.: 8 u. 12 1/2 Uhr: Goringsee.
Start: Schillingstr. 22.
Jugendliche Bundesgenossen: 6 Uhr:
Viekenwerder - Brise - Ullenswäld (Ab-
lichtung). Start: Stralauer Brücke 8.

Humor-Quartett
Am 11. Berliner No. 9999
Gg. Treuer Kastanienallee 40
87/15

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Hauptbüro:
Kant Norder, Nr. 1239. Hauptbüro:
Kant Norder, Nr. 1239. Hauptbüro:
Kant Norder, Nr. 1239.

Idealhrikkett der Zukunft
Michel
7" Riesenformat, frei Gellass
jeder Etage, M. 8,25 pro 1000,
ersten Seiffenberger Marken
voll gleichwertig.
Michel-Vertrieb
Neukölln, Bergstraße 110.
Telephon 1510.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro:
Kant Norder, Nr. 1239. Kant Norder, Nr. 1239. Kant Norder, Nr. 1239.
Sonntag, den 18. August 1912, vormittags 10 Uhr,
in den Musik-Festhallen, Kaiser Wilhelmstr. 18m:
Versammlung
aller in Buchdruckmaschinenfabriken
beschäftigten Arbeiter.
Tagesordnung: 122/12
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern
zwecks Vereinbarung eines Tarifs. 2. Diskussion.
Kollegen! Mit Rücksicht darauf, daß jeder von Ihnen von dem Verlauf
und Resultat der Verhandlungen genau unterrichtet ist, müssen Sie alle
für einen guten und sachlichen Verhandlungserfolg sorgen. Da auch die
Einstellungnahme der Arbeiterschaft aus den Buchdruckmaschinenfabriken eine
einheitliche sein muß, so ist es dringend notwendig, daß jeder Kollege in
dieser Versammlung antworfend ist.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, 18. August, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15, Saal 1;
Versammlung
der Dachdecker u. Hilfsarbeiter.
Tagesordnung:
Bericht über den Stand der Tarifbewegung.
Verbandsbuch legitimiert. - Ohne dasselbe kein Zutritt.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelauer 14/15, Saal IV (Arbeitsloftsaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.

für den Bezirk **Charlottenburg** sind nachfolgende Zahl-
stellen errichtet worden:
Zahlstelle 89: Wielandstr. 4 bei Thunack.
Zahlstelle 90: Potsdamer Str. 44 bei Mehdorf.
Zahlstelle 91: Wallstr. 90 bei Schulze.
Zahlstelle 88 in Wilmerdorf ist von Wilhelmstraße 112
nach Launburger Straße 21 verlegt.
Montag, den 19. August, abends 5 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
des
Bezirks Osten III und östliche Vororte
in den Prachtställen des Ostens, Frankfurter Allee 151.
Tagesordnung:
Bericht vom Verbandstag. Diskussion. - Bericht von der letzten General-
versammlung. - Verbandsangelegenheiten.
Achtung!
Die Bibliothek ist wieder eröffnet!
Die Ortsverwaltung.

Erstaunlich billige Angebote

Herren-Stiefel
Rindbox-Schnürstiefel, sehr dauerhaft auch Zug und Schnalle, jetzt nur 5 75
Roßchevreaux-Schnürstiefel, Derby, Lack-
kappe, amerikan. Fassons, jetzt nur 6 25
Einsegnungs-Schnürstiefel, Größe 36-40, sehr haltbar ... jetzt nur 4 75
Herren-Leder-Hausschuhe, jetzt nur 1 95

Damen-Stiefel
Schwarze Schnürstiefel, Derby, Lack-
kappe, amerik. Fassons, jetzt nur 3 95
Roßchevreaux-Schnürstiefel m. Lack-
kappe, sehr elegant ... jetzt nur 4 75
Einsegnungsstiefel mit Lackkappe, jetzt nur 4 45

Damen-Halbschuhe
Schwarze Schnür-Schuhe, Derby, Lack-
kappe, sehr modern, jetzt nur 3 75
Schwarz u. braun Roßchevreaux, Derby,
Lackkappe, eleganteste Formen, jetzt nur 4 95
Damen-Leder-Haus-
schuhe ... jetzt nur 1 65

Kinder-Stiefel
Schwarz Rindbox und Roß-
chevreaux, braun Ziege
und Chevreaux.
18-21 22-24 25-26
0.85 1.55 2.95
22-30 31-35
3.45 3.75

Extra billige
Damenstiefel in wunderbaren Fassons mit Wildledereinsatz ... jetzt nur M. 5 95
Herrenstiefel amerikanische Fassons mit Wildledereinsatz ... jetzt nur M. 6 95

Sewinsohn
Größtes Schuhhaus für Gelegenheitskäufe
Berlin
Rosenthalerstr. 40/41

Richtig ist für jeden, der **MÖBEL** reell und sehr preiswert kaufen will, **Warum?**

Well trotz sehr billiger Preise hochkulante Zahlungsbedingungen. Well keine sogenannte Basarware. Well langfristige Garantie. Zirk 600 Qm Ausstellungs- u. Lagerraum. Besichtigung steht jedem frei.

Komplette Einrichtungen von 230 M. an
Mod. Wohn- u. Schlafzimmer von 235 bis 900 M.
Garnituren 110 bis 350 M.
Sofas ... von 52 bis 480 M.
Moderne Ankleideschränke 95 bis 165 M.
Ausziehtische 15.50 bis 65 M.
Vertikos ... 38 bis 72 M.
Bettstellen mit Matr. u. Keil 32 bis 72 M.

nur die Adresse **Otto Piehl** Brunnen-Strasse 120

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).
Neuerscheinungen:
Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung. Herausgegeben von **Max Grunwald**
Heft 1:
Zur Einführung in Marx' „Kapital“ von **Max Grunwald**
Heft 2:
Partei und Gewerkschaft in vergleichender Statistik von **August Mai**
Heft 3:
Goethe und die Arbeiter von **Max Grunwald**
Preis jedes Heftes 40 Pf.

An alle Hausfrauen!

Zunächst eine kurze Mitteilung:

Sie können in allen einschlägigen Geschäften „Kornfrack“ erhalten. „Kornfrack“ ist etwas Neues. Er geht aus unserm nahrhaften und kräftigen Brotkorn (dem Roggen) hervor, der einem eigenartigen Mälzungsverfahren unterworfen wird.

Sodann den Hinweis,

dass man aus diesem „Kornfrack“ durch Mischung mit „Aecht Franck-Kaffeezusatz“ ein starkes, dunkles, wirklich feinschmeckendes Kaffeegetränk gewinnt.

Mit andern Worten:

Aus „Kornfrack“ mit „Aecht Franck“ erzielen Sie das Kaffeegetränk, das Ihrer Geschmacksrichtung wirklich entspricht.

64

Gardinen — Stores — Künstler-Gardinen Bunte Garnituren.

Vornehme Muster, unerreicht billig.
Vertrieb von Erzeugnissen sächs.

Gardinen-Fabriken

Johann Pellot & Co., Kommanditgesellschaft.
Unsere Originalpreise sind verbürgt nur:
C. Rosenthaler Straße 2, Ecke Fruchtstraße
S. Oranienstr. 37, Ecke Boxhagener Straße
S. Kottbuser Damm 65, 37871*
(Neukölln) nahe Hermannpl.
Spezialhaus allergrößen Stills mit Einzelverkauf. Sachgemäße Bedienung.

Verkauf nur im Fabrikgebäude!

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene
Tischlerei und Polsterel. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 — Permanente Musterzimmer-Ausstellung. — 35

Bereinen, Gewerkschaften und Schulen empfiehlt sich das **Restaurant Wald-Jdyll**

Schmöckwitz i. d. Mark.
Aussicht von Schultheis-Bieren. — Huerkaunt gute Küche.
Inh.: Ernst Rood. Telefon: Jentzen 31.

Möbel-Angebot.

Solides Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnzeileinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Anzahlung bei keiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 79, Postamt 28.
Kein Abzahlungsgeschäft. 87972*

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (außerdem 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlachtstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Hermannsplan 6. Pfandleihhaus.
Ehrwürdige Nadeltanzsäge, Gedros-ansäge, Sommerpaletts, Herren- und Damenmäntel, Allerbilligster Bettentwurf, Vermietungsbedarf, Aussteuerbetten, Aussteuermöbels, Reichhaltige Gardinenauswahl, Teppichauswahl, Tischdecken, Steppdecken, Goldschmuck, Taschenuhren, Wanduhren, Wandbilder, Barrenverkauf ebenfalls Sonntags.

Teppiche: (Jedierdane) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Hagedischer Markt 4, Bahnhof Bors. (Leier des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet.

Im freien Stunden. Wochen- und Monatsarbeiten, Roman- und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pfg. nehmen alle Ausgaben des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Teppiche: (Jedierdane) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Hagedischer Markt 4, Bahnhof Bors. (Leier des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet.

Vorwärts elegante Herrenanzüge und Paletts aus feinsten Rayons von 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 12888*

Vorwärts erhalten für Projektarbeiten, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Valentinerstraße 54 und Oranienstraße 126. 17648*

Wetten, Stand 9., Brunnenstraße 70, im Keller. 12008*

Monatsanzüge und Sommerpaletts von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gedrosanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für feinste Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nag, Nolladstraße 14.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleier 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brunn, Hagedischer Markt 4 (Bahnhof Bors.). Sonntags geöffnet.

Im Parteigenossen jede Landbarzeilen, westlichen Vorort, schon mit 100 Mark Anzahlung, direkt am Bahnhof, äußerst günstige Bedingungen. R. Buchholz, NO. 55, Friedeburgstraße 4. 12572*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Radon). 2491*

Damenhemden mit gestühter Paffe 1,15, Herrenhemden 1,15, Normalwäsche, Arbeiterhemden sowie elegante Reismuster bis zur Hälfte des Wertes. Wäscheabtl. Salomonshof, Dirschenstraße 21, Alexanderplatz. 731*

Kinderwagen, Klappwagen, Kinderbetten, Metallbetten spottbillig. Kottbuserdamm 90. 731*

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Postkarten, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Herren-garderobe. Sende Vertreter. Reichel Nachfolger, Barthenerstraße 80.

Lamborniermaschinen Hofmeier, alleiniger Fabrikant Westmann, Gollnowstraße 26. Preis billiger, Abzahlung günstig. 20594*

Radsportkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straubers Karte 1200 Quadrat Meilen um Berlin, 2 Teile a 1,50 Mark. Nördliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Steint-Neudorf, südliche Hälfte bis Halle-Teipzig-Dresden. Gedr. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Radon). 18998*

Geschäftsverkäufe. Cbft., Gemüsegeschäft verkauft Bedman, Reußhain, Boddinstraße 32. 12888*

Langjähriges Bigarrengeschäft spottbillig wegen Krankheit zu verkaufen. Elshausstraße 9, Weihensee. 12888*

Restaurations am Bahnhof Nummelsburg wegen Grundstücksübernahme für jeden Preis veräußert. Preise 108. Offerte „Brauererstraße“ Berlin-Nummelsburg II. 760

Seifen- und Wäsche-Verkauf in der Schmitzstraße 38. 7103

Wolol. Wegen Übernahme eines anderen Geschäfts nach außerhalb ist mein seit drei Jahren bestehendes Lokal, verbunden mit Jahlabend, unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Albert Stahl, Weihensee, Leberstraße 57. 7149

Cbft., Gemüse, Kolonialwaren- Geschäft. Weinmüllerstraße 97. 722

Grüßenz. Seifengeschäft, Rigaerstraße 76. 4521

Möbel.

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288, komplette Wohnzimmer 132, bis 240, Schlaf-lounge 24, Sofa 38, Truhen- und Schreibtische 40, Bettstellen 25, Kleinauswahl. Möbelfabrik Hagedischer Markt 4, Eingang 3 M. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 2491*

Schlafzimmer 135, —, Eiche 288, —, Satin, Birken, Mahagoni, große Gelegenheits. Möbelfabrik Neue Königstr. 5-6. 2492*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppens-trasse 4. (Schlesischer Bahnhof). 731*

Großer Möbelverkauf! Möbelfabrik Meinenstraße 15, nahe dem Hagedischer Tor, 32 Jahre bestehend, verkauft zu außerordentlich billigen Preisen: Wohnungseinrichtungen 120 Mark an, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer 180 Mark an, Teilzahlung gestattet. Kleiderständer, Verstoß 20, —, Beistelle 12, —, Nachtschische 7, —, Umbauten, Sofas, Rücken, Beistelle 60, —, Schreibtische 22, —, Garnituren 65, —, Jurid-geleihe, verließen gewesene Möbel besonders preiswert. Lieferung, Aufbewahrung frei. Kein Laden. Hausnummer 15 genau beachten. 1888*

Möbelhandlung Parliaments-straße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts“ leier 3 Prozent Rabatt. 392*

Möbelhand Andreasplatz. Braut-leute, Möbelkäufer kaufen jetzt bedeutend billiger, enorm viele Aus-wahl, Beschäftigung lohnend. Andreas-straße 25, neben Wegner. 19158*

Zweiteilige Küchen 52, —. Möbelfabrik, Chausseestraße 49.

Schlafzimmer, englische Ankleide-schrank, englische Bettstellen mit Metallfuß, Stahlmatratze 45, Chaussee-straße 49.

80 Moquettensofas, Kuchentische, Garnituren, nur eigenes Fabrikat. Chausseestraße 49, Volkertstraße.

Schreibtische, Beistelle 105, —, Um-baus, komplette Wohnungs-Ein-richtungen, Kleinauswahl! Möbelfabrik, Chausseestraße 49. 19298*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gebogener Arbeit an Neulandende auch auf Teilzahlung und bietet Parteimitglie-der um Preis der großen Lager. Niedrige Anzahlung. Jnsdergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Mö-beln. Verkaufsstelle Chag, Brunnen-straße 100, Eingang Anflamerstraße.

Schlüssiger Verkauf einer noch neuen Ruhbauwirtschaft mit bild-schönen Kleidemöbeln, einige Wand-bilder, sämtliche Tischsitzgegenstände, 195,00. Neue Königstr. 66 I.

95 Ankleidebräute, latin, mah-agoni, mahagoni 62, —, 75, —, 90, —, dreiflügelig mit Facettenspiegel. R. Ditsch-ow, Stallstraße 25, an der Hoch-bahn. 19398*

Arbeiter-Wohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl. Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Jnsdergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzah-lung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Kider-straße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Braut-leuten Gelegenheits, gute, moderne Ruhbauwirtschaft, mit Schreibtisch, Glaskloset, Umbau, auch einzeln verkauft. Jnsdergütung 4, born I rechts. 125/19

Bilder. Sie kaufen Silber nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Vogel, Weinmeisterstraße 2. 10058*

Fahrräder. Erklärtliche Fahrräder, Monats-rare 10 Mark, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 16298*

Verrennfahrrad, Damenrad, wie neu, 35, —, Holz, Blumen-straße 44. 10939*

Abferrad 30,00, einmal gefahrenes Freifahrrad sowie Damenrad. Kraus, Andreasstraße 54. 125/18*

Platinabfälle. Gramm 5,65, Gold, Silber, Jagdgewisse, Stannol, Cued-silber kauft Hämel, Auguststraße 19.

Hochzahlend, Ketalle, Jahngewisse, Platinabfälle, Gold, Silber, Cuedsilber, Ketallarme Nieder, Kopenickerstraße 20a (gegenüber Rantenscheldstraße).

Jahngewisse, Zahn bis 1,25 Mark, Bruchgold, Stannol, hochzahlend, Kohn, Neue Königstraße 76. 227/18*

Platina, alte Goldschmelze, Bruch-gold, Silber, Deutsches Gold, Treffer, Gebisse, Kehrholz, Goldmatten, Gold-gummis, Stannolabfälle, Cuedsilber, sämtliche gold- silber- und platin-haltigen Rückstände kauft Drob, Gold-schmelze, Kopenickerstraße 29. Tele-phon Rottplatz 6958. 125/5*

Unterricht. Unterricht in der englischen Sprache, für Anfänger und Fort-geschrittene, einzeln oder im Bunde, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen ange-fertigt. G. Swienty-Klein, Ueber-setzungen, Stuttgartplatz 9, Gartenhaus III. 448*

Violinunterricht nach doppelt überdoppelter Methode erteilt erfahrener Künstler. Eine Stunde Einzelunter-richt 1,25, 1/2, Stunde 75 Pfennig, für 2 Schüler pro Stunde 2 Mark. Unter-weisungen zum Zweck des Solospiels vor großem Publikum pro Stunde 3 Mark. Offerten unter Z. 2, Haupt-expedition des „Vorwärts“. 18418*

Vatentanwalt Bessel, Gützkamer-straße 9a.

Kunstkopierer von Frau Klotzky Schlichtensee, Kurstraße 8 III.

Vatentanwalt Müller, Gützkamer-straße 81. 24398*

Pfandleihe jetzt Heinersdorfer-straße 14, nahe der Weißmader-straße. 123/15*

Vermietungen. Wohnungen. Schöne Wohnungen im Vorder- und Hinterhaus mit Gas zum 1. Oktober zu vermieten, Suttman-straße 15 beim Birt. 18178*

Verhältnisse, prachtvolle Wohnung, Stube, Küche, Balkon, Warmwasser, Bad, zum 1. Oktober zu vermieten. Böttger, Reußhain, Karschstraße (Idealhaus). 731

Wohnung Heinrich Kobelt, Kopenick, Glienickestraße 35, wohnt gloriöser Bettwäsche, Leibwäsche, vier gloriöser, vier Taschentücher 0,10, Lieferung und Abholung Montags.

Kaufpolierung, Sofa, Matrassen billig, im — auserm Hause. Chaussee-straße 74, Schäfer. 125/17

Zimmer. Möbliertes Zimmer zu ver-mieten. Seimoser, Schöneberg, Kropfel-Paulusstraße 32, Gartenhaus IV.

Schlafstellen. Möblierte Schlafstelle. Egepaniol, Göttschedstraße 9, Hof 3 Treppen. 787

Mietsgesuche. Zauberes, lustigen Kreis Vorder-zimmer suchen zwei Freunde. Nähe Badstraße. Preisofferte O. H. Post-amt 20. 750

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche. Parteigenosse, lautionsfähig, sucht Beschäftigung als Kassierer eventuell auch andere Arbeit. Offerten unter S. „Vorwärts“ - Expedition, Stephy, Wittenstraße 5. 7145*

Stellenangebote. Wärmeschleifer sucht Birt, Demmerstraße 19. 28448

Drei Kleidermacher und Rahmsticker gesucht. Gebt. Kittenbergs Färberei Weihensee, Langhausstraße 4. 7149*

Zeitungsfrauen sofort verlangt für die Tour Kallstraße und Spittelmarkt. Meldungen Jnsdergütung 60, im Laden „Berliner Tageblatt“.

Tüchtige Schlossergesellen auf Bronzearbeiten verlangt 125/16 H. Scherbel, Weihensee, Leberstr. 42.

200 Arbeiter und Maurer werden am 21. August bei Burg 23,68 Kilometer der Provinzialkauffee Berlin-Magdeburg, eingestellt. 28045* Bolter Richter und Hoff.

100 Arbeiter und Maurer werden am 21. August bei Glauze, 67,256 Kilometer der Provinzialkauffee Berlin-Magdeburg, eingestellt. 28056* Bolter Richter und Hoff.

Tüchtiger Abzieher für Auto-Zinkplatten, welcher mind-destens 1 Jahr abgezogen hat, wird basierend nach München gesucht. Offerten unter „M. G. 9590“ an Rudolf Meise, München. 126/1*

Stoffatene nach Kopenhagen sowie Werkstat und Bauarbeiter werden sofort verlangt. Man wende sich an S. Schaeffer, Niels Ebbensensvej No. 7, Kopenhagen V.

Zum Antritt per 1. September 1912 gesucht 88162

1 Köchin
1 Hausmädchen
1 Küchenmädchen

für unser Genesungsheim in Hildberg in Mecklenburg. Bewerberinnen wollen sich in der Zeit von 8 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm. vorstellen: Ortskrankenkasse Lichtenberg, Magdeburgerstr. 41 I